

BIBLIOTEKA
Instytutu
Bałtyckiego
w Bydgoszczy

54055
E 2446 I

E 2446 I

Oftland- berichte

1 - 1938

Inhaltsverzeichnis:

	Seite
Die Lage der Landwirtschaft Pommerellens unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im Jahre 1937	1
Jan Wiktor: „Wo der Pflug in häuerlichen Händen ist, — da ist Polen.“	11
Der Anteil des Deutschtums am Wirtschaftsleben der Wojewodschaft Pommerellen in polnischer Beleuchtung	15
Der Warthe — Goplo — Weichsel-Kanal	19
K O P, das polnische Grenzschutzkorps	23
Abwanderungen aus der Minderheitenbevölkerung Wolhyniens	26
Zweiterlei Maß bei der polnischen Agrarreform	26
Die Verjudung Polens	27
Die Finanzlage der polnischen Städte	35
Die polnische Presse	36
Miszellen	45



Fraktur = Bericht. Antiqua = wörtliche Übersetzung des polnischen Textes.
Sperrungen, die nicht besonders gekennzeichnet sind, stammen von uns. Red.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Ostland-Instituts in Danzig gestattet.

Abgeschlossen: 15. Februar 1938.

Ostland-Berichte

Reihe A: Auszüge aus polnischen Büchern, Zeitschriften und Zeitungen

Erscheint in zwangloser Folge.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig.

Die Lage der Landwirtschaft Pommerellens unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im Jahre 1937.

Wenn die schweren Krisenjahre seit 1930/31 das gesamte polnische Wirtschaftsleben in allen seinen Zweigen stark geschwächt und hier und da bis zum Zusammenbruch geführt haben, so ist bei den meisten dieser Wirtschaftszweige in den letzten 2 Jahren eine, wenn auch sehr geringe, Belebung und gewisse Besserung zu verspüren gewesen. Eine Ausnahme hiervon machte die westpolnische, besonders die pommerellische Landwirtschaft. Hier haben die letzten drei schlechten Ernten, von denen die des Jahres 1937 einen geradezu seit Jahrzehnten nicht gekannten Ausfall auswies, schuld daran. Wenn die Ernten der Jahre 1935 und 1936 auch für das Posenener Gebiet weit unter normal lagen, so waren die Ergebnisse des letzten Jahres, wenn auch nicht gut, so doch nahezu erträglich und vor allem wesentlich besser als in Pommerellen. Dies ist schon allein daraus ersichtlich, daß Pommerellen und besonders die Mühlen ihren Getreidebedarf z. T. in Posen deckte.

Die pommerellische Landwirtschaft ist in den letzten 1½ Jahren nahezu von allen sieben ägyptischen Plagen heimgesucht worden. Denn tatsächlich zählte der „Instr. Kuryer Codzienny“ bereits am 30. 8. 37 sechs Schäden auf, die die pommerellische Landwirtschaft betroffen haben; die siebente „Plage“ — die Maul- und Klauenseuche — steht noch bevor. Eröffnet sei die Unglücksreihe worden durch ein mit ungeheurem Sturm und Hagel verbundenes Unwetter, welches den nördlichen Teil des Kreises Thorn und die südlichen Teile der Kreise Briesen und Kulm vernichtet habe. Neben vollständiger Vernichtung der Feldfrüchte wurden auch die Gebäude stark in Mitleidenschaft gezogen.

Die Ernte enttäuschte, zeigte sie doch einen Ausfall im pommerellischen Durchschnitt von 38 % bei den Halmsfrüchten und rd. 33 % bei den Hackfrüchten, wobei er in einzelnen Kreisen bis zu 60 % beim Getreide und 50 % bei den Hackfrüchten anstieg.

Es folgte der Winter 1936/37 mit seinem vollständigen Fehlen der Schneedecke und Frösten bis zu 30°. Die Folge war die Auswinterung sämtlichen Wintergetreides, des Klees und der Luzerne in ungeahntem Ausmaße. Mehr als 100 000 ha mußten umpflügt und Neubestellungen werden. Am stärksten hatten die Kreise Dirschau und Pr. Stargard gelitten, wo 75 % der Winterbestellung und 100 % der Klee- und Luzernefläche ausgewintert waren.

Die Fortsetzung der Katastrophenreihe bildeten im Mai und Juni nahezu aquatoriale Temperaturen ohne jeden Regen, so daß in den Gegenden mit leichteren Böden, wie in den Kreisen Tuchel, dem westlichen Teile von Schwedt und Pr. Stargard und schließlich in der ganzen Kaschubei das Getreide verdorrte bzw. ganz ausbrannte.

Mit der Hitzewelle traten in ungeheuren Massen Blattläuse auf, die in großem Umfange Rüben und Hülsenfrüchte befielen und vernichteten.

Den Abschluß der Unglücksreihe bildeten, als die Ernte herankam, langanhaltende Regenfälle. Auch diese richteten wieder in besonderem Maße in Nordpommerellen bedeutenden Schaden an, indem sie zu starkem Auswuchs sowohl in der Kuppe, wie auf dem Salm führten.

Der „I. K. C.“ beendete seine Aufzählung mit dem Hinweis, daß die gegenwärtige Lage eine rasche Hilfe dringend notwendig mache, da besonders in den kaschubischen Kreisen Konik, Berent, Karthaus und dem südlichen Teile des Seekreises überhaupt kein für die Aussaat geeignetes Getreide vorhanden sei. — In diesem Jahre seien auch die in den Kreisen Pr. Stargard, Dirschau und Konik gelegenen Güter zum erstenmale gezwungen, sogar Deputatgetreide zu kaufen. Demgegenüber ist der Strohangel nahezu allgemein in ganz Pommerellen. Als bezeichnend erwähnt dabei der „I. K. C.“, daß während die polnischen Landwirte angeblich um Hilfe betteln mußten, die deutschen landwirtschaftlichen Organisationen diese Hilfe bereits teils in bar, teils in Getreide gewährt hätten, wobei die Mittel dazu aus Quellen stammten, „deren Ursprung sich niemals einwandfrei feststellen läßt.“

Was die allgemeinen Ausführungen im „I. K. C.“ betrifft, so treffen seine Feststellungen vollkommen zu. Tatsache ist auch, daß die Nordkreise Pommerellens weitaus am stärksten gelitten haben. Dort fehlte es nahezu an allem; neben Verkaufs-, Saat-, Deputat- und Futtergetreide fehlt es besonders auch an allgemeinem Raufutter und Streustroh, ein Zustand, der bei einem Herübergreifen der Maul- und Klauenseuche aus dem Reiche noch besonders nachteilige Folgen haben kann.

Der starke Ernteausfall, welcher hinsichtlich des Getreides durch den starken Auswuchs noch verschlimmert wurde, veranlaßte schließlich die polnische Regierung, Verbrauchungsbeschränkungen einzuführen und vorerst den Export sämtlicher Agrarprodukte zu verbieten, um so die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide sicherzustellen. Waren dieses die Auswirkungen der knappen Mittelernte und des starken Exports des Jahres 1936, so mußte als Folgeerscheinung der sehr viel schlechteren Ernte 1937 die devisenpolitisch unerwünschte Ausfuhrsperrre weiter bestehen bleiben. Nur für Gerste, die größtenteils als Ersatz für die ausgefallene Winterung angebaut wurde, wurde die Ausfuhr erlaubt und ab Mitte September noch durch Bewilligung einer Ausfuhrprämie von Pl. 3,— für 100 kg gefördert. Roggen und Weizen, die beiden Haupterzeugnisse Pommerellens, konnten also nur auf dem inländischen Markte untergebracht werden; da die Mühlen als Hauptabnehmer dafür entweder kaufunlustig oder finanziell zu schwach waren, um sich sofort während der Druschperiode in Getreide einzudecken, kam die von der Landwirtschaft erhoffte Preissteigerung nicht in dem Maße, um wenigstens einen kleinen Ausgleich für den Ernteausfall zu bieten.

Schon vorher hatte die polnische Regierung, um der Lage der Landwirtschaft Rechnung zu tragen, Hilfsmaßnahmen ergriffen. So wurde z. B. die Einfuhr von zollverbilligtem Mais gestattet. Leider aber waren die Mengen unzureichend. Ferner wurde ganz Pommerellen zu einem wirtschaftlichen Notstandsgebiet erklärt, dem die Versorgung mit wirtschaftsfremdem Futter, vor allen Dingen kongreßpolnischen Kleien, Heu und Stroh, durch Gewährung einer 50 %igen Frachtmäßigung erleichtert wurde.

Als einzigen Lichtblick in der Entwicklung der pommerellischen Landwirtschaft im Jahre 1937 kann man die Tatsache bezeichnen, daß die Hackfrüchternte gut ausgefallen ist. Leider aber zeigte sich auch hier bald nach dem Einbringen der Kartoffeln die berechtigte Befürchtung, daß die Haltbarkeit sehr viel zu wünschen übrig läßt und daher heute noch garnicht zu übersehen ist, wie es mit den Beständen im Frühjahr aussehen wird. Leider fehlen in Pommerellen, wie überhaupt in ganz Polen, von vereinzelt Ausnahmen abgesehen, die Vorrichtungen, um durch Einsäuern oder Dämpfen der Kartoffeln Verluste zu vermeiden.

In diesem ganzen Zusammenhang verdient eine statistische Zusammenstellung über die polnische Ausfuhr landwirtschaftlicher Waren, wie sie das regierungstreue Kopfbblatt Pommerellens, der „Dzień Grudziadzki“ (= „Gazeta Gdańska“) v 5.—6. I. 1938 bringt, Beachtung:

„Infolge des Ausfuhrverbotes hat sich der Getreideexport im Jahre 1937 stark verringert. Der Rückgang ist jedoch wesentlich größer hinsichtlich des Gewichts, als des Wertes, und dies infolge der Preissteigerung auf den Weltmärkten.

Von anderen pflanzlichen Erzeugnissen zeigen einige eine Gewichtsabnahme bei gleichzeitiger Wertsteigerung, was ebenfalls der festeren Tendenz für diese Waren auf den ausländischen Abnahmemärkten zu verdanken ist.“

Nach den Angaben des Statistischen Hauptamtes betrug die Ausfuhr in den ersten 11 Monaten des Jahres 1937 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres:

	1937		1936	
	Menge	Wert	Menge	Wert
Weizen	10 084 t	2 618 tausend Zl.	67 930 t	11 014 tausend Zl.
Roggen	74 460 t	15 778 " "	256 170 t	30 224 " "
Hafer	27 168 t	4 536 " "	93 791 t	10 692 " "
Gerste	170 085 t	35 124 " "	350 496 t	41 799 " "
Weizenmehl	22 427 t	3 972 " "	93 874 t	11 556 " "
Roggenmehl	25 915 t	4 675 " "	138 808 t	13 254 " "
Kartoffeln	42 606 t	4 455 " "	44 057 t	3 957 " "

Die einzige erfreuliche Ausnahme bildet hiernach die Kartoffel, die trotz eines geringen mengenmäßigen Rückgangs hinsichtlich des Wertes eine Steigerung erfahren hat.

Ein völlig anderes Bild ergibt die Ausfuhr von Vieherzeugnissen, denn hier sei im allgemeinen sowohl wert- wie mengenmäßig eine Steigerung festzustellen. Vergleichszeit sind ebenfalls jeweils die ersten 11 Monate der Jahre 1936 und 1937.

	1937		1936	
	Menge	Wert	Menge	Wert
Schweine	209 236 St.	26 673 tausend Zl.	179 148 St.	23 769 tausend Zl.
Rindvieh	16 329 "	6 380 " "	8 555 "	3 142 " "
Pferde	13 152 "	4 986 " "	10 338 "	4 058 " "
Gänse	752 277 "	4 844 " "	728 382 "	4 119 " "
Fleisch	13 995 t	20 833 " "	11 850 t	15 278 " "
Bacons	19 600 t	41 633 " "	17 953 t	36 716 " "
Eier	25 324 t	32 389 " "	22 976 t	26 034 " "
Butter	7 387 t	17 087 " "	10 606 t	19 933 " "

Hinsichtlich der Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse über den Hafen Gdingen im Jahre 1937 im Vergleich zum Jahre 1936 stellt der „Kurier Poznański“ (4. 1. 38) fest, daß mit Ausnahme der Schinken und Bacons, deren Ausfuhr eine nur geringe Schwankung aufwies, ein vollkommen deutlicher Zusammenbruch der Ausfuhr hochwertiger Erzeugnisse feststellbar sei. „Aus dieser Erscheinung können wir für unsere Lage sehr bedeutsame Schlüsse ziehen, da die Ausfuhr dieser Waren nahezu ganz in Gdingen konzentriert ist.

Die erste allgemeine Folgerung dieser Zahlen ist die schmerzliche Wahrheit, daß die Gestaltung unserer Ausfuhr, die Frage der Verbesserung ihrer Rentabilität durch Erschließung neuer Märkte für unsere wertvolleren Waren nicht von der Stelle gekommen ist.“

III das Gesagte beweist eindeutig, daß die Lage der Landwirtschaft Pommerellens in den letzten Jahren, und im besonderen Maße im Jahre 1937, eine ganz deutlich ersichtliche Verschlechterung erfahren hat. Die Tatsache jedoch, daß andere Gegenden Polens, wie besonders der fruchtbare Südosten, aber auch ein Teil der Zentralwojewodschaften eine gute, bis sehr gute Ernte hatten und eine in gewissem Umfang feststellbare Belebung der Gesamtwirtschaft, führte besonders in den Warschauer Kreisen zu dem Trugschluß, daß auch Pommerellen an dieser Gesamtbesserung teil hatte. Zu welchen Folgerungen das führte, und wie nachteilig sich das auswirken mußte, wird in kurzer sachlicher Form von dem Vorsitzenden des Polnischen Landwirtschaftlichen Verbandes (P. L. R.) Pommerellens, L. Czarliński, in der

Zeitschrift „Gospodar Pomorski“ („Der pommereller Landwirt“) in Nr. 1 des Jahrganges 1938 geſchildert:

„Die westpolnische Landwirtschaft hat keine Verbesserung erfahren.

In den letzten Wochen des Dezember 1937 wurde die westpolnische Landwirtschaft beunruhigt durch zahlreiche Stimmen, so in der Stadtpresse, wie auch auf landwirtschaftlichen Versammlungen, die von der vermeintlichen großen Verbesserung in der Landwirtschaft kündeten. Der Herr Vicepremierminister Kwiatkowski betonte bei der Eröffnung des Sejmausschusses am 1. Dezember 1937 besonders stark diese Verbesserung. Wenn diese Stimmen ein Mensch hört, welcher nichts mit der Landwirtschaft zu tun hat, so könnte er glauben, daß in der Landwirtschaft schon alles in Ordnung sei. Die Krise ist vorüber, und es beginnen jetzt gute Zeiten.

Leider ist es jedoch nicht so. Eine Besserung in der Landwirtschaft wird nur von den Landwirten in Kleinpolen und in einigen Zentral-Wojewodschaften festgestellt. Sie stellen nämlich in Wirklichkeit fest, daß sie im Jahre 1937 eine solche Ernte gehabt haben, daß sie nicht einmal glaubten, daß der Boden ohne künstliche Düngemittel einen derartigen Ertrag bringen könne. Bei dieser ausnahmsweise guten Ernte in diesen Wojewodschaften ist es also nicht verwunderlich, daß sich die Lage dort gebessert hat. Wie ich schon sagte, wurde leider diese Besserung verschrien als allgemeine Besserung in der ganzen polnischen Landwirtschaft, also auch in den westlichen Gebieten.

Gegen diese Ansicht mußten die westpolnischen landwirtschaftlichen Organisationen entschieden Einspruch erheben, im besonderen in Pommerellen, welches in den letzten Jahren von so starken und zahlreichen Elementarschäden aufgesucht wurde, wie sich deren sogar die ältesten Leute nicht mehr erinnern können. All dieses Unglück wurde noch durch die Ansteckungsgefahr der Maul- und Klauenseuche, welche in allen, an der deutschen Grenze gelegenen Gemeinden den Verkauf der Tiere unmöglich macht, vergrößert. Diese Gemeinden bilden beinahe $\frac{1}{2}$ Teil Pommerellens.

Am 6. Dezember 1937 wurde eine Zusammenkunft der Delegierten aller landwirtschaftlichen Organisationen Pommerellens und Großpolens einberufen, im besonderen die Delegierten des P. T. R. sowie des W. T. K. R., sowie beider Landwirtschaftskammern in Thorn und Posen. Auf dieser öffentlichen Versammlung wurde mit größter Entschiedenheit hervorgehoben, daß die polnische Landwirtschaft nicht eine derartige Besserung erfahren habe, wie sie sich im Gewerbe oder Handel bemerkbar machte. Bezüglich der westlichen Wojewodschaften kann von einer allgemeinen Verbesserung der Lage in der Landwirtschaft garnicht die Rede sein. Im Gegenteil, die Situation in der Landwirtschaft in Pommerellen hat sich infolge der schrecklichen Elementarschäden noch viel mehr verschlechtert, als in den letzten Krisenjahren. Für die pommerellische Landwirtschaft ist sogar die Tatsache, daß die Getreidepreise in die Höhe gegangen sind, ohne Bedeutung, da die Landwirtschaft wenig Getreide zum Verkauf hat, und viele Landwirte müssen es sogar für die Saat und für die Ernährung der Familie kaufen. Bezüglich des Schlachtviehs ist der Preis im Verhältnis zu den vorherigen Jahren nur wenig gestiegen, und jetzt werden sogar die Tiere unter dem Preis verkauft. Die Preise für die Baconschweine decken bei dem heutigen Stand der Futterpreise nicht mal die Erzeugungskosten.

Eine Folge dieser zahlreichen Stimmen über die Besserung in der Landwirtschaft, von welchen ich schon am Anfang sprach, ist die, daß alle an der vermeintlichen Besserung in der Landwirtschaft verdienen wollen. Die Landessozialversicherung in Posen strebt mit aller Kraft danach, die Klebmarken um 50 % zu erhöhen. Der Aertzteverband hat seinen bisherigen Sammelvertrag mit dem P. T. R. gekündigt und verlangt eine Tarifierhöhung für die Behandlung von Landarbeitern und deren Familien. Den landwirtschaftlichen Arbeitgebern ist die Pflicht eines kostspieligen Wohnungsbaus für die Landarbeiter, und das in

der Zeit bis zum 1. IV. 1938 auferlegt worden, der Tarif für die Landarbeiter ist um 8 bis 10 % erhöht worden, und zum Schluß beabsichtigt auch noch das Verkehrsministerium, einen um 15 % erhöhten Eisenbahntarif einzuführen u. s. f. All diesen Plänen und Absichten gegenüber wissen der Vorstand des P. T. R. und die anderen landwirtschaftlichen Organisationen absolut nicht, woran sie sich halten können, was sie unternehmen, was sie zuerst verteidigen sollen, da sie die Interessen der Landwirte in diesen so außerordentlich schweren Jahren von allen Seiten bedroht sehen.

Außerdem wird in diesem Jahre die Zahlung der Kapitalsraten aus den mit der Akzeptionsbank abgeschlossenen Konversionsverträgen fällig, die Karrenzzeit für die Rückzahlung der Privatschulden erlischt mit dem 1. X. 1938, schließlich ist die Mehrzahl der Landwirte gezwungen, aus der diesjährigen Ernte 3 Grundsteuer-raten zu bezahlen und dann endet auch noch mit dem 1. IV. 1938 die Zeit der ermäßigten Rückzahlung von Steuerrückständen und Soziallasten.

Es nimmt daher nicht wunder, daß die landwirtschaftlichen Organisationen, die einerseits die katastrophalen Ernteergebnisse des letzten Jahres vor Augen hatten, und andererseits die auf der niedergedrückten Landwirtschaft ruhende starke finanzielle Belastung sahen, gezwungen waren, in entschiedenem und scharfen Tone gegen die nach allen Seiten verbreiteten Gerüchte über eine Verbesserung in der Landwirtschaft Einspruch zu erheben,

Dieser Protest, der von den in Posen versammelten landwirtschaftlichen Verbänden der Westgebiete beschlossen wurde, ist in schriftlicher Form an alle Wirtschaftsmittelpunkte und an die Zeitungen ganz Polens versandt worden, um all denjenigen die Augen zu öffnen, die nicht viel mit der Landwirtschaft zu tun haben, und sich daher über ihre wirkliche Lage kein Bild machen können.“

In der Tat haben nach der im letzten Absatz des obigen Artikels erwähnten Tagung aller landwirtschaftlicher Organisationen Posen und Pommerellens in Posen, die am 6. 12. 1937 stattfand, zahlreiche polnische Zeitungen Artikel über die schwierige Lage der polnischen Landwirtschaft, und die Forderungen der landwirtschaftlichen Verbände gebracht. Bevor wir jedoch auf einzelne weitere Pressestimmen näher eingehen, möchten wir noch mit ein paar Worten bei dem eben besprochenen Vorsitzenden des P. T. R. L. Czarlínski verweilen.

Anläßlich der im April v. Js. veranstalteten Propagandawoche für Pommerellen hielt der Ebengenannte über den Thorner und alle übrigen polnischen Sender einen Vortrag über die Entwicklungswege der pommerellischen Landwirtschaft im geschichtlichen Ueberblick. Verfasser behandelt zuerst kurz die allgemeine Lage und Bodenverhältnisse Pommerellens. Dabei stellt er fest, daß Pommerellen die günstigste Agrarstruktur ganz Polens besitze insofern, als es hier einerseits keine riesigen Latifundien und allzu große Besitzungen aufweise, und auf der anderen Seite auch keine große Anzahl von Zwergbetrieben habe, die nicht einmal für die Ernährung des Landwirtes und seiner Familie ausreichen. Es überwiege hier weitaus der mittlere landwirtschaftliche Betrieb, sei er bäuerlich oder Ansiedlung, der seinen Besitzern die Erhaltung einer entsprechenden Lebenskultur und wirtschaftlichen Entwicklung ermöglicht, und der infolgedessen auch ein guter Verbraucher industrieller Erzeugnisse, wie vor allem auch guter Steuerzahler ist.

Durch die national-polnischen Bestrebungen bedingt und gefördert, entstanden Ende der 40er Jahre des vorigen Jahrhunderts die ersten polnischen landwirtschaftlichen Vereine. Die Organisation habe sich zufriedenstellend entwickelt, und im Jahre 1914 habe das Patronat bereits 114 örtliche landwirtschaftliche Vereine (Kółka Rolnicze) mit 6000 Mitgliedern umfaßt.

Nach der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit verloren die nationalen Gefühlsmomente an Bedeutung, und die Arbeit des P. T. R. gewann zunehmend an sozial-wirtschaftlichem Charakter. Etwas hochtrabend und doch wohl nicht ganz berechtigt, da die wirklichen Gründe genügend bekannt sind, klingen die Behauptungen des Verfassers, daß der gegenwärtige Wirtschaftszustand der pommerellischen Landwirtschaft keinem Zufall zu verdanken sei, sondern vielmehr, weil seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts die polnische Bevölkerung Pommerellens sich den Entwicklungsweg vorzeichnete, den sie gehen mußte und tatsächlich auch ging.

„Die Lage der pommerellischen Landwirtschaft hat starke Ähnlichkeit mit der Lage vor 75 Jahren, als in Pommerellen die ersten polnischen landwirtschaftlichen Vereine gegründet wurden. Nach der gegenwärtigen Wirtschaftskrise ist die Landwirtschaft und das polnische Ansiedlerelement in starkem Maße geschwächt, genau so, wie es das pommerellische Bauerntum in jener Zeit war.

Wo liegen die Entwicklungswege der pommerellischen Landwirtschaft in der Zukunft?

Das wichtigste Problem ist die wirtschaftliche Verbesserung des Siedlerstandes bis zu einer solchen Höhe, womit am schnellsten die Unterschiede zwischen dem Siedler und dem alteingesessenen Landwirt verwischt würden. Diese Unterschiede müssen ohne Rücksicht auf ihren Charakter schnellmöglichst verschwinden . . .

Die pommerellische Landwirtschaft müßte den landwirtschaftlichen Handel in ihre Hand nehmen, indem sie starke landwirtschaftliche Handelsgenossenschaften gründet. Unsere Kreditinstitute, wie die Volksbanken, die Stewczyk-Kassen und Kommunalsparkassen müssen eine wirtschaftliche Erneuerung erfahren. Eine brennende Frage ist auch die Übernahme der pommerellischen Bacon-Fabriken durch die Landwirtschaft, indem man genossenschaftliche Bacon-Fabriken bildet. Es ist dies nämlich die einzige Möglichkeit, daß der landwirtschaftliche Erzeuger die Ausfuhrkonjunktur in vollem Umfange ausnutzen könnte.

Weiterhin müssen die Molkereigenossenschaften übernommen werden, deren Milchlieferanten zu 75 % Polen sind.

Vor allem aber muß der pommerellische Landwirt sich dessen bewußt werden, daß die Grundlage seines Daseins eine vorbildliche und wirtschaftliche Ergiebigkeit seines Betriebes ist, indem er sich darüber klar wird, daß bei den in Pommerellen wesentlich höheren Erzeugungskosten als in den mittleren und östlichen Teilen Polens, er nur dann zu einer Rentabilität kommen wird, wenn er Waren erster Güte erzeugt.

Ferner müßte sich die Landwirtschaft darauf vorbereiten, einen Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung, die auf dem Lande keine Arbeit findet, nach der Stadt abzugeben. Für alle reicht das Land nicht aus. Es müssen deshalb Arbeitsstätten in der Stadt gegründet werden.

Vor Pommerellen liegt ein riesiges Arbeitsgebiet. Im nächsten Jahre werden Pommerellen 4 Kreise der Warschauer Wojewodschaft zugeschlagen. In den in diesen Kreisen gelegenen Städten gibt es nur eine schwache polnische Bürgerschaft, unbedeutend ist auch der polnische Handel und das Handwerk. Unser Stolz verlangt es von uns, daß unsere wirtschaftliche Expansion diese Städte auf den pommerellischen Stand bringt. Es wird dies in den nächsten Jahrzehnten ein außerordentlich aufnahmefähiges Gebiet sein.“

Recht interessant sind auch die Ausführungen Stanisław Manthey's, der in den landwirtschaftlichen Organisationen eine führende Stellung einnimmt, in der „Gazeta Gdańska“ über die Bedeutung und Eingliederung Pommerellens für, bzw. in die polnische Landwirtschaft. „Dank seiner geographischen Lage besitzt Pommerellen im Verhältnis zu den anderen Wojewodschaften sehr gute Exportmöglichkeiten, die auch entsprechend ausgenutzt wurden, wie es der Anteil Pommerellens an der Gesamtausfuhr sowohl hinsichtlich des Getreides, wie auch der Vieherzeugnisse, die in dieser Hinsicht die mittleren und südlichen Wojewodschaften bei weitem übersteigen, beweist. Andererseits wirken sich auf die Entwicklung einer qualifizierten Erzeugung und einer vollen Ausnutzung der bestehenden Exportmöglichkeiten die erhöhten Erzeugungskosten hemmend aus, wie sie sie Pommerellen im Vergleich mit anderen Gebieten, hinsichtlich der erhöhten öffentlichen Lasten und höheren Arbeitslöhnen hat. Als Beispiel sei angegeben, daß nach der im Jahre 1935 veröffentlichten Finanzstatistik auf einen Einwohner an direkten Steuern im Gebiet der Finanzkammer in Graudenz 21,56 zł. entfallen, während die entsprechenden Ziffern für den Warschauer Bezirk auf 11,74 zł., für Lublin 8,19 zł., für Luck 6,14 zł. und für Polesien 4,91 zł. betragen. Auf den Kopf der Bevölkerung

entfallen an Selbstverwaltungsabgaben in den westlichen Wojewodschaften 8,51 zł., dagegen in den südlichen Wojewodschaften nur 3,58 zł. . . .

Zur Charakteristik der letzten Entwicklungsphase der Wirtschaftsverhältnisse, die durch die in den letzten Jahren überstandene Wirtschaftskrise bedingt ist, übergehend, stellen wir fest, daß die Westwojewodschaften die landwirtschaftliche Krise am schwersten erleben. Eine genauere Analyse der Erzeugungszahlen zeigt nämlich, daß die Landwirtschaft in anderen Gebieten schon heute wieder einen höheren Stand aufweist, als vor der Krise, während die Landwirtschaft der westlichen Gebiete weiterhin abwärts geht . . . Noch krasser sind die Zahlen, die die Ergebnisse der geführten Entschuldungspolitik kennzeichnen. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, weisen wir nur darauf hin, daß in allen Gebieten, mit Ausnahme der Westgebiete, eine Verringerung der Verschuldung hinsichtlich des Finanzkredits in einem Umfange von 33 — 16 % Platz gegriffen hat, während die Verschuldung in den westlichen Wojewodschaften in dem Zeitabschnitt von 1931 bis 1936 um 7 %, d. i. von 227,— zł. auf 243,— zł. je ha angestiegen ist.“

Diese Zunahme der Verschuldung, zumindestens aber die erfolglose Auswirkung der Entschuldungsgesetzgebung ist es noch heute, die den pommerellischen Wirtschaftlern, und vor allem der Landwirtschaft selbst große Sorgen bereitet. Besondere Unruhe rief daher die Erklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Kwiatkowski in Bezug auf die Frage der Agrarfinanzgesetzgebung hervor, in der er unter anderem erklärte, daß eine Vertiefung der landwirtschaftlichen Entschuldung unmöglich sei. Dies habe den Kreis der landwirtschaftlichen Sejmabgeordneten und Senatoren veranlaßt, Kwiatkowski eine Denkschrift zu überreichen, in welcher die Forderungen bezüglich der landwirtschaftlichen Finanzierung enthalten und begründet waren. In Kürze endet nämlich, wie bereits bemerkt, die Karenzzeit für die landwirtschaftlichen Schuldner, so daß die Frage berechtigt erscheinen muß, ob die Landwirtschaft in der Lage sein wird, entsprechend den Verschuldungs- und Konversionsverordnungen mit der Abzahlung ihrer Schulden zu beginnen.

Um ein Bild der heutigen wirklichen finanziellen Lage zu bekommen, ist von dem polnischen Landwirtschaftlichen Verbands in der Wojewodschaft Pommerellen eine Erhebung durchgeführt worden, die 2584 landwirtschaftliche Betriebe, darunter 192 Wirtschaften unter 50 ha, 1001 Siedlungsbetriebe und 1193 Privatbetriebe umfaßte. Dabei wurde festgestellt, daß die Verschuldung auf den 1. Juli 1936 im Verhältnis zum 1. Juli 1932 bei den größeren Betrieben um 4,97 %, bei den Privatbetrieben um 9,37 % angestiegen sei, und lediglich bei den Ansiedlungen sich um 12,30 % verringert habe.

Unter diesen Bedingungen sei es keine Seltenheit, daß trotz einer Verringerung der Schuldsomme, diese bei der endgültigen Abrechnung größer war, als die anfängliche Schuld, und dies deshalb, weil die Ermäßigung nur die Schuldsomme betraf, die sich nicht nur aus der eigentlichen Verschuldung, sondern auch aus den rückständigen Zinsen, Verzugsstrafen u. a. zusammensetzte. Wenn also der Landwirt seinen ursprünglichen Verpflichtungen, weil sie zu hoch waren, nicht nachkommen konnte, so konnte er verständlicherweise auch nicht die „reduzierte Summe“ bezahlen, da diese Reduzierung oft nur rein buchhalterische Posten, und nicht die eigentliche Schuldsomme betraf.

Schon jetzt sind trotz der Karenzzeit viele Landwirte mit der Bezahlung zweier laufenden Raten im Rückstande. Gegen Ende des Jahres 1938, wenn die Karenzzeit keine Geltung mehr haben wird, wird somit die ganze Schuld fällig werden, und zweifellos wird dann gegen viele Betriebe Zwangsvollstreckung eingeleitet werden.

Kenner der landwirtschaftlichen Verhältnisse sind der Ansicht, daß selbst, wenn die Preise von 1928 wieder kämen, auch dann viele Landwirte nicht in der Lage sein würden, ihre Schulden zu bezahlen.

Mit dem Ergebnis dieser Verschuldungserhebungen befaßt sich eingehend in einer längeren Artikelreihe in dem pommereller regierungstreuen Presseorgan der Direktor des P. T. R. Dr. A. Zakrzewski in Thorn. Verfasser weist eingangs darauf hin, daß der Gesamtkomplex der Entschuldungsgesetze bedauerlicherweise ohne weitgehende Beteiligung der Wirtschaftsorganisationen ausgearbeitet und erlassen wurde, trotzdem diese Organisationen um ihre Hinzuziehung zu dieser Arbeit gebeten

hätten. Bezeichnend für den Gesamtkomplex sei es auch, daß verschiedene Ausführungsverordnungen bis heute nicht erschienen seien, trotzdem sie in den Grundgesetzen ausdrücklich vorgesehen worden wären. Die Stimmen aus dem Publikum, die wiederholt darauf hinwiesen, daß die Gesetzgebung in ihrer gegenwärtigen Form nicht in der Lage wäre, die Frage der Entschuldung grundsätzlich zu lösen, blieben in den zuständigen Abteilungen des Ministeriums ungehört. Statt dessen wurde amtlicherseits wiederholt behauptet, daß die Entschuldungsgesetze vom Oktober 1934 zu einer endgültigen Entschuldung der Landwirtschaft beigetragen hätten, und daher keinerlei grundsätzliche Gesetzesänderungen in dieser Hinsicht notwendig seien.

Dies habe den polnischen Landwirtschaftlichen Verband veranlaßt, die bereits erwähnte Enquête auszuschreiben, um festzustellen, 1. wie der tatsächliche gegenwärtige Verschuldungsstand der Landwirtschaft sei, und 2. welche Ergebnisse die Agrarfinanzgesetzgebung gezeitigt habe. Der Stoff, der eine Gegenüberstellung der Verschuldung vom 1. 7. 1932 und 1. 7. 1936 enthält, ist von Jan Frankowski in einer besonderen Schrift ausgewertet worden.

Nachfolgend wollen wir diesen Ausführungen lediglich die interessanten Zahlen entnehmen, die in kurzem einen Überblick über die behandelten Fragen ermöglichen.

Auf dem Gebiete der Privatbetriebe erreichte die durchschnittliche Verschuldung je 1 ha in den einzelnen größeren Klassen am 1. 7. 1936 folgende Summen:

In Betrieben bis zu 5 ha	974,90 zł.
„ „ von 5 bis 10 ha	656,71 zł.
„ „ „ 10 bis 20 ha	542,41 zł.
„ „ „ 20 bis 50 ha	513,71 zł.
„ „ über 50 ha	558,54 zł.

Wie daraus ersichtlich, ist also die Verschuldung gerade bei den kleinsten Betrieben am größten.

Interessant ist auch die Frage, wie sich die Verschuldung der landwirtschaftlichen Betriebe in den einzelnen Kreisen gestaltet. Zugrunde gelegt wurden dem Vergleich nur Privatbetriebe bis zu 50 ha. Dabei wurden gegenübergestellt in der 1. Rubrik die durchschnittlichen Verschuldungsziffern je 1 ha am 1. 7. 1936, in der 2. Rubrik der Wert des Bodens nach den durchschnittlichen Schätzungsnormen der Akzeptationsbank.

	I Verschuldung je ha	II Wert je ha
1. Strasburg	587,— zł.	750,— zł.
2. Kulm	876,— „	900,— „
3. Konik	495,— „	650,— „
4. Soldau	607,— „	750,— „
5. Graudenz	1126,— „	900,— „
6. Karthaus	452,— „	650,— „
7. Berent	446,— „	650,— „
8. Löbau	590,— „	750,— „
9. Seckreis	635,— „	900,— „
10. Zempelburg	709,— „	750,— „
11. Pr. Stargard	394,— „	750,— „
12. Schwetz	648,— „	750,— „
13. Dirschau	917,— „	900,— „
14. Thorn	713,— „	900,— „
15. Tuchel	438,— „	750,— „
16. Briesen	995,— „	900,— „

Bei allgemein sehr hoher Verschuldung übersteigt dieselbe in drei Kreisen, und zwar in Graudenz, Dirschau und Briesen, sogar den Wert des Bodens.

Aus einer Zusammenstellung über die Verschuldung der privaten landwirtschaftlichen Betriebe Pommerellens nach den Gruppen ihrer Gläubiger geordnet, geht hervor: 1. daß die Verschuldung an organisiertem Kredit, d. h. also bei durch sämtliche Entschuldungsgesetze besonders privilegierten Gläubigern, eine sehr wesentliche Rolle spielt. Als weitere Folgerung ersieht man, welche außerordentliche Bedeutung die

Frage der Verschuldung aus Erbregulierungen hat und wie brennend wichtig daher die Bereitstellung von größeren Kreditsummen für diesen Zweck ist.

Zahlenmäßig sieht das eben geschilderte Bild wie folgt aus:

Wirtschaften	Banken	Privatgläubiger	Erbteile
Bis 5 ha	339,— zl.	188,— zl.	305,— zl.
von 5 bis 10 ha	169,— „	151,— „	237,— „
von 10 bis 20 ha	168,— „	96,— „	191,— „
von 20 bis 50 ha	161,— „	97,— „	186,— „
über 50 ha	247,— „	112,— „	111,— „

In einem weiteren Artikel untersucht Zakrzewski an Hand des Erhebungsmaterials die Frage, inwieweit die Entschuldungsgesetzgebung von der pommerellischen Landwirtschaft ausgenutzt wurde. Von der Konvertierung über die Akzeptationsbank hat nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Landwirte Gebrauch gemacht. In den einzelnen Betriebsgruppen macht die Zahl dieser Wirtschaften noch keine 50 % aus. Und auch die konvertierten Summen erreichen noch keine 50 % der Gesamtverschuldung am 1. 7. 1937, die in vollem Umfange der Konvertierung unterliegt.

Noch geringer sei die Auswirkung der Schiedsämter auf die Verminderung der Privatschulden und solcher aus Erbauseinanderetzungen und habe im günstigsten Falle noch nicht 3 % der Gesamtschuldsumme erreicht.

Sehr interessante Aufschlüsse bringt der 3. Aufsatz Zakrzewskis, in welchem er die Verschuldung der pommerellischen Ansiedlungen auf Grund der Enquête behandelt. Unter dem Begriff der Ansiedlung versteht Verfasser dabei sowohl die Rentenfiedlungen von vor dem Kriege, als auch die nach dem Kriege aus der Parzellierung des Staates, der Staatl. Agrarbank, wie auch von privater Hand entstandenen Siedlungen.

„Die Gesamtverschuldung der Ansiedlungen je 1 ha Fläche zeigt die nachstehende Tabelle.

Wirtschaften bis zu 5 ha	1 736 zl.
„ von 5 bis 10 ha	1 077 „
„ von 10 bis 20 „	958 „
„ von 20 bis 50 „	768 „

Wie aus dieser Tabelle hervorgeht, sind wieder die kleinen Betriebe bis zu 10 ha am stärksten verschuldet. Dies bestätigt die schon früher vom P. T. R. zum Ausdruck gebrachte These, daß in Pommerellen keine Siedlungen geschaffen werden dürften, die kleiner als 10 ha seien, da die Gesamtverschuldung dieser Betriebe für den Siedler eine zu große Last darstellt. Die Ansiedlungen in Pommerellen müßten, um gesund zu sein und für den Unterhalt der Besitzerfamilie gut auszureichen, in den Grenzen um 15 ha liegen.“

Eine Tabelle zeigt wieder das Verhältnis der Verschuldung der Ansiedlungen je 1 ha in den einzelnen Kreisen Pommerellens.

	I	II
	Verschuldung je 1 ha	Wert des Bodens je 1 ha
1. Seekreis	833 zl.	900 zl.
2. Karthaus	917 „	650 „
3. Berent	552 „	650 „
4. Pr. Stargard	1 013 „	750 „
5. Dirschau	1 032 „	900 „
6. Konik	742 „	650 „
7. Zempelburg	1 056 „	750 „
8. Tuchel	758 „	750 „
9. Schwetz	1 376 „	750 „
10. Graudenz	2 057 „	900 „
11. Kulm	1 301 „	900 „
12. Thorn	1 277 „	900 „
13. Briesen	1 168 „	900 „

	I Verschuldung je 1 ha	II Wert des Bodens je 1 ha
14. Strasburg	608 zł.	750 zł.
15. Löbbau	957 „	750 „
16. Solbau	865 „	750 „

Wie aus dieser Tabelle ersichtlich, übersteigt mit Ausnahme von 3 Kreisen: Seekreis, Berent und Strasburg, die Verschuldung den Wert des Grundstücks zum Teil beträchtlich, wie z. B. im Kreise Graudenz, wo die Verschuldung mehr als das Doppelte so hoch ist, wie der Wert des Grundstücks.

Die Aufteilung der Verschuldung der Ansiedlungen nach den einzelnen Gläubigergruppen ergibt folgendes Bild:

	I Privatpersonen	II Banken	III andere
Wirtschaften bis 5 ha	451	1 036	250
„ von 5 bis 10 ha	171	794	112
„ von 10 bis 20 ha	228	644	86
„ von 20 bis 50 ha	167	519	82

Soweit bei den Ansiedlungen überhaupt ein Rückgang der Verschuldung zu verzeichnen gewesen sei, habe er auf Kosten des Staates, d. h. des Umslagfonds der Agrarreform stattgefunden, der rd. 26 Millionen von seinen Forderungen abgestrichen habe. Auch hierbei habe der Umslagfonds der Agrarreform die größten Opfer für die kleinsten Betriebe bringen müssen, das seien diejenigen, welche die pommereller Landwirtschaft als lebensunfähig ansehe, d. i. von 5—10 ha. Allgemein lasse sich dabei feststellen, daß bei den Ansiedlungen in der Zeit von 1932—1936 eine Zunahme der Verschuldung stattgefunden habe und zwar aus allen Titeln, bis auf die Verschuldung bei der Staatl. Agrarbank, die sich allein verringert habe.

„Vergleicht man die Gesamtverschuldung aller Privatbetriebe, soweit sie von der Erhebung erfaßt werden, die am 1. 7. 1932 rund 20 329 000 zł. betrug, mit der Verschuldung der gleichen Betriebe am 1. 7. 1936, wo sie 21 788 000 zł. betrug, so müssen wir feststellen, daß in den besprochenen 4 Jahren eine Vergrößerung der Verschuldung stattgefunden hat. Die von sämtlichen, von der Erhebung erfaßten Privatbetriebe erlangten Ermäßigungen bzw. Streichungen betragen 3,4 % der Schulden nach dem Stande vom 1. 7. 1932. Trotz dieser Reduzierungen ist, allgemein gesehen, eine Vergrößerung der Verschuldung erfolgt, sei es durch Hinzurechnung der Zinsen und Kosten, oder, was jedoch weniger wahrscheinlich ist, durch Aufnahme neuer Kredite.

Auf 1 ha berechnet, betrug die Zunahme der Verschuldung in der fraglichen Zeit

bei Wirtschaften bis 10 ha	59 zł.
„ „ von 10 bis 50 ha	38 „
„ „ über 50 ha	10 „

Mit all diesen Fragen der Ver- und Entschuldung sowie Gestaltung der Wirtschaftslage ist auch die Frage des Genossenschaftswesens auf das engste verbunden. Tatsächlich bilden auch die Genossenschaften in der polnischen Presse ein stark besprochenes Thema. Wegen seiner Bedeutung und besonders wegen eines in diesem Zusammenhang erschienenen Buches über das Problem des kurzfristigen Kredites soll hierzu in einer unserer nächsten Besprechungen besonders Stellung genommen werden.

[„Gospodarz Pomorski“ Nr. 1 v. 1. 1. 38; „Gazeta Gdańska“ (= „Dzień Grudziądzki“) v. 2. 4., 7. 4., 8. 4., 11./12. 12., 18./19. 12., 21. 12., 23. 12., 28. 12. 37, 5./6. 1. 38; „Gazeta Polska“ v. 14. 10. 37; „Ilustrowany Kuryer Codzienny“ v. 30. 8. 37; „Czas“ v. 3. 10. u. 2. 12. 37; „Kurier Poznański“ v. 4. 1. 38; „Dziennik Poznański“ v. 8. 12. 37; „Goniec Warszawski“ v. 14. 12. 37; Kurier Łódzki“ v. 12. 12. 37; „Codzienna Gazeta Handlowa“ Nr. 290; „Mały Dziennik“ v. 3. 11. 37.] (n 1)

Jan Wiktor:

„Wo der Pflug in bäuerlichen Fäusten ist, — da ist Polen.“

Parzellierungsprobleme in Pommerellen.

Der mit dem Krafauer Literaturpreis ausgezeichnete Verfasser gab in fünf Artikeln in der offiziellen „Gazeta Polska“ seine Eindrücke und Ansichten über die kleinbäuerlichen Ansiedlungen, die zu polnischer Zeit in Posen und Pommerellen errichtet wurden, wieder, wie er sie auf Grund einer — allem Anschein nach doch oberflächlichen — Rundreise durch das erwähnte Gebiet gewonnen hat.

Leider bestätigt die Artikelferie nicht die Erwartungen, die man auf Grund des Untertitels: „Bei den Kleinsiedlern in Posen und Pommerellen“ haben konnte. Vielmehr ist das Ganze mehr eine literarische — leicht regierungstreu gefärbte — Schilderung.

Wenn wir uns trotzdem mit dem Aufsatz befassen wollen, so deshalb, weil derselbe die — von Sachkenntnis ziemlich ungetrübte — überwiegend herrschende Meinung der Polen wiedergibt.

Verfasser behauptet eingangs, daß er vor dem Antritt seiner Rundfahrt gegenüber der Frage der Parzellierung und Ansiedlung auf Grund des Gehörten doch recht feindlich eingestellt gewesen sei:

„Als ich mich entschlossen hatte, zu den Ansiedlern zu fahren, erinnerte ich mich der Wanderungen durch das Oppelner Schlesien, wo man den seit Jahrhunderten ansässigen polnischen Bauern mit den Wurzeln aus dem Boden herausgerissen hatte, um an seine Stelle Deutsche anzusiedeln, die man aus dem Innern herausgeholt hatte, um auf polnischem Boden Festungen und Bastionen zu errichten und sie mit zärtlichstem Schutz zu umgeben. Besondere Züge brachten den Besitz und die Wirtschaftsgeräte der Ansiedler heran. Die Kolonisten kamen in vorbildlich eingerichtete Wirtschaften hinein. Nichts fehlte, weder Keil noch Nagel. Wasserleitung und elektrisches Licht wurden aus mehreren Kilometern Entfernung bis an die Wirtschaften herangeführt. Da herrscht Disziplin, Härte, Rücksichtslosigkeit, deshalb stiehlt dort auch niemand und gibt alles zur Zeit zurück. Es geht alles nach einem nahezu auf die Sekunde genau festgelegten Plan und wird rücksichtslos durchgeführt.“ — Dort drüben kenne man auch nicht solche Verhältnisse, wie sie in Polen unter den besonders industriellen Arbeitslosen herrschten.

Den Eindruck, den der Verfasser aus den Gesprächen mit den Ansiedlern davontrug, war der, daß es für sie kein Landbesitzproblem gäbe. „Das Land muß, wenn nicht heute, so morgen in die Hände derer übergehen, die für Polen Pflug und Waffe sind.“

Besonders ins Auge stechend sei der starke Andrang nach den Siedlungen. Tausende hätten und flehten, und obgleich sie vielfach gute Landwirte seien, könne ihnen nicht geholfen werden, weil das Gut sich selbstverständlich in deutschen Händen befinde, denn „wo der beste Boden ist, da sitzen Deutsche.“

Auf die Frage, warum in der Öffentlichkeit die Parzellierungen so scharf kritisiert und vielfach verurteilt wurden, habe Verfasser zur Antwort erhalten, daß es diesen Kritikern gar nicht um die Ansiedler gehe, sondern „sie die Idee selbst, diese soziale Tat von größter Bedeutung in Miskredit bringen wollen“. Gewiß wurden Fehler gemacht, bestünden Anzulänglichkeiten, aber von Jahr zu Jahr seien Verbesserungen festzustellen, für die auch die zunehmenden Erfahrungen Gewähr bieten.

Bedauerlicherweise wird diese Behauptung des Verfassers durch die Wirklichkeit kaum bestätigt. Es genügt, nur die nicht endenwollenden Versuche mit den Siedlungsbauten als Beispiel heranzuziehen, um zu sehen, daß in dieser Hinsicht noch immer keine Klarheit herrscht. Angefangen vom ganz gemauerten Hause über das teilweise gemauerte Haus bis zum primitivsten, in seiner Art dem ostpolnisch-russischen Stil entlehnten Holzhaus, der nach dem Landwirtschafts- und Agrarreformminister Poniatowski benannten „Poniatówka“, sind heute alle Formen und Arten vertreten, ohne daß man sich in Warschau schon endgültig für den einen oder anderen Typ entschieden zu haben scheint. In den letzten Jahren hat man trotz schlechter örtlicher Erfahrung vorwiegend den ostpolnischen Holzhaustyp gewählt. Diese schlechte Erfahrung schien aber nicht bis Warschau zu dringen.

Erst als zu Beginn des Jahres 1937 erneut eine Kommission mit Minister Poniatowski an der Spitze eine Besichtigungstour unternahm, soll trotz Besichtigung der besten Siedlungen doch die Überzeugung Platz gegriffen haben, daß diese allzu primitive Bauform, besonders in ihrer äußerst nachlässigen Ausführung, für die weipolnischen Gebiete nicht recht geeignet sei.

Nach den letzten Nachrichten, soll nun wieder der Ziegelhausbau stärker bevorzugt werden, worauf auch die großen Ziegelbestellungen bei den Ziegeleien hinweisen.

Wenn die von Minister Poniatowski ohne alle Rücksicht besonders in Pommern vorgetriebene Parzellierung sich unter der örtlichen Bevölkerung keinerlei Beliebtheit erfreut, so ist nicht immer Böswilligkeit der ortsansässigen polnischen Bevölkerung, oder politische polenfeindliche Propaganda der deutschen Großgrundbesitzer der Grund hierfür. Was die polnische Bevölkerung betrifft, so ist der Grund ihrer Unzufriedenheit vor allem darauf zurückzuführen, daß bei der Verteilung der Parzellen die ortsansässige Bevölkerung und die früheren Gutsarbeiter in zunehmenden Maße von der Landzuteilung ausgeschlossen wurden und daß fast ausschließlich Siedler aus der Krakauer Gegend, Klein- oder sogar Ostpolen herangeholt wurden. So bleibt der örtliche Landhunger unbefriedigt. In der Folge aber sind die Verhältnisse zur alteingesessenen Bevölkerung aber keineswegs so gut, wie es dem Verfasser dieser Aufsatze aufgefalle ist.

Was die deutschen Besitzer, besonders diejenigen, denen das Land zwangsparzelliert wurde, betrifft, so hat deren Abneigung, von der Tatsache der Landabnahme abgesehen, noch einen weiteren Grund. Aus sachlich nur selten zu begründenden Verhältnissen wurden die Siedlerhäuser oft unmittelbar an das Gutsland herangesetzt. Eine nicht wegzuleugnende Tatsache ist nur, was übrigens auch aus den hier besprochenen Aufsätzen Jan Wiktors herausgesehen werden kann, daß diesen Ansiedlern im ersten und vielfach auch zweiten Jahre nach der Inbesitznahme der Parzelle das Notwendigste zur Bestreitung des Lebensunterhaltes fehlt. In Gegenden, in denen stark gesiebelt wurde, haben daher die Diebstähle vor allem von Feldfrüchten einen erschreckenden Umfang angenommen. Dort, wo die Siedlungshäuser nur durch einen Weg vom Gutslande getrennt sind, ist es mit diesen Felddiebstählen besonders schlimm. Nachweisen lassen sie sich bei der Lage der Dinge sehr schwer. Hierzu sei nur ein Beispiel aufgeführt: Gleich zu Beginn der letzten Ernte fiel auf, daß ein Siedler auffallend viel Brotgetreide, mehr als er selbst hätte ernten können, verkaufte. Bei einer Untersuchung fand man bei ihm außerdem den Speicher gefüllt. Wie nachgewiesen wurde, hatte er tagelang vom benachbarten Getreidefeld Abend für Abend mehrere Bünde Getreide gestohlen, in der Nacht ausgedroschen und am nächsten Tage verkauft.

Noch zu einem anderen Punkte der vom Verfasser erwähnt wird, sei hier vorweg Stellung genommen. Es ist die Zahlungsmoral der Ansiedler. Verfasser behauptet, daß diese eine erfreulich gute sei, dies dürfte jedoch angezweifelt werden. Auch hier ein Beispiel für viele.

Als bei dem finanziellen Zusammenbruch einer größeren Institution die Gläubiger bei Gericht ihre Forderungen anmelden sollten, kamen verschiedene Siedler zur Direktion und machten ihr den Vorschlag, daß sie ihre Forderungen nicht geltend machen wollten, falls man ihnen einen, wenn auch nur kleinen Teil ihrer Forderung begleichen wollte. Da das nicht möglich war und sich der Fall mehrfach wiederholte, wurde nach dem Grunde für dieses Verhalten geforscht. Es erwies sich, daß diese diebischen Siedler, die ihre Grundstücke nur gegen eine sehr geringe Anzahlung erworben hatten, seitdem aber weder Renten, noch Steuern oder Zinsen gezahlt hatten, dafür aber das Geld, welches sie irgendwo und wie verdient hatten — wobei in der Regel auf dem in gutem Kulturzustande erhaltenen Land ausgesprochener Raubbau getrieben wurde — auf Banken, zu Kaufleuten und anderweitig gegen Verzinsung unterbrachten. Nach einigen Jahren verließen sie bei Nacht und Nebel ihre Parzelle, um nicht mehr wiederzukehren.

Dies sind sicher nur seltene Fälle, genügen aber, um den Ruf der besonders ost- und kleinpolnischen Siedler stark zu schädigen. Mit Recht beneidet daher der Verfasser die reichsdeutschen Siedlungen, wo „niemand stiehlt und alles zur Zeit wieder abgibt“.

Die Frage, welche Gruppe der Ansiedler mit ihrer neuen Lage und der Arbeit am besten fertig würden, beantwortet der Verfasser, daß es keineswegs, wie meistens ange-

nommen wird, die Gutsarbeiter seien. Diese seien fast alle in gewisser Hinsicht „Spezialarbeiter“ gewesen, während ihnen der Gesamtüberblick fehlte. Vor allem seien sie nicht an ein selbständiges Wirtschaften gewöhnt. Von ihnen würde daher auch am lauteften Klage geführt. Demgegenüber könne der Siedler aus Kleinpölen sparsam und genügsam leben, weil er in Armut aufgewachsen sei. Er bringe daher unschätzbare Werte mit, als da sind: das Kapital ungeheurer Arbeitskraft, Ausdauer, Anpassungsfähigkeit und Widerstandskraft. Trotz dieser ausgezeichneten Eigenschaften müsse man ihnen den Vorwurf machen, daß sie ausnahmslos völlig mittellos herkommen und nicht das geringste Kapital zum Ankauf des Allernotwendigsten mitbringen.

Dieser Siedlerzufluß erzeuge daher den Unwillen der Bevölkerung, bei der man des öfteren die Klage hört, daß es für die Pommereller früher keine Stellungen, heute keine Siedlungen gäbe.

Dann aber sieht der Verfasser wieder die in kleine Villen verbesserten und umgebauten früheren Holzhäuser, die selbstgeschaffene Wasserleitung und als äußeres Zeichen des zunehmenden Wohlstandes der nahezu herrschaftliche Wagen, mit welchem die Siedler Sonntags zur Kirche fahren.

„Jede Siedlung, die in letzter Zeit entstanden ist, umfaßt ein Holzhaus, mit großer Sparsamkeit errichtete Wirtschaftsgebäude, welche gerade deshalb Grund zu Klagen geben, drainierten Boden, neben jedem Hause ein kleiner Garten mit zweckmäßig ausgewählten Qualitäts-Obstbäumen, so daß die Siedler nach Deckung des eigenen Bedarfs die Möglichkeit haben sollen, mit den anderen Dorfinsassen zusammen das Obst waggonweise zu versenden. Kreisinstruktoren achten auf diese Gärten, bringen den Siedlern deren Pflege bei, andere achten auf die richtige Viehpflege, dritte sind für die eigentliche Landwirtschaft da. Nach deren Anweisungen muß sich der Siedler richten.

Die Siedler haben das Land bestellt und in Empfang genommen. Und hierin liegt der Beginn ihrer Tragödie. Die früheren Besitzer haben gerade die für die Parzellierung vorgesehenen Landstücke überhaupt nicht bearbeitet und ließen sie mit außerordentlich schwachen Erträgen zurück. Kein Wunder, daß der Siedler den Winter über geradezu ohne Lebensmittel verblieb und sogar Fälle vorkamen, daß er Betteln gehen mußte

Sooft wir zu den Siedlern kamen, hörten wir stets dieselbe Klage:

Ohne Dung und unbestellt haben die Vorbesitzer diese Stückchen Land zurückgelassen. Alles muß erst herangeschafft und umgearbeitet werden, der Boden ist ausgelaugt und ausgesogen Es ist peinlich, auf die eigenen Leute zu schimpfen, aber wir müssen zugestehen, daß die deutschen Vorbesitzer das Land in besserer Kultur zurückgelassen haben als die polnischen.“

Besonders harte Klage wurde über die außerordentlich schlecht gebauten Häuser geführt, und das in erster Linie von den früheren Gutsarbeitern. Überhaupt seien die sich aus früheren Gutsarbeitern rekrutierenden Siedler die unzufriedensten mit der Art und Ausstattung der Ansiedlungen. Nach Ansicht der übrigen Siedler liege das daran, daß die früheren Gutsarbeiter es vorher zu gut und leicht gehabt hätten: regelmäßige und stets gleiche, zeitlich festgelegte Arbeit, bei der sie sich selbst über die Einteilung und Organisation keine Gedanken zu machen brauchten. Deputat und Geld bekamen sie auch pünktlich, Not und Kummer sei ihnen unbekannt gewesen. All diese Schattenseiten träten jetzt auf eigenem Grund und Boden in den Vordergrund, und es erweise sich jetzt — nach Ansicht der anderen Siedler und anscheinend auch des Verfassers — daß sie die schlechtesten und unfähigsten Siedler seien, bei denen alles drunter und drüber gehe.

Bei allen Siedlern, ganz gleich, woher sie kämen, oder aus welcher Schicht sie stammten, will der Verfasser festgestellt haben, daß auch nicht einer, und wenn es ihm auch noch so schlecht gehe, die Absicht habe, jemals Grund und Boden wieder aufzugeben.

Diese Einstellung und das Festhalten an der Scholle sei besonders bei den Siedlern aus Südpolen, die von 2–3 Morgen großen Betrieben stammten, besonders stark ausgeprägt. Die Zwergbauern hätten früher harte Not gelitten und wüßten daher jetzt um so mehr den Segen der wirtschaftlichen Selbständigkeit zu schätzen. Sie seien daher

nicht nur die arbeitsamsten, sondern auch die organisatorisch regsamsten. Ihren Stolz setzten sie daran, ihre Kenntnisse dem pommerellischen Stande anzugleichen, und vor allem sei ihnen die Anschaffung landwirtschaftlicher Maschinen ihr erhabenstes Ziel. Trotzdem sie kaum ein Jahr hier wären, hätten sie bereits landwirtschaftliche und Jagdgenossenschaften gegründet, — was wohl weniger ein Verdienst der Ansiedler, als auf eine staatliche Maßnahme zurückzuführen ist — und schon trügen sie sich mit dem Gedanken, irgendwelche Gefelligkeitsvereine ins Leben zu rufen.

Schließlich fragt der Verfasser auch, wie die Deutschen über die Siedler sprächen. — „Genau so, wie wir über sie. Aber wir sind auf unserem Boden, also dürfen wir reden. Zuerst haben sie auf uns als auf Räuber geschaut, doch langsam beginnen sie uns zu achten. Dieser und jener versuchte uns damit abzuschrecken, daß er von einem bevorstehenden Kriege sprach, in welchem wir alle aufgehängt würden. Darauf antworteten wir ihnen, daß wir mit starken Armen hergekommen seien, um die Grenze zu verteidigen. Und wir und unsere Hände werden Polen notwendig sein. Und wenn ich meinem Kinde das letzte Kissen unterm Kopfe sollte hervorziehen müssen, um die Steuern und die Grundstücksschuld zu bezahlen, so werde ich es tun, aber ich werde nicht abtreten und diesen Boden nicht verlassen. Wir werden in diese Erde hineinwachsen, auf daß es uns, unseren Kindern und unserem Volke einst besser gehen möge. Alles haben wir und zu allem sind wir geeignet, nur Geld haben wir keins. Wir glaubten, daß unsere kräftigen Arme ausreichen würden, doch zeigt es sich, daß das nicht genügt. Aber es muß und wird eine Aenderung kommen . . .“

Den fünften und letzten Aufsatz betitelt der Verfasser: „Bäuerliche Nacht am Meere“. An die See hätten ihn die Siedler zuletzt geführt, und hier habe er alles Gesehene noch einmal überdacht:

„Der Hand entglitt mir das Beil, das ich mitgenommen hatte, um diese Siedlungen zu zertrümmern, es erlosch das Feuer, mit dem ich sie anzünden wollte. Ich ging erfrischt weiter. Ich sah die schwierigen Verhältnisse, die herrschende Not, das Ringen, den Kampf, ich hatte die Fehler und Unzulänglichkeiten erkannt, aber ich war tief gerührt und erfreut, sooft ich die roten Dächer der Siedlungen sah. Es sind Mängel, aber diese werden beseitigt. Von Monat zu Monat ist der Fortschritt zu erkennen. Die Fehler und Unzulänglichkeiten können die Fundamente der großen Idee weder verdecken noch erschüttern. Das ist eine Aktion, die ein Problem von riesigem Ausmaß zur Lösung bringt. Die polnische Allgemeinheit — noch immer im Schlafzustande — versteht die Wichtigkeit der Frage nicht und vermag ihre Bedeutung nicht richtig einzuschätzen. Hunderte und tausende Ansiedlungen, das bedeutet die Liquidation der deutschen Hochburgen, das bedeutet eine entstehende Mauer und einen Wall aus Brust und Armen polnischer Bauern. Das sind neue Arbeitsstätten, in denen sich die Arbeitslosen und Kleinbauern ihr täglich Brot verdienen können. Die ganze Anstrengung des Volkes müßte daher in diese Richtung gehen, um diese Arbeit für die Zukunft zu schützen. Nur erstklassigstes Material dürfte hierher kommen. Von den Auserwählten die Auslese, die sich der Pflichten und Aufgaben, welche sie zu erfüllen haben, bewußt sind.“

Während der Gespräche mit den Bauern habe der Verfasser auch gehört, daß wiederholt deutsche Journalisten zu den polnischen Ansiedlern gekommen seien, hier befragt, ausgefragt und fotografiert hätten, um in ihren Zeitungen und in den Kinos Bilder aus dem Leben der jetzt in Pommerellen ansässigen und arbeitenden einseitigen Bergbewohner u. a. m. zu bringen. In diesem Zusammenhang fragt der Verfasser zum Schluß:

„Sind etwa auch die polnischen Berichtersteller — ach, das wird ihnen wohl nie in den Sinn kommen — ins Ausland gefahren, um die deutschen Siedlungen kennen zu lernen und sie dann in den eigenen Zeitungen zu beschreiben, oder im Kino zu zeigen? Dort werden die Kolonisten, aus dem ganzen Reichsgebiet und unter den Besten ausgewählt, mit allem ausgestattet, was sie benötigen, um keine Kräfte im Kampf mit der Not und den Widerständen zu vergeuden. Da wird, bei richtigem Verständnis für die Bedeutung des Problems mit keinen Mitteln gespart, da werden Millionen herausgeworfen, um mit einem lebendigen Wall aus

deutschem Eisen die Ostgrenzen zu befestigen. Sie haben einen genau ausgearbeiteten Plan, den sie mit Verbissenheit verwirklichen.

Und in Polen wird stattdessen mit Steinen geworfen und Verleumdungen gegen den ausgestreut, der den Mut besaß, die Grenzen mit den arbeitsamen Armen der polnischen Bauern zu befestigen . . .“

[„Gazeta Polska“ vom 21., 22., 23., 24. u. 25. XI. 1937.] (n 1)

Der Anteil des Deutschtums am Wirtschaftsleben der Wojewodschaft Pommerellen in polnischer Beleuchtung.

Natürlich kommt das Licht vom Baltischen Institut, das in der Reihe seiner von Josef Borowik redigierten kartographisch-statistischen Veröffentlichungen zwei Hefte herausgebracht hat, die dieser Frage gewidmet sind. Das erste Heft handelt von den „Nationalitätenverhältnissen in der pommerellischen Landwirtschaft“ und das zweite von „dem fremden Element in dem Wirtschaftsleben Pommerellens“. Als wissenschaftliche Bearbeiter beider Hefte zeichnen verantwortlich Dr. Anton Wrzosek und Stanislaus Zwierz.

Die Verfasser bezeichnen die von ihnen bearbeitete Frage als brennend wichtig im Hinblick auf die Wojewodschaft Pommerellen, als auf den Teil des Staates „dessen wirtschaftliche Struktur und nationale Kräfteverlagerung vom Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit Gegenstand besonderen Interesses in ganz Polen“ sei. Denn schon bei einem flüchtigen Vergleich der wirtschaftlichen Stärke des Deutschtums mit der des Polentums falle die Tatsache ins Auge,

„daß der prozentuale Anteil des deutschen Elements in der gesamten Wirtschaft Pommerellens drei-, vier- und noch mehrmal so groß ist, als dies angesichts der zahlenmäßigen Stärke dieser Volksgruppe anzunehmen wäre“.

Auf die Herausarbeitung und Darstellung dieses klaffenden Unterschieds scheint es den Verfassern und dem Auftraggeber besonders anzukommen, denn bei jeder sich bietenden Gelegenheit wird darauf hingewiesen.

Als Unterlage für die Arbeit haben die Verfasser neben dem Ergebnis der Volkszählung vom 9. Dezember 1931, wie es in den Veröffentlichungen des Statistischen Hauptamts vorliegt, in der Hauptsache vom Baltischen Institut gesammeltes und ihnen zur Verfügung gestelltes Material benutzt. Sie gehen dabei so vor, daß sie die großen Fragebereiche in eine Anzahl von Unterfragen zergliedern, was, äußerlich gesehen, eine Teilung der beiden Hefte in mehrere Hauptkapitel mit sich bringt; diese wiederum setzen sich zusammen aus den Einzelkapiteln, die jeweils einer Frage gewidmet sind. So werden z. B. im ersten Heft der Darstellung der Nationalitätenverhältnisse in der pommerellischen Landwirtschaft als Teil I die „Demographischen Grundlagen“ vorausgeschickt, die Fragen des Sprachenverhältnisses, der Bevölkerungsdichte, der Bevölkerungsbe-
wegung in den Jahren 1910—21, 1921—31 und 1910—31 in sich schließen. Der eigentliche, zweite Teil handelt dann von dem Grundbesitz und der Frage der Parzellierung, wobei die Güte des Bodens, die Besitzverteilung allgemein sowohl wie im Hinblick auf den Klein- bzw. den Großgrundbesitz, ferner der Umfang der durchgeführten Parzellierung überhaupt, die Parzellierung auf deutschen wie auf polnischen Gütern, das deutsche Eigentum im Gesamtumfang der Parzellierung, die Ausnahmen hiervon, deren prozentuales Verhältnis zu dem der Parzellierung verfallenen Boden und endlich der Umfang des vom Parzellierungszwang befreiten Eigentums in den Bereich der Untersuchung gezogen werden. Im zweiten Heft sind es das Genossenschaftswesen, Handel und Gewerbe und das Handwerk, die in den Einzelkapiteln eine allseitige Beleuchtung erfahren. Bei den Genossenschaften werden die einzelnen Typen (Spar- und Kreditgenossenschaften, Landwirtschaftliche und Landwirtschafts- und Handelsgenossenschaften, Molkereigenossenschaften), ihre Mitgliederzahl, ihre Leistungsfähigkeit, ihr Umsatz und vor allen Dingen

wiederum die Nationalität ihrer Träger gesondert behandelt. Die Handels- und Industrieunternehmen werden nach Kategorien unterschieden, um den deutschen — und den jüdischen — Anteil besser hervortreten zu lassen; je ein besonderes Kapitel ist dem Kapital in der pommerellischen Industrie und dem Handel Gdingens gewidmet. Beim Handwerk wird, weil anderes Material nicht vorlag, nach dem Bekenntnis des Werkstattinhabers gefragt und ein ungefähres Verhältnis angestrebt; auch hier die einzelnen Gruppen — Bauhandwerk, Holz-, Stoff-, Metall-, Leder-verarbeitendes Handwerk, Lebensmittel- und Bedienungshandwerk — von einander getrennt. Jeder Teilfrage ist nun eine statistische Tabelle und, zur besseren Einprägung, ein besonderes, mit prozentualen Angaben arbeitendes Kartogramm, gewidmet; daneben jeweils ein erläuternder Text, der auf das Besondere des Ergebnisses hinweist, und seine politische Bedeutung unterstreicht. Eine zusammenfassende Würdigung des Ganzen ist bereits in der Einleitung mit dem oben wiedergegebenen Satze von dem Auseinanderklaffen des deutschen prozentualen Anteils am Wirtschaftsleben und der zahlenmäßigen Stärke dieses Elements in Pommerellen vorweggenommen.

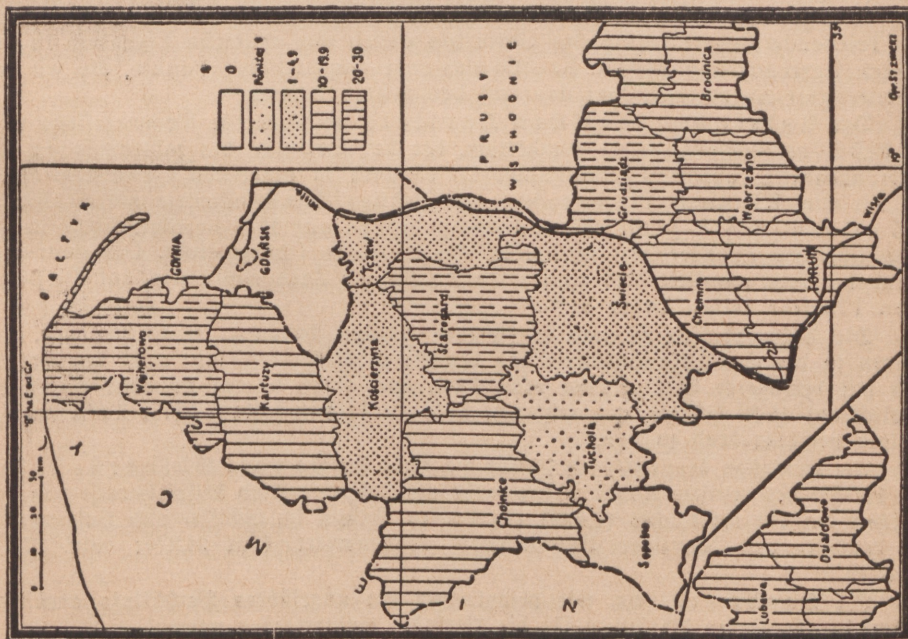
Die beiden Hefte sind also, wie alle Veröffentlichungen des Baltischen Instituts, eine durch und durch politische Publikation. Als ihr Ziel wird von den Verfassern die Darstellung jener Rolle angegeben, welche im Wirtschaftsleben Pommerellens das polnische und das deutsche Element spielen. In Wirklichkeit jedoch geht es um mehr. Es geht darum, dem Leser die Überzeugung zu vermitteln, in welcher schreiender Weise das Polentum Pommerellens in den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft dieser Provinz von dem auf diesem Gebiete besser bedachten Deutschtum immer noch benachteiligt werde. Es ist im gegebenen Zusammenhang wiederholt von den polnischen politischen Belangen, von der „Staatsraison“ (racja stanu) und dem „hergeschwemmten Element“ (żywiol naplywowy) die Rede, und das kennzeichnet mehr als alles andere die Absicht, von der die Arbeit getragen wird. Daß in den meisten Fällen das Mißverhältnis zwischen der zahlenmäßigen Stärke des Deutschtums in Pommerellen und seinem Anteil am Wirtschaftsleben dieser Wojewodschaft auf jene erzwungene Abwanderung von Hunderttausenden Deutscher und den massenhaften Zustrom eines neuen „żywiol naplywowy“ zurückzuführen ist — die statistischen Tabellen und die Kartogramme zur Bevölkerungsbewegung in den Jahren 1910—1921—1931 zeigen das sehr schön und eindrucksvoll —, davon mit keinem Wort etwas. Im Gegenteil, hier werden, wie so häufig, die Dinge auf den Kopf gestellt und aus dem so erzielten Ergebnis Folgerungen gezogen, die durch die politische Zielsetzung von vornherein gegeben sind. Und dann kann man's im Zusammenhang mit der starken deutschen Rückwanderung nach 1920 lesen, wie die deutsche Bevölkerung Westpreußens auf die Kunde von der bevorstehenden Gebietsveränderung im Osten massenweise das Land zu verlassen angefangen habe, wie beispielsweise die damalige polnische Regierung den deutschen Beamten vorgeschlagen habe, auf ihren Stellungen zu bleiben, diese jedoch auf Anweisung der deutschen Regierung im April 1920 es vorgezogen hätten, ins Reich zu gehen, und mit ihnen die Scharen der Kaufleute und Handwerker. Eine Fragestellung wird vermieden: die nämlich, wie der vollzogene Umschichtungsprozeß der pommerellischen Wirtschaft selbst bekommen sei. Hier und da freilich klingt es wie eine Antwort durch, wenn von dem sich in Handel und Gewerbe breitmachenden Judentum die Rede ist. Aber das sind fallengelassene Eingeständnisse, nichts weiter.

Es kann und soll hier nicht versucht werden, den berührten Fragen im einzelnen nachzugehen. Das würde einer detaillierten Inhaltsangabe gleichkommen, und eine solche ist nicht beabsichtigt. Nur ein paar Bemerkungen zu den größeren Fragenbereichen.

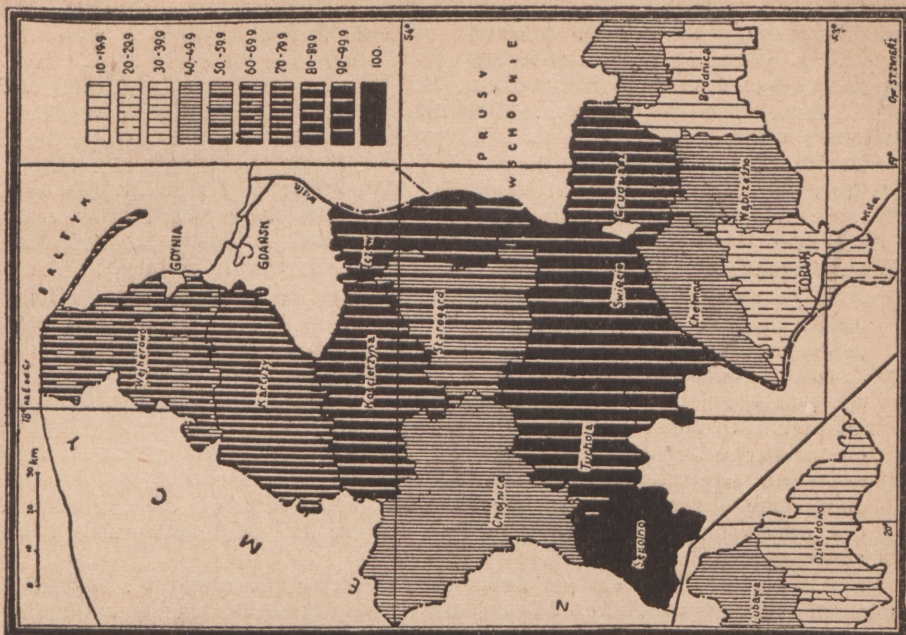
Der nicht polnische Bevölkerungsanteil der Wojewodschaft wird nach dem Ergebnis der Volkszählung von 1931 mit 10,1 % angelegt, die Bevölkerungsdichte mit 65,8 pro Geviertkilometer errechnet; hier wird auch sofort das polnische Interesse an einer höheren Ziffer angemeldet. Wie diese Erhöhung erreicht werden soll, wird nicht gesagt, geht aber aus den Kapiteln über die Parzellierung hinreichend eindeutig hervor. Auf die Güte des Bodens wird aus dem Grundsteuerkataster von 1910 geschlossen, um dann in den folgenden Kapiteln auf den Umstand hinzuweisen, daß „mit Ausnahme der Kreise Berent und Zempelburg der größte Anteil des deutschen Eigentums auf die Kreise fällt, die sich durch den besten Boden auszeichnen“.

Die Parzellierungen in Pommerellen.

„Parzellierung von polnischem Besitz“.



„Deutscher Besitz in der Gesamt-Parzellierung.“



„Parzellierte Fläche aus polnischem Besitz im Verhältnis zu dem gesamten, der Parzellierung unterliegenden polnischen Besitz.“

„Prozentualer Anteil deutschen parzellierten Besitzes an der gesamten parzellierten Fläche.“

Wiedergaben zweier Karten aus: A. Wrozsek und St. Zwierz, „Stosunki narodowościowe w rolnictwie Pomorskim“ Heft 1. Ödینگen-Šborn 1937.



Bei den Statistiken und Kartogrammen zur Frage der Parzellierung hat man häufig den Eindruck, als solle mit ihnen nicht nur verdeutlicht, sondern auch verschleiert werden. Gleichwohl kommen die Verfasser um die Tatsache nicht herum, daß durch das Parzellierungsgefes das deutsche Eigentum ungleich stärker angefaßt worden ist als das polnische. (Vergl. die Karten S. 17.)

Beim Genossenschaftswesen, bei dem der deutsche Anteil mit 58,7 % errechnet wird, ist es vor allem der Umstand, daß die deutschen Genossenschaften die Bevölkerung allseitiger erfassen und leistungsfähiger sind als die polnischen, der den Verfassern Kopfzerbrechen verursacht. Die deutschen Molkereigenossenschaften zählen zu 26,1 % polnische (zum großen Teil kaschubische) Mitglieder; im Kreise Dirschau beträgt ihr Hundertsatz 86,9 % — „eine Tatsache, die grell ins Auge fällt“. Und nun gar die Lieferanten an diese deutschen Genossenschaften: 68,5 % Polen; in den Kreisen Dirschau, Stargard, Berent, Konik und Briesen sogar ausschließlich Polen!

„Der ganze Apparat des deutschen Molkereigenossenschaftswesens stützt sich mithin in seinen untersten Grundlagen zum weit überwiegenden Teil auf das polnische Element. Es ist hier nicht der Ort, den Gründen dieses eigenartigen Zustandes nachzugehen. Man kann nur feststellen, daß er von dem Niveau des polnischen Genossenschaftswesens kein gutes Zeugnis ablegt, denn sonst könnten die deutschen Genossenschaften nicht solche Anziehungskraft auf die polnische Bevölkerung ausüben. Das Hindrängen dieses Elements zu den deutschen Institutionen kann nicht als günstig angesprochen werden, zumal damit immer eine kleinere oder größere wirtschaftliche Abhängigkeit von der deutschen Führung, die auch in andere Lebensgebiete reichen kann, verbunden ist.“

Im „Handel ist der deutsche Anteil nicht sonderlich beunruhigend“. Dagegen zeigt die Statistik bei den Gewerbeunternehmungen hier und da einen unverhältnismäßig starken deutschen Anteil. Daß er im Kreise Zempelburg am höchsten ist (71 %), versteht man noch. „Dagegen muß mit Nachdruck unterstrichen werden die Beherrschung des Gewerbes durch das deutsche Eigentum in Kreisen mit nahezu rein polnischer Bevölkerung, wie den Kreisen Karthaus, Berent, Dirschau, Thorn und Löbau, wo dieses zwischen 50—70 % schwankt.“ Und weiter: „Als auf einen besonders ungünstigen Umstand müssen wir unsere Aufmerksamkeit lenken auf die weit reichende Beherrschung des Gewerbes durch das deutsche Eigentum in den Kreisen Karthaus und Berent. Es sind das sehr empfindliche Punkte, die wir mit angestrenzter Aufmerksamkeit dauernd beobachten müssen.“

Der Anteil des deutschen Kapitals am Gewerbe Pommerellens wird mit 31,3 % veranschlagt, einem Hundertsatz, der das Dreifache des zahlenmäßigen Bevölkerungsanteils ausmacht. „Schlimmer ist es noch in einzelnen Gewerbeäweigen. Die für die Wirtschaft Pommerellens so wichtige Zuckerindustrie stützt sich zu 65 % auf deutsches Kapital, während das polnische nur 35 % beträgt. Sogar in der Zustellung der Zuckerrüben zeigt sich das deutsche Übergewicht. Die deutschen Pflanzler liefern nämlich 52 % an Rohstoffen für die Zuckerindustrie, auf die polnischen Pflanzler fallen kaum 48 %.“

Die Bakonindustrie ist ganz in fremden Händen, davon zu $\frac{1}{4}$ in deutschen. Daß dagegen in der chemischen Industrie das deutsche Kapital überhaupt nicht beteiligt ist, wird mit besonderer Befriedigung verzeichnet, auch wenn da der polnische Anteil sich lediglich auf 15 % beläuft; die restlichen 85 % in belgisch-holländischem Besitz scheinen weniger gefährdend zu sein.

Am wenigsten beunruhigend scheint die Lage im Handel Ddingens zu sein; hier beträgt der deutsche Anteil wenig mehr als 2 % und wird beispielsweise von dem jüdischen um ein mehrfaches (9,4 %) übertroffen. Einzig im Schiffs- und Hafenverkehr sind deutsche- und Danziger Unternehmen nennenswert (mit 24,2 %; poln. 27,2 % vertreten).

Im Handwerk, wo, wie gesagt, nur ein ungefähres Verhältnis angestrebt werden konnte, liegen die Dinge für die Verfasser einigermaßen normal.

„Auf jeden Fall weist keine Bekenntnisgruppe in ihrem Besitzstand einen grellen Widerspruch zu ihrer zahlenmäßigen Stärke auf.“

Grund zur Beunruhigung, wenigstens soweit die Deutschen in Frage kommen, ist also nicht vorhanden.

[Dr. Antoni Wrzosek i Stanisław Zwierz, Stosunki narodowościowe w rolnictwie pomorskim.

Dr. Antoni Wrzosek i Stanisław Zwierz, żywiol obcy w życiu gospodarczym Pomorza. Wydawnictwa Instytutu Bałtyckiego. Prace kartograficzno-statystyczne pod redakcją Józefa Borowika, Zeszyt I i II, 1937.] (m).

Der Warthe—Goplo—Weichsel-Kanal.¹⁾

Die durch die Gestaltung des Gewässernektes bedingte Ausrichtung der Warenbeförderung auf der Warthe in Richtung auf die Oder — auf Stettin, läßt den — an sich nicht allzu umfangreichen — dem Fluß auf polnischen Gebiet in Polen und anderen Städten anvertrauten Warenstrom zum Seehafen Stettin abfließen.

Das entspricht dem System des natürlichen und künstlichen Gewässernektes der norddeutschen Tiefebene, in dem zwischen den großen, nord- und seewärts gerichteten Strömen West-Ost und umgekehrt gerichtete Querverbindungen bestehen, die, teils Nebenflüsse teils Kanäle benutzend, als Zubringer der großen Ströme oder als Verbindungslinien der Stromsysteme — und Wirtschaftsgebiete untereinander dienen.

In diesem großen, bis 1920 noch nicht von Staatsgrenzen zerrissenen Gewässerverband bildete die Warthe einen östlichen Zubringer der Oder und eine Verbindung der polnischen landwirtschaftlichen Überschußgebiete mit Mittel- und Westdeutschland. Damit war ihre Gebrauchsbestimmung (die Laufrichtung ja nur teilweise) Ost-West gerichtet.

Mit und nach der Bildung des polnischen Staates ist dort bekanntlich eine Verkehrslenkung maßgeblich geworden, die den Waren- und Rohstoffstrom auf die Leitlinie des Nord-Süd gerichteten Korridors zwang. Unterstützt, weniger von dem Unterlauf der Weichsel, als durch den späteren Bau der Kohlenmagistrale, die von Oberschlesien nach Gdingen verlaufend sozusagen die Wunschlinie für die Ausrichtung des gesamten Verkehrs im „westpolnischen Raum“ wurde. Insbesondere wurde der aus Kongreßpolen nach Westen gerichtete Verkehr jetzt grobgefaßt um 90 Grad aus seiner bisherigen Richtung verdreht und nach Norden — nach Gdingen abgelenkt.

Glücklage und Tradition verwiesen dagegen die Warthehauptstadt auf den unmittelbaren Verkehr mit dem Westen — sind der polnischerseits verfolgten Ausrichtungsstendenz also abgeneigt. Um auch diesen Sektor des polnischen Gewässernektes — der, da, Polen ihn von Deutschland übernahm zu den wenigen ordnungsgemäß ausgebauten Wasserstraßen Polens gehört — ebenfalls in die gewünschte Nord-Südrichtung einzubeziehen, tauchte schon bald nach der Bildung des neuen polnischen Staates (1923) der Plan auf, die Warthe von Konin aus (vergl. unsere Karte 1) mit dem Seensystem um den Goplosee zu verbinden, da dieser seinerseits durch den Oberneze- und Bromberger-Kanal (eine Verbindung die Deutschland bereits 1878 fertiggestellt hat) mit der Weichsel in Zusammenhang steht.

Die Forderung nach diesem Kanal ist nun polnischerseits oft gestellt und wiederholt worden, ohne daß die Staatsmittel eine derartige Investition erlaubt hätten. Als im Herbst 1937 durchsickerte, daß die Regierung mit dem Warthe-Goplo-Kanal-Projekt gewisse konkretere Pläne habe, erhob man besonders in Polen die Forderung nach dem neuen Kanal laut. Provinzielle und örtliche Körperschaften unterstrichen die Notwendigkeit dieses Kanalbaus²⁾ und eine politische Partei (das „Lager der nationalen Einigung“, OZN — Regierungslager) hielt sogar in Polen (16. 11. 37) eine Propagandaversammlung für diesen Kanal ab, die rügte, daß sich das Verkehrsministerium ausschließlich für die Eisenbahnen interessiere und den Wasserwegen zu wenig Beachtung

¹⁾ Vergl. Ostlandschriften S. 9, „Ausbaupläne f. d. polnischen Wasserstraßen“, S. 29 ff. Danzig 1937.

²⁾ „Gazeta Polska“, 24. 10. 37; „Dziennik Poznański“, 24. 10. 37, 17. 11. 37; „Kurier Bałtycki“, 24. 11. 37 u. a.

schente³⁾. Aus diesen Tagen stammt u. a. auch ein Artikel des polnischen Wasserbauingenieurs W. Kollis⁴⁾, der im „Ilustrowany Kuryer Codzienny“⁵⁾ schrieb:

„Vor einer Woche (Mitte Oktober 1937) verbreitete sich die Nachricht, daß die Regierung an den Bau des Kanals Warthe—Goplo—Weichsel herantrete. Die Regierung hatte angeblich schon eine Durcharbeitung für die Bauarbeiten ausgeschrieben. Leider erwies sich diese Nachricht als vorzeitig.

Kurz danach kam eine Dementierung dieser Meldung und die Feststellung, daß diese Frage nur eine Angelegenheit von Studien ist, und wie wir wissen, dauern solche Studien eine sehr lange Zeit. Inzwischen ist die Frage dieses Kanalbaus eine dringliche Frage geworden. Das posensche Wirtschaftsgebiet besitzt die einzige schiffbare Wasserader, den Warthefluß, der infolge des Mangels künstlicher Verbindungen von den übrigen polnischen Flüssen isoliert ist. Dieser in jeder Beziehung ungünstige Umstand wird als normal angesehen. Die Folge dieses Zustandes ist die Tatsache, daß unsere Schifffahrt auf der Warthe nach deutschen Häfen gezogen wird⁶⁾.

Nach statistischen Angaben aus den Jahren 1926—1930 beträgt die auf der Warthe nach Deutschland gehende Warenmenge durchschnittlich rund 200 000 to. jährlich, während die Transporte im Binnenland kaum 10 v. H. dieser Ladungen betragen. Wenn man auf die Karte sieht, ist leicht festzustellen, daß in unserem Binnen-Transportverkehr die Warthe im augenblicklichen Zustand eine sehr begrenzte Rolle spielen muß, denn sie ist eine Sackgasse, eine verschlossene Straße ohne eine Möglichkeit, auf den breiten Weg zu kommen.

In den letzten Jahren wurden zur Abstellung einer unerwünschten Ausfuhr über fremde Häfen von unserer Eisenbahn besondere ermäßigte Tarife für jene Ladungen eingeführt, die nach Gdingen und Danzig gerichtet waren. Trotz dieser Tarifordnung fand eine Ausfuhr bedeutender Getreidemengen aus Großpolen über den Warthefluß und weiter nach Stettin (Deutschland) statt.“

Wir wollen hier einfügen, daß die Kritiker eines solchen Kanalbaus schon vor längerer Zeit einwandten, er könne — ein Verkehr mit 200-Lo.-Rähnen vorausgesetzt — mit den ermäßigten Eisenbahntarifen nach den Häfen keinen Wettbewerb aushalten. Dem gegenüber hat der polnische Wasserbauer Tillinger festgestellt, daß dies vielleicht für die Verbindung Posen—Danzig richtig sein könne, da hier die Eisenbahnentfernung (327 Kilometer) 160 Kilometer kürzer sei, als der Wasserweg Posen—Danzig über den Goplosee (487 Kilometer), dagegen sei die Wasserverbindung Konin—Danzig nur 37 Kilometer länger als der Eisenbahnweg⁷⁾. Eine positivere Tarifrechnung machte in diesem Zusammenhang das Militärblatt „Polska Zbrojna“:

„. . . Bei diesem Stand der Dinge sind vor allem die Beförderungskosten von Einfluß, die auf dem Wasserwege von Posen nach Stettin für 1 to — 8,50 Zloty, dagegen zu Eisenbahn von Posen nach Gdingen — sogar bei Anwendung der speziellen ermäßigten Tarife — 16,50 Zloty, für 1 to betragen. . . .“⁸⁾

Der Artikel von Kollis fährt fort:

„Die Statistik der letzten Jahre zeigt sogar, daß die anfänglich verminderte Getreideausfuhr nach Deutschland von neuem zu steigen anfang. Nicht gleichgültig kann für uns ebenfalls die Tatsache sein, daß bei dem jetzigen Charakter der Schifffahrt auf der Warthe, die hauptsächlich deutsche Häfen bedient, sich diese Schifffahrt tatsächlich ausschließlich in Händen deutscher Schiffer befindet.

Abhelfen kann man dem Übel durch den Bau des Warthe-Goplo-Kanals, der eine künstliche Verbindung unserer beiden großen Wasserverkehrsadern, der Weichsel und Warthe schafft, die Warenbewegung nach Gdingen

³⁾ „Gazeta Polska“, 18. 11. 37; „Dziennik Poznański“, 18. 11. 37; „Czas“, 18. 11. 37.

⁴⁾ Vergl. „Ostland-Berichte“ 1937 Nr. 3, S. 139 Anm. 2.

⁵⁾ „Ilustrowany Kuryer Codzienny“, 23. 10. 37.

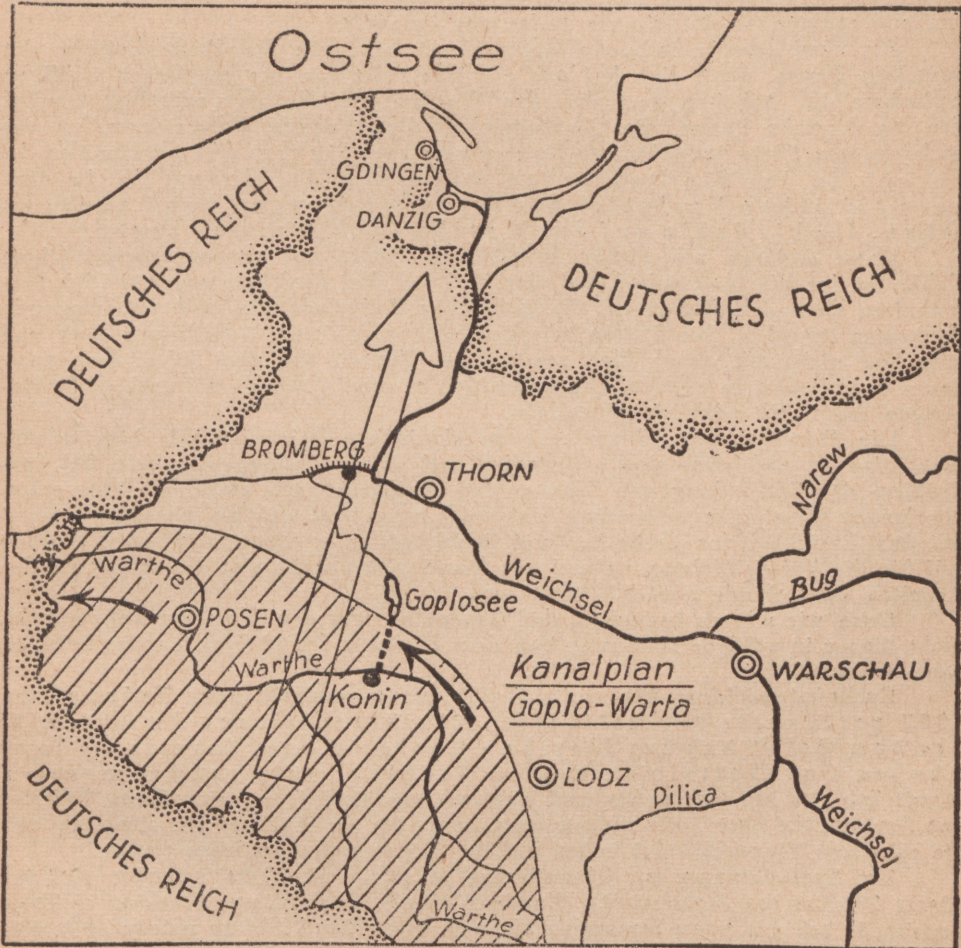
⁶⁾ Im Original durch Kursivdruck hervorgehoben.

⁷⁾ „Kurier Poznański“, 9. 2. 37.

⁸⁾ „Polska Zbrojna“, 17. 10. 37.

und Danzig richtet⁹⁾, die Schifffahrt auf unseren Binnengewässern belebt und gleichzeitig zur wirtschaftlichen Hebung jener landwirtschaftlichen Gebiete beiträgt, die an der Warthe oder an der Trasse des zukünftigen Kanals liegen.

Nach einer Regelung der Warthe bis Sieradz kann auf diesem Wasserweg aus Gdingen und Danzig die Baumwolle für die Lodzer Industrie



Umzeichnung einer i. d. polnischen Presse wiederholt veröffentlichten Übersichtskarte.

gehen, außerdem können in diesem Falle zur Erleichterung an der Warthe Freihafenlager eingerichtet werden.

Der neue Kanal wird in der Gegend der Stadt Konin bei Morzysław beginnen, darauf durch den Patnowski-, Mikorzyński- und Slesiński-see bis zum Goplosee gehen, von dort gibt es bereits eine weitere Verbindung mit der Weichsel durch den Obernetze- und Bromberger-Kanal.

Die Verbindung von Warthe und Weichsel wird eine Herstellung von kaum 20 km Kanal und 4 Schleusen erfordern! Rund 13 km Wasserweg bilden die Seen, die außerdem einen hervorragenden Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr bilden werden. Wirtschaftskreise haben sich schon lange zu der Notwendig-

⁹⁾ Im Original durch Kurzdruok hervorgehoben.

keit einer allerschnellsten Verwirklichung des Wasserweges Warthe—Goplo—Weichsel geäußert.“ Auf der Sitzung des großpolnischen Wirtschaftsrates sei im Mai 1937 auch diese Forderung gestellt worden.

„Es unterliegt denn auch keinem Zweifel, daß die Ermöglichung einer bequemen und billigen Wasserverbindung durch die Verbindung der Warthe mit dem polnischen Meer in dem augenblicklichen Kampfabschnitt um die Verbilligung der Produktion und der Erlangung einer Rentabilität der Arbeitsstätten ein Problem von erstrangiger, staatswichtiger Bedeutung darstellt.

Als Symptome besonders charakteristisch sind die Randbemerkungen der deutschen Presse. Sooft sich bei uns die Nachricht von der möglichen baldigen Aufnahme der Arbeiten zum Bau des Warthe-Goplo-Kanals verbreitet, bemüht sich die deutsche Presse, die Überflüssigkeit dieses neuen Wasserweges für uns nachzuweisen. Diese Bemerkungen bezeugen zweifellos die bedeutende Furcht, in der die Deutschen wegen des in diesem Falle unvermeidlichen Verlustes bedeutender Mengen von Ladungen leben, die bis dahin auf der Warthe nach Stettin gingen.¹⁰⁾

Unter anderen zahlreichen Investitionsarbeiten auf wasserwirtschaftlichem Gebiet ist der Warthe-Goplo-Kanal eine Position, der, dank der ungewöhnlich vorteilhaften Geländebedingungen, die geringsten Aufwendungen und unbedeutende Baukosten erfordert. Die Kosten betragen bekanntlich rund 7 Millionen Złoty und brauchen nicht mit einem Mal, sondern im Verlauf des drei Jahre dauernden Baues ausgegeben zu werden. Die Investition erweist sich also bei unseren Bedingungen als völlig wirklichkeitsgerecht.

Die Durchführung dieser sehr zweckmäßigen, wirtschaftlich begründeten Investition ist zweifellos eine notwendige und dringende Angelegenheit. Bei dem Problem der Verbindung von Warthe und Weichsel, nach einer seit 1923 schon überlangen Geschichte vielseitiger Untersuchungen, hat sich als übereinstimmend mit den Ansichten der Techniker und Wirtschaftler erwiesen, daß der Kanalbau reif für die Verwirklichung ist und uns heute nichts mehr von einem Beginn der Arbeiten im Gelände zurückhalten kann.

Denn wir müssen bedenken, daß Großpolen, was den Wasserverkehr angeht, nicht länger in völliger Isolierung von dem Flußnetz des übrigen Landes belassen werden kann.“

Kollis hat nach seinem Mahnruf nicht allzulange zu warten brauchen. Anfang Dez. 1937 verkündete der stellvert. Ministerpräsident Kwiattowski vor dem Seim, daß der Warthe = Goplo = Kanal bereits im kommenden Haushaltsjahr, d. h. ab Frühjahr 1938 gebaut werde¹¹⁾. Damit sind aus den von Kollis (und anderen) ungeschminkt ausgesprochenen Absichten und Forderungen klare Tatsachen geworden, denen sich der Stettiner Getreideexport und die ostdeutsche Binnenschifffahrt in den nächsten Jahren gegenüber sehen werden.

Um Vorbereitungen zur Finanzierung zu regeln, ist Mitte Dezember 1937 der oberste Direktor des „Arbeitsfonds (Fundusz Pracy), Gnoiński, aus Warschau in Posen gewesen, so daß mit einem Baubeginn vielleicht gegen April/Mai zu rechnen ist¹²⁾. Wie der „Kurier Poznański“ bemerkte, wird der neue Kanal infolge der Zuteilung der westlichen Kreise der Wojewodschaft Loda an die Wojewodschaft Polen ganz auf Posener Gebiet zu liegen kommen¹³⁾.

Der Kanal Warthe—Goplo—Weichsel ist ein neuer Schritt zur wirtschaftlichen Abdrosselung der an Polen abgetretenen deutschen Landschaften von ihrem Mutterland, zur Abwendung des polnischen Aus- und Einfuhrhandels von deutschen zu polnischen Häfen und zur wirtschaftlichen Ausrichtung ganz Westpolens, auf die Seeausfuhr über Gdingen.

(k).

¹⁰⁾ Im Original z. T. durch Fettdruck hervorgehoben.

¹¹⁾ „Warszawski Dziennik Narodowy“, 6. 12. 37; „Słowo Pomorskie“, 14. 12. 37; „Kurier Poranny“, 27. 12. 37; „Kurier Łódzki“, 1. 1. 38. u. a.

¹²⁾ „Dziennik Poznański“, 17. 12. 37.

¹³⁾ „Kurier Poznański“, 9. 10. 37; Vergl. hierzu „Ostland-Berichte“ 1937 Nr. 3, S. 109 ff.

KOP.

Das polnische Grenzschutzkorps.

Im Zuge der großen Nord-Süd verlaufenden Grenzlinie von Petsamo nach Affermann, die Europa von Sowjetrußland trennt, liegt zwischen Daisna und Sotin der längste randstaatliche Wachabschnitt im Osten: die polnisch-sowjetrussische Grenze. Die nüchternste Tatsache, daß Polen und die Sowjetunion eine gemeinsame Grenze von 1412 Kilometern haben, die sich nirgendwo natürlichen und ausgeprägten Grenzlinien anschließt und in weiter Ebene durch spärlich bewohnte, versumpfte, unwegsame und schwer übersehbare Landschaften verläuft, bedeutet eine dauernde Belastung, wenn nicht Bedrohung für den polnischen Staat. Auf beiden Seiten stehen die Grenzer auf Wache: In Polen gegen das Eindringen verschiedenartigster Elemente aus dem Osten, in Sowjetrußland gegen die eigenen flüchtenden Bauern. Infolgedessen ist hier, wie überall an den Ostgrenzen des Randstaatengürtels, eine ganz und gar uneuropäische Grenze entstanden. Hunderte und Tausende von Kilometern, über die ganze Grenzlänge hinweg erstreckt sich ein Stacheldrahtverhau, das der ganzen Grenze den Charakter einer Feldbefestigung gibt. In Polen ist diese Grenze bis auf die Eisenbahndurchlässe von Stolpce und Zdobunów — die die kurzen Züge mit einem Aufwand gegenseitiger Bewachung passieren, als handele es sich um einen Parlamentärsaustausch im Kriege — hermetisch geschlossen, einen legalen Verkehr über die grüne Grenze gibt es nicht.

Und Polen hat seine Gründe, daß an den Ostgrenzen — anders als an den Grenzen gegen Deutschland und die Tschechoslowakei, wo Zollbeamte Dienst tun — hier der Dienst von einer besonderen militärischen Truppe, dem Grenzschutz (poln. „Korpus Ochrony Pogranicza“ kurz KOP genannt) versehen wird.

Ein besonderer und dauernder militärischer Schutz der Ostgebiete Polens war notwendig geworden, als in den Jahren nach dem polnisch-bolschewistischen Kriege diese Landschaften schwer unter roten Terrorrakten zu leiden hatten und bolschewistische Banden, mit Maschinengewehren ausgerüstet, mitunter sogar kleinere Städte überfielen und ausplünderten. Nach der Indienstellung des KOP am 17. Okt. 1924 ging die Zahl der jährlichen Bandenüberfälle in Ostpolen von etwa 2000 rasch auf wenige hundert zurück, bis sie schließlich fast ganz aufhörten. Jedoch der Dienst an der Grenze blieb weiterhin notwendig und fordert auch jetzt noch jährlich vereinzelt Verluste.

Dem KOP ist die Sicherung der gesamten polnischen Ostgrenzen übertragen und damit der Schutz von vier Zehnteln der polnischen Staatsgrenzen überhaupt. Der dem KOP zugewiesene Teil beginnt mit einem schmalen Abschnitt an der ostpreussischen Grenze und schließt die Grenzen Polens gegen Litauen, Lettland, Sowjetrußland und endlich einen beträchtlichen Abschnitt der Grenze gegen Rumänien ein. Die vom Grenzkorps eingenommene Grenzzone erstreckt sich bis zu 25 Kilometern in das Landesinnere. Die unmittelbar an der Grenze dienstuenden Soldaten sind in Grenzhäusern untergebracht, die mit 20—25 Mann belegt sind. Von diesen Postenhäusern aus gehen Tag und Nacht nach einem bestimmten Wachplan die dienstuenden Soldaten stets zu zweit auf Grenzwatch. An einer günstigen Stelle, von der sie die Grenze gut übersehen, selber aber nicht beobachtet werden können, beziehen sie bis zur Ablösung einen Standort. Von Zeit zu Zeit macht eine Unteroffizierstreife die Runde. Durch Verdoppelung der Grenzwatchen und häufigeres Aussenden von Streifen, kann die Grenze erforderlichenfalls besonders dicht abgeriegelt werden. Eine Art der Grenzüberwachung, die sich vorteilhaft von der vorkriegs-russischen unterscheidet, bei der in bestimmten Abständen weithin sichtbare Grenzsoldaten Wache hielten. Heute weiß der Eindringling nicht, wo die Grenzwatche liegt, da diese ihren Beobachtungsort ständig wechselt, und kann jederzeit unvermutet auf Posten treffen.

Zur besseren Beobachtung des eigenen wie des feindlichen Grenzgebietes dienen hölzerne Wachtürme, die im Abstände von 5—6 Kilometern und bis zur Höhe von 25 Metern von den Pionieren der Truppe errichtet wurden. Sie waren gleichsam eine Antwort auf die zuvor auf sowjetrussischer Seite errichteten Holztürme und Kanzeln. Die Aufstiege zu ihnen sind verschalt, so daß sich nie feststellen läßt, ob hinter dem schmalen Schloß eine Wache lauert oder etwa abgelöst wird. Durch Anlage von Brücken, Steigen und Wegen im Grenzstreifen hat sich das KOP die Ausübung seines Dienstes in dem zum guten Teil völlig weglassenen Gelände erleichtert.

Einige Kilometer weiter im Lande befinden sich die Kasernen mit den größeren Ersatzheiten der Truppe. Hier liegen die höheren Befehlsstellen, von hier aus wird das unmittelbar an der Grenze liegende Militär beliefert, und hierher hat sich die Grenze mit ihren Anliegen und Berichten zu wenden. Diese Kasernen gleichen kleinen Soldatenstädtchen mit Wirtschaftsgebäuden, Küchen und Arbeitsstätten der Handwerker, mit Waschanstalten, Ställen, Lagerräumen und den Wohnungen und Kasinos für Offiziere und Unteroffiziere. Die zweckmäßigen Kasernenbauten heben sich inmitten der Gärten, Sport- und Übungsplätze vorteilhaft nicht nur von der sie umgebenden Landschaft, sondern auch von den nächstgelegenen Dörfern und Judenstädten ab. „Unmittelbar in der beinahe jungfräulichen Wildnis kommen wir plötzlich auf eine Ebene, in deren Mitte sich ein europäisches Städtchen in der westlichen Bedeutung dieses Wortes erhebt“¹⁾.

Das aus sechs Brigaden bestehende Grenzschutzkorps ist ein besonderer Teil des polnischen Heeres und hat seine oberste Befehlsstelle in Warschau. Als Truppenkörper ist es in seiner Zusammensetzung insofern ungewöhnlich, als es zwar über eine Reihe von Kavallerie-Schwadronen, dagegen nicht über Artillerie verfügt. Jeder Brigade, zu fünf Bataillonen, ist eine Kompanie Pioniere zugeteilt. Zum Dienst im KOP werden nur zuverlässige Soldaten zugelassen, die im Heere bereits ihre Grundausbildung erhalten haben und sich als Soldaten während ihrer Ausbildung, wie als polnische Staatsbürger in ihrer Heimat gut geführt haben. Das äußere Kennzeichen der KOP-Soldaten ist die runde Mütze mit beschlagenem Schild — im Gegensatz zu der im Heere üblichen viereckigen Mütze. Da diese Truppe neben ihren militärischen Aufgaben auch Obliegenheiten der Staatspolizei erfüllt, ist Ausrüstung, Verpflegung und Belohnung Sache des Innenministeriums (gegenüber den staatl. Polizeioffizieren besteht für die KOP-Soldaten Gruppplüch). Die Belohnung im KOP ist doppelt so hoch wie im Heere, und durch Geldspenden, Preise usw. für gute Einzelleistungen versucht man, den Dienstfeifer dieser Sondertruppe besonders anzuspornen.

Da die Soldaten des KOP besonders ausgesucht werden, ist ihre Grundbildung im Durchschnitt höher als die des polnischen Heeres. Immerhin gibt es auch hier einen verhältnismäßig hohen Hundertsatz an Analphabeten, denen in den Wintermonaten Unterricht in Lesen und Schreiben erteilt werden muß. „Von den 7 v. H. Analphabeten, die zum KOP kommen, gehen 0,01 v. H. zur Reserve. Im Verlauf von 10 Jahren erhielten 130 000 Soldaten eine Schulausbildung, die der Bildung der öffentlichen Volksschulen gleichkommt.“²⁾ Da das für die Truppe an die Ostgrenze geschaffte Buch-, Zeitungs- und Zeitschriftenmaterial genau so wie die Aufführungen von Laientheatern und Filmvorführungen ebenso der Zivilbevölkerung zugute kommt — oder kommen soll, erschöpft sich die Tätigkeit des KOP nicht allein in seinen eigentlichen Aufgaben: der Sicherung der Grenze, der Verhinderung unerlaubter Grenzübertritte, der Abwehr des Schmuggels und der Spionage, sondern sie greift auch auf bürgerliche Lebenszweige über — der KOP wirkt auch für die geistige und wirtschaftliche Hebung dieses zurückgebliebenen Gebietes in Polen.

Diese friedliche Tätigkeit hat die polnische Presse im November 1937 (zum 13. Jahrestag der Indienststellung des KOP) zum Anlaß genommen, über die kulturelle Arbeit des KOP zu berichten. So schrieb der „Express Poranny“: „In 576 Soldatengemeinschaftsräumen summt die Arbeit, Soldaten und Grenzbevölkerung erhielten eine vernünftige Unterhaltung an langen Winterabenden und Festen, 4367 Zeitschriften gingen von Hand zu Hand, 120 000 Bücher wanderten von Haus zu Haus, 1 Million Soldaten und Zivilisten zogen vor der Filmwand vorbei, und 325 000 Soldaten und 261 000 Zivilisten füllten die Theatervorstellungen (Zahlen von insgesamt sieben Jahren.)“

35 zivile berufliche Instruktoressen halten mit Hilfe von 250 Unteroffizieren unter den Soldaten und der Grenzbevölkerung Kurse für Staatsbürgerkunde ab, vermitteln Ackerbauerfahrung und Vorliebe für Grünzeug nach dem Muster der

¹⁾ So der „Osservatore Romano“, nach „Polska Zbrojna“, 1. 12. 37.

²⁾ „Express Poranny“ 17. 10. 37. Die Zahlenangaben des polnischen Blattes sind eher zu niedrig gehalten, schätzungsweise kann man mit 10 v. H. Analphabeten im KOP rechnen, von denen ein großer Teil das KOP auch als solche wieder verläßt.

Gärten bei den Wachhäusern, tragen zur physischen und vorbereitenden militärischen Erziehung bei und wirken bei der Ausbreitung des Schützenwesens mit.

Das KOP erbaute aus Spenden der Soldaten 38 Schulen, 54 Volks- und 16 Gemeinschaftshäuser, half bei der Wiederherstellung und beim Bau von Kirchen und Kapellen, aus einem besonderen Sozialfond unterstützt es die Kultur der Grenzgebiete, hilft der armen Bevölkerung und Kindern, führt Pionierarbeiten durch und baut zivile Einrichtungen, leistet Sanitätshilfe bei der Bevölkerung, viehärztliche Betreuung einschließlich einer Aufnahme (Inventarisierung) der Grenzbevölkerung. Es führt eine Propaganda für die Zucht von Pelztieren durch und wirkt bei der Schweinezucht mit. (Mit der Hebung der Pferdezaucht Ostpolens hat sich das KOP im eigenen Interesse noch nachhaltiger beschäftigt.) Es gibt kein Lebensgebiet im Grenzkreis in dem es nicht für die Bevölkerung arbeitet, und ebenso — für den Staat, in dem es die Bürger an den Brennpunkten des Polentums vereint und ihnen ein Beispiel aufopfernder Arbeit gibt.³⁾

Ein gewisses Aufsehen erregte unter den polnischen Zeitungen, daß sich ein französischer Mitarbeiter des „Observatore Romano“ mit der Aufgabenwelt des KOP beschäftigte, die dieses „nicht nur an der Grenze zweier Staaten, sondern auch und hauptsächlich an einer Grenze, an der sich zwei Weltanschauungen berühren, eine Rolle spielen läßt“⁴⁾. Natürlich unterstrich das vatikanische Blatt insbesondere die Bedeutung der friedlichen Arbeit des KOP, wobei unausgesprochen blieb, daß die polnische katholische Kirche natürlich einer „Missionsarbeit“ der meist aus Mittel- und Westpolen stammenden katholischen KOP-Soldaten und Instruktooren unter der rechthabigen Bevölkerung wohlwollend zur Seite steht. Gesprochen wurde aber von der großen Bedeutung, die diese Aufklärungsarbeit des KOP zur Abwehr der kommunistischen Agitation unter der eigenen Grenzbevölkerung hat⁵⁾.

Es verdient, den oben zitierten Zeitungsstimmen gegenüber darauf hingewiesen zu werden, daß diese für eine Grenztruppe nicht übliche Beschäftigung mit der Zivilbevölkerung auch Gründe hat, die nicht im Rahmen einer selbstlosen Hilfsbereitschaft und Kulturaufklärung liegen. Das KOP tut seinen Dienst zum überwiegenden Maße in weißrussischen und ukrainischen Gebieten, in denen sehr spärliche polnische Exklaven liegen. Diesen abgelegenen polnischen Dörfern, die weit von jeder Volksschule entfernt sind, mit Hilfe und Bildungsmitteln den Rücken zu stärken, unter der Minderheitenbevölkerung dagegen mit dem Lohmittel Theater, Film usw. — natürlich in polnischer Sprache — für das Polentum zu werben, ist allererste Aufgabe in der kulturellen Tätigkeit des KOP. Daneben steht nicht allein die Notwendigkeit sondern auch die Absicht, die kulturell sehr zurückgebliebene weißrussische und ukrainische Bevölkerung der Grenzkreise durch Übernahme gewisser Verwaltungsgebiete in die Hand einer militärischen Formation straff beaufsichtigen zu können. Die einschränkenden Bestimmungen, denen das Leben in den Grenzazonen (insbesondere seit der neuen Grenzverordnung vom Frühjahr 1937) unterliegt, umfaßt alle „demokratischen“ und staatsbürgerlichen Rechte: Zusammenkünfte jeder Art bedürfen in der Grenzzone besonderer Genehmigung, im grenznahen Streifen ist nach Sonnenuntergang und vor Sonnenaufgang das Verlassen der Häuser eingeschränkt. Fenster, die bis zur Grenze sichtbar sind, müssen verhängt werden, die Hunde sollen angeketet, die Höfe verschlossen sein. Der Besitz von Fotoapparaten und Fernsprechern ist genehmigungspflichtig bzw. verboten, für jeden Neuantkommenden besteht eine verschärfte Anmeldepflicht und mißliebige Personen können aus der Grenzzone ins Landesinnere ausgesiedelt werden; ein System, das der polnische Staat mitunter familien- ja dorfschaftsweise durchgeführt hat. In der Beaufsichtigung der Durchführung dieser Vorschriften liegt mit eine wesentliche Aufgabe des KOP, dessen Dienstbereich also nicht allein die Beaufsichtigung der Grenzen sondern auch der grenznahen Minderheiten umfaßt.

(x)

³⁾ „Express Poranny“, 17. 10. 37.

⁴⁾ „Polska Zbrojna“, 1. 12. 37; „Polonia“ 1. 12. 37.

⁵⁾ „Polska Zbrojna“, 1. 12. 37.

Abwanderungen aus der Minderheitenbevölkerung Wolhyniens.

Wolhynien, an der Ostgrenze des polnischen Staates gelegen, gehört zu jenen Landschaften des polnischen Ostens, die — als „Polen B“ bezeichnet — zu den relativ zurückgebliebensten Landstrichen in ganz Polen zählen. Daß hier für den polnischen Staat gewaltige Aufgaben und Arbeitsmöglichkeiten liegen, ist fast eine Binsenwahrheit, die nur angesichts der sich immer deutlicher verhärtenden Westausrichtung des polnischen Staates ständig wiederholt werden muß.

Bei einer relativen Bevölkerungsdichte Gesamtpolens von 83 Einwohnern auf den km² hat Wolhynien d. h. die Wojewodschaft Luck) eine Dichte von 58 Einwohnern auf den km². Bei der Übervölkerung Südwest- und Mittelpolens ist genug Grund zur Inangriffnahme eines ausgleichenden Siedelwerkes. Daß die Verhältnisse genau umgekehrt zu liegen scheinen, geht aus einer Notiz des „Kurjer Poranny“ hervor:

„Trotzdem die Bodenzersplitterung in Wolhynien bedeutend geringer ist als in anderen Teilen Polens, z. B. etwa in der Krakauer Landschaft, wo es häufig eine absurde Menge an Besitzern von Hektarbruchstücken gibt, läßt sich in Wolhynien in letzter Zeit eine Zunahme der Auswanderungsbewegung unter der tschechischen und ukrainischen Bevölkerung beobachten. Es ist kein Wunder, daß noch vor der Krise viele tschechische und ukrainische Familien nach Argentinien und Paraguay auswanderten, und daß jetzt infolge der von dort geschriebenen Briefe die Leute, bessere Daseinsbedingungen und vor allem eine größere Menge Hektar Landbesitz suchend, hier ihre Wirtschaften verkaufen und auswandern.

Wenn nicht erschwerte Bedingungen von Seiten der die Auswanderung aufnehmenden Staaten und vor allem die Forderung nach dem Nachweis einer bedeutenden Geldsumme, die dort die Existenz sichert, bestünden, würde die Auswanderung aus Wolhynien wahrscheinlich zehnmal größer sein. Die Vorbehalte und Verschärfungen wachsen ständig von Jahr zu Jahr und erschweren so die Einwanderung; vor kurzem hat Brasilien aufgehört, Analphabeten aufzunehmen. Von jedem Einwanderer über 15 Jahren wird die Kenntnis von Lesen und Schreiben verlangt, — für die ukrainischen Bauern eine sehr schwere Bedingung.

Der Auswanderungsstand stellt sich in Zahlen folgendermaßen dar: Über das Auswanderungssyndikat in Luck wanderten aus Wolhynien aus:

1934	315 Personen
1935	675 „
1936	1 294 „
1937	2 529 „

Berücksichtigt man, daß in Wolhynien drei Abteilungen des Auswanderungssyndikats in Luck, Równe und Kowel tätig sind, kommen wir der Wahrheit nahe, wenn wir die Auswanderung aus Wolhynien im vergangenen Jahr auf über 7000 Personen berechnen. Man muß hier unterstreichen, daß mit geringen Ausnahmen die Auswanderung nach Argentinien, Paraguay und Brasilien tatsächlich nahezu völlig häuerliche Auswanderung ist.“ Dagegen seien nur wenige Juden ausgewandert, die hauptsächlich nach USA. gegangen wären. („Kurjer Poranny“, 13. 1. 38.) (k)

Zweierlei Maß bei der polnischen Agrarreform.

Im ehemals deutschen Teilgebiet des polnischen Staates wird die polnische Agrarreform bekanntlich mit einer Jahr um Jahr steigenden Schärfe gegen die dort über Landbesitz verfügende Minderheit — also gegen das Deutschtum angewendet. Der polnische Staat verfügt zwar auch in seinen anderen Teilgebieten über bedeutende Mengen an Landbesitzern, die ebenfalls Minderheiten angehören, wie in Ostpolen die Weißrussen und Ukrainer. Daß gegen den Landbesitz der Minderheiten in Ostpolen keineswegs mit den gleichen Schärfen vorgegangen wird, die die polnischen Regierungsmahnahmen gegen das Deutschtum in Pommerellen und Polen aufweisen, beleuchtet ein Marmruf der

„Gazeta Gdańska“ (1./2. 2. 38.) Die „Gazeta Gdańska“ ist bekanntlich Kopfblatt des „Dzień Pomorski“ in Thorn und dieser das Organ des Wojewoden von Pommern. Hier werden die „skandalösen Parzellierungs-Praktiken“ in den Ostgebieten unter die Lupe genommen und zunächst darauf hingewiesen, daß die staatliche Parzellierung in den südöstlichen Wojewodschaften (Lemberg, Stanislaw und Tarnopol) nur einen verschwindenden Umfang einnehmen. Von den hier zur Parzellierung freigegebenen 315 566 ha entfielen auf die staatliche Parzellierung kaum 1 343 ha. An 314 000 ha seien also der privaten Parzellierung unterworfen. Bei der Frage nach den neuen Ansiedlern in diesen Wojewodschaften, habe sich in der Wojewodschaft Stanislaw das erstaunliche Verhältnis ergeben, daß nur 8 000 Ansiedler römisch-katholischen Bekenntnisses, dagegen 22 354 Ansiedler griechisch-katholischer Religion zu zählen sind. Da man hier die Griechisch-Katholischen ungefähr mit der Anzahl der Ukrainer identifizieren kann, ergibt sich ein erhebliches Mißverhältnis zwischen den nationalen Absichten, die die Agrar-Reform an sich verfolgt, und den praktischen Ergebnissen, die die private Parzellierung zu verzeichnen hat. In der Wojewodschaft Tarnopol ist das Verhältnis zwischen den beiden Ansiedlergruppen allerdings nicht derartig kraß zu Ungunsten der Römisch-Katholischen, aber immerhin stehen dort 34 638 römisch-katholische Ansiedler 42 623 griechisch-katholischen gegenüber. Die „Gazeta Gdańska“ unterstreicht, daß ein solches Zahlenverhältnis nicht gerade zur Stärkung der polnischen Positionen im Osten, sondern nur zur Schwächung des polnischen Elementes im östlichen Kleinpolen führen müsse. Die Zeitung geht dann zu einem scharfen Angriff auf den konservativen Magnaten Fürst Andreas Sapieha über, der bei seiner privaten Parzellierung sich nur um die eigene Tasche kümmerge. „Für die Verteidigung des polnischen Besitzstandes und die Ausbreitung polnischen Elementes ist es nicht im geringsten gleichgültig, ob ein Pole ein Gebiet von 1000 Morgen besitzt, oder ob 100 Polen auf 100 Wirtschaften von 10 Morgen sitzen.“

Diese Meldung unterstreicht mit aller Deutlichkeit, daß die polnischen Regierungsstellen in Ostpolen in keiner Weise mit jener Aufmerksamkeit und Schärfe zu Parzellierungsmaßnahmen greifen bzw. die Privat-Parzellierung überwachen, wie das in Westpolen — im deutschen Teilgebiet gegenüber dem deutschen Landbesitz gehandhabt wird.

[„Gazeta Gdańska“ 1./2. 2. 38.] (k)

Die Verjudung Polens.

In der Zweimonatsschrift „Sprawy narodowościowe“ (Nationalitätenfragen) erschienen in der Nr. 3, 1937 ein Aufsatz von Alfons Krysiński: „Die Nationalitäten-Struktur der polnischen Städte“, der wiederholt die Aufmerksamkeit der polnischen Presse erregte, da er — gestützt auf das amtliche Material des Statistischen Hauptamtes in Warschau — sehr aufschlußreiche Angaben über die Verjudung der polnischen Klein- und Mittelstädte zu machen hatte.

Krysiński schreibt über die am stärksten verjudeten Ostgebiete Polens:

„107 Kreise besitzen dort in den Städten eine jüdische Minderheit, deren Hundertsatz $\frac{1}{4}$ der gesamten städtischen Bevölkerung überschreitet, in 54 Kreisen jedoch bildet diese Minderheit die absolute (in 28 Kreisen) oder relative (in 26 Kreisen) Mehrheit. Die Bedeutung dieser Tatsache wird noch durch den Umstand vergrößert, daß der größere Teil der Kreise mit vorwiegend Juden in den Städten einen riesigen und dazu landschaftlich geschlossenen Block bildet. Denn wenn wir auf polnischem Boden ein Viereck beschreiben, das im Norden von der Linie: Nieśwież, Nowogródek, Słonim, Sokółów, Prużana, Bielsk-Podlaski, Sokelów und Węgrów, im Westen von der Linie: Mińsk-Masowieck, Garwolin, Kozielnica, Łukow, Radzyń, Włodawa, Chełm, Hrubieszów, Tomaszów und Bilgoraj, im Süden von der Linie: Lubaczów, Rawaruska, Sokal, Włodzimierz, Kowel, Łuck, Brody, Złoczów, Przemyślany, Dubno und Zdolbunów und im Osten aber von der sowjetrussischen Grenze umschrieben wird, so ergibt sich, daß auf diesem ganzen Gebiet, das ein Drittel der gesamten Fläche des Staates einnimmt, in 37 Kreisen in den Städten eine jüdische Mehrheit und nur in 4 Kreisen (Siedlce, Biala-Podlaska, Luniniec und Stolin) eine jüdische Minderheit besteht. Wir fügen hinzu, daß gerade in der Mitte des

Vierecks sich der Kreis Luboml befindet, dessen einzige Stadt einen Hundertsatz an Juden aufweist, den außer ihr nur noch eine Stadt aufweisen kann — Tel Awiw; denn hier wohnen außer 4,0 v. H. Römisch-Katholischen und 4,6 v. H. Rechtgläubigen 91,3 v. H. Juden! Die übrigen Kreise mit absoluter oder relativer jüdischer Mehrheit unter der Stadtbevölkerung liegen schon außerhalb des erwähnten Gebietes, vornehmlich jedoch in seiner Nachbarschaft. Im Norden Maków, Grodno und Dzisna, im Süden eine Reihe vorkarpathischer (Lesko, Stryj, Rudki, Stanislaw, Kosów und Kolomea) und podolischer Kreise (Zaleszczyki, Skalat, Tarnopol, Podhajce) und schließlich weiter nach Westen verschoben . . . ein Verband von vier Kreisen an der Oberweichsel (Pińczów, Stopnica, Brzesko und Mielec) — also aus dem hauptsächlichlichen Gebiet jüdischer Ansiedlung herausragenden Abzweigungen und Exklaven.

Nach den Angaben des Autors haben von insgesamt 71 polnischen Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern zwei eine absolute Mehrheit jüdischer Bevölkerung (Pińsk 65,4 v. H. und Równe 56,0 v. H.) und 16 unter 50 v. H. aber über 40 v. H.:

Białystok	43,0 v. H.	Kowel	46,4 v. H.
Grodno	42,6 „ „	Włodzimierz	43,3 „ „
Bentschen	45,4 „ „	Baranowicze	42,4 „ „
Siedlce	40,1 „ „	Stanislaw	41,4 „ „
Chełm	46,5 „ „	Tarnów	43,0 „ „
Zamość	42,3 „ „	Kolomea	42,4 „ „
Brest/Bug	44,3 „ „	Drohobycz	40,1 „ „
Luck	48,9 „ „	Rzeszów	41,7 „ „ ¹⁾

Kryński unterstreicht, daß die größeren Städte in Polen verhältnismäßig weniger verjudet seien als die kleineren.

Gestützt auf das gleiche Material erschien im „Kurjer Wileński“²⁾ ein Aufsatz über:

Das Judenproblem in den Polessie-Städten.

„Die Judenfrage hat sich, infolge einer ununterbrochenen Aktualität und seit bestimmter Zeit auch infolge starker antisemitischer Strömungen, die in Polen und in einigen anderen Staaten bemerkbar sind, bei uns besonders an die Front der politisch-sozial-wirtschaftlichen Probleme geschoben.

In Polen erhält sie eine besondere Verschärfung vor allem aus dem Grunde, weil wir — nach den Vereinigten Staaten — hinsichtlich der absoluten Menge der Juden der zweite Staat auf der Welt sind und der erste hinsichtlich des prozentualen Anteils der jüdischen Einwohner an der Gesamtbevölkerung . . .“

„Von der Gesamtmenge der Juden: 3 109 187³⁾ (als Grundlage dient die Bevölkerungsmenge mosaischen Bekenntnisses, als genauere auch die Bevölkerung mit jüdischer und hebräischer Muttersprache) leben in den Städten 2 380 075, das bedeutet 76,6 v. H., dagegen in Dörfern nur 729 112, also 23,4 v. H.

Außerordentlich charakteristisch ist die Verbreitung der jüdischen Stadtbevölkerung. Nämlich in den drei westlichen Wojewodschaften: Pommerellen, Posen und Schlesien leben in den Städten kaum 26 000 Juden oder etwas unter 1,5 v. H. der Gesamtbevölkerung⁴⁾, während östlich der Grenze dieser 3 Wojewodschaften die Zahl der Juden in Städten 2 354 075 beträgt und so durchschnittlich 33 % der Gesamtbevölkerung und häufig auch mehr ausmacht.

¹⁾ Nach: „Warszawski Dziennik Narodowe“, 20. Nov. 1937.

²⁾ „Kurjer Wileński“, 4. Jan. 1938.

³⁾ „Nach jüdischen Statistiken betrug die Zahl der Juden in Polen 1935 rund 3 150 000 Köpfe.“

⁴⁾ Die für Polen auffällige Judenreinheit des deutschen Teilgebietes — denn darum handelt es sich bei diesen 3 Wojewodschaften — wird durch die neuen Verwaltungsverordnungen (1. 4. 38) ungünstig beeinflusst werden. Legt man die Zahlen von 1931 zugrunde, so wird der Anteil jüdischer Stadtbevölkerung in der neuen Wojewodschaft Pommerellen von 1 auf 6 v. H., im neuen Polen von 1,5 auf 7,5 v. H. steigen. Vergl. „Ostlandberichte“ 1937, Nr. 3, S. 115.

Diese Erscheinung kann nicht ausschließlich mit dem sog. Ansiedlungsrayon erklärt werden, der seinerzeit durch die russische Regierung eingerichtet wurde und außerhalb dessen den Juden das Wohnen nicht erlaubt war, wo es doch in Deutschland diese Begrenzung nicht gab und die Juden begrenzte Freiheit hatten, sich in den polnischen Landschaften unter preußischer Herrschaft anzusiedeln.

Das ist nicht die Folge verwaltungsmäßiger Maßnahmen gegen die Juden, sondern die höheren Lebensformen unserer drei Westwojewodschaften, die es den jüdischen Massen unmöglich machten, diese Gebiete unseres Staates so zu durchdringen wie im Osten.

Es entwickelte sich eine gesunde polnische Bürgerschaft, die sich kräftig den Möglichkeiten einer Bestreitung des polnischen Charakters der Städte im preußischen Teilgebiet widersetzte, und dieser polnische Charakter erhielt sich durch den ganzen Zeitabschnitt von anderthalb Jahrhunderten Knechtschaft⁵⁾.

Je weiter nach Osten jedoch, um so größer ist die Menge der Juden in den polnischen Städten, um so weiter steigt der Prozentsatz im Durchschnitt ganz Polens an und erreicht schließlich seinen eigentlichen Höhepunkt in der Wojewodschaft Polesie, wo er bis zu 49,2 % der gesamten städtischen Bevölkerung erreicht und in einzelnen Städten sogar auf 90 % ansteigt.

In diesem Fall verdeutlicht sich noch genauer die Verschiedenheit der Lebens- und Kulturhöhe zwischen den Städten unserer Westwojewodschaften mit der verarmtesten und bis unlängst kulturell vernachlässigten Polesie.

Dort bilden höhere Lebensformen und Volksaufklärung einen Damm gegen den Einfluß des jüdischen Elements, hier dagegen bildete umgekehrt das jüdische Element besonders zu russischer Zeit (wörtlich: w czasach zaborczych) einen Kulturfaktor, gewann leicht Boden und bildete Ansiedlungen städtischen Charakters.

Die Folge dieses Bevölkerungs- und Wanderungsprozesses ist die jetzige Anhäufung jüdischen Elements in unseren Städten und Kleinstädten. Die Gesamtmenge der Juden in der Polesie beträgt 113 988 oder kaum 10 v. H. der Gesamtbevölkerung und entspricht dem Verhältnis in ganz Polen. Dagegen überschreitet die Zahl jüdischer Bevölkerung in den polesischen Städten — sie beträgt 73 132 — dieses Verhältnis bedeutend, denn sie beträgt 49,2 v. H. der gesamten städtischen Bevölkerung der Polesie.

Wenn wir die Zahlenangaben aus einzelnen Städten oder Ortschaften kleinstädtischen Charakters durchsehen, so ergibt sich, daß sich dieses Verhältnis in einzelnen Orten noch sehr vergrößert und den jüdischen Elementen das absolute zahlenmäßige Übergewicht gibt, wie sich das aus folgender Tabelle ergibt:

Stadt oder Kleinstadt	Gesamtbevölkerung	Juden	Juden v. H. der Gesamtbevölkerung
Brest a. Bug	48 385	21 440	44,3
Pinsk	31 912	20 220	63,4
Dawidgródek	11 483	3 016	26,3
Kobryn	10 006	5 617	56,1
Łuniniec	8 698	2 232	25,7
Prużana	8 019	4 231	52,8
Stolin	6 425	3 305	51,5
Bereza Kartuska	4 412	2 285	51,8
Rożana	4 011	2 354	58,7
Kosów-Poleski	3 257	1 643	50,4
Kamieniec-litewski	3 042	2 649	87,1
Wy sokie-litewski	2 731	2 506	91,8
Szereszów	3 549	1 343	37,9

⁵⁾ Die Darstellung ist schief; gerade die Städte des deutschen Teilgebietes hatten vorwiegend deutsche Einwohner, richtig ist aber, daß ein widerstandsfähiger polnischer Mittelstand erst unter preußischer Herrschaft entstand, der 1919 ein wichtiges Aufbauelement des polnischen Staates wurde.

Von anderen Ortschaften kleinstädtischen Charakters fehlen bisher genaue Zahlenangaben durch amtliche Veröffentlichungen, sie sind noch beredter. Und so beträgt der Hundertsatz jüdischer Bevölkerung in

Domaszewo	96 v. H.
Małoryta	80 " "
Drohiczyn	62 " "
Janów	48 " "
Motol	52 " "
Antopol	82 " "
Kamien-Koszyrsk	rd. 70 " "
Łachwa	85 " "
Lenin	78 " "
Wiecówka	65 " "
Wysock	75 " "

Wie die obigen Angaben ergeben, haben Łuninieć und Dawidgródek den im Verhältnis kleinsten Hundertsatz an Juden, was sie der besonderen sozial-wirtschaftlichen Struktur ihrer nationalen Bevölkerung verdanken.

Die Mehrheit dieser Städte bildet nämlich die Bevölkerung der sog. „hordezuki“, die sich mit Handwerk und Handel (hauptsächlich wandernd) beschäftigen, ihre eigene Tradition besitzen und sich erfolgreich gegen die Konkurrenz und den Zustrom des jüdischen Elements verteidigen.

In allen anderen Städten und Kleinstädten dagegen bildet die jüdische Bevölkerung die teils absolute, teils relative Mehrheit und übertrifft an Zahl jede von den verschiedenen Nationalitäten in dem betreffenden Ort. (z. B. in Brest bilden die Juden 44,3 v. H., die Polen 42,6 v. H. und andere zus. 13,1 v. H.).

Bei der heutigen Tages von verschiedenen Seiten unternommenen Suche nach einer Lösung der Judenfrage in Polen auf dem Wege der Entfernung des jüdischen Bevölkerungsüberschusses durch Auswanderung und auf der anderen Seite — der Notwendigkeit, den ländlichen Bevölkerungsüberschuß in die Städte zu übersiedeln, erscheint dieses Problem besonders in der Polesie aktuell und brennend.

Der erste Schritt zu ihrer Lösung mußte in unseren Kleinstädten die Schaffung von angemessenen Bedingungen sein, die die Gründung von Arbeitsstätten durch polnisches Handwerk und polnischen Handel ermöglichen.“

Diese Angaben werden nach einer wichtigen Seite hin durch die Ausführungen ergänzt, die Prof. Bohdan Wasjutynski im „Kurier Poznański“ (14. 1. 38) über

Die Juden in der Handwerkerschaft

machte.

„Bei der Bekämpfung des wirtschaftlichen Übergewichts der Juden richten sich die größten Anstrengungen der polnischen Allgemeinheit auf die Nationalisierung des Handels. Hier erreicht der jüdische Besitzstand erschütternde Ausmaße.

Wir haben bis jetzt noch keine Gesamtergebnisse der Zählung von 1931, die jedoch erschienenen summarischen Angaben für einzelne Wojewodschaften können irreführen, weil sie bekenntnisweise Anteile für die ganze Gruppe „Handel und Versicherung“ geben, zu der Personen gerechnet sind, die von der Vermietung von Unterkünften leben oder Eigentümer von Miethäusern und Hausmeister sind. Infolgedessen stellen die Juden in dieser Handels- und Versicherungsgruppe im Jahre 1931 in Warschau z. B. „nur“ 51,4 v. H. aller zu ihr gezählten, in Wilna 50,8 v. H. und in der Woj. Wolhynien — 83,3 v. H.

In einigen eben erschienenen Bänden der „Statystyka Polski“ finden sich einige Angaben in der Rubrik Warenhandel. Daraus geht hervor, daß unter den Eigentümern von Warenhandelsunternehmen die Juden in den Städten:

Warschau	72,1 v. H.
Krakau	75,8 " "
Lemberg	75,0 " "
Wilna	73,8 " "
i. d. Woj. Warschau	70,0 " "
i. d. Woj. Wilna (ohne Wilna)	87,2 " " stellen.

Es ist anzunehmen, daß mit Ausnahme der drei Westwojewodschaften der jüdische Besitzstand im Warenhandel Polens 80 v. H. überschreitet.

Im jüdischen Handel ist eine Überfüllung erfolgt. In der Zeit von 1921—1931 verminderte sich die Zahl der Juden, die sich mit Handel beschäftigten, in Warschau und in der Woj. Warschau und steigerte sich unerheblich in den vier Wojewodschaften, von denen wir veröffentlichte Angaben haben — i. d. Wojewodschaften Lemberg, Stanislaw, Wolhynien und Nowogródek. Das ist eine Folge des Abnehmens der Kinderzahl in den jüdischen Familien und des Selbständigmachens von Jugendlichen. Die Menge der selbständigen Kaufleute können wir in Warschau-Stadt und in der Woj. Warschau vergleichen. Die jüdischen Unternehmer machten in Warschau 1921: 74,2 v. H. aller Unternehmer aus, 1931: 72,1 v. H. und in der Woj. Warschau 76,6 v. H. und 70,0 v. H. Die Menge der selbständigen jüdischen Kaufleute in Warschau stieg in diesem Jahrzehnt um 13,2 v. H., in der Woj. Warschau um 27,2 v. H., die der selbständigen christlichen Kaufleute in Warschau um 25,5 v. H., in der Woj. Warschau um 184,1 v. H. Die Juden sind im Handel in der Defensive, dagegen in der Industrie im Angriff.

Schon seit langer Zeit beschäftigten sie sich in den Ostlandschaften, wo die Juden über das Monopol verfügen, im Handel, der wegen der Armut der Dorfbewölkerung sehr bescheidene Ausmaße hat, mit Handwerk, und im Jahre 1921 waren mehr Juden im Handwerk als im Handel beschäftigt. Nach dem Kriege befaßten sich die jüdischen Organisationen planmäßig mit dem Aufbau der Berufsstruktur des Judentums und führten die Jugend der Industriearbeit zu. Die Erfolge dieser Umgruppierung treten sehr deutlich bei der Gegenüberstellung der Angaben zweier Zählungen hervor, die die im Handel und in der Industrie beschäftigten Juden betreffen:

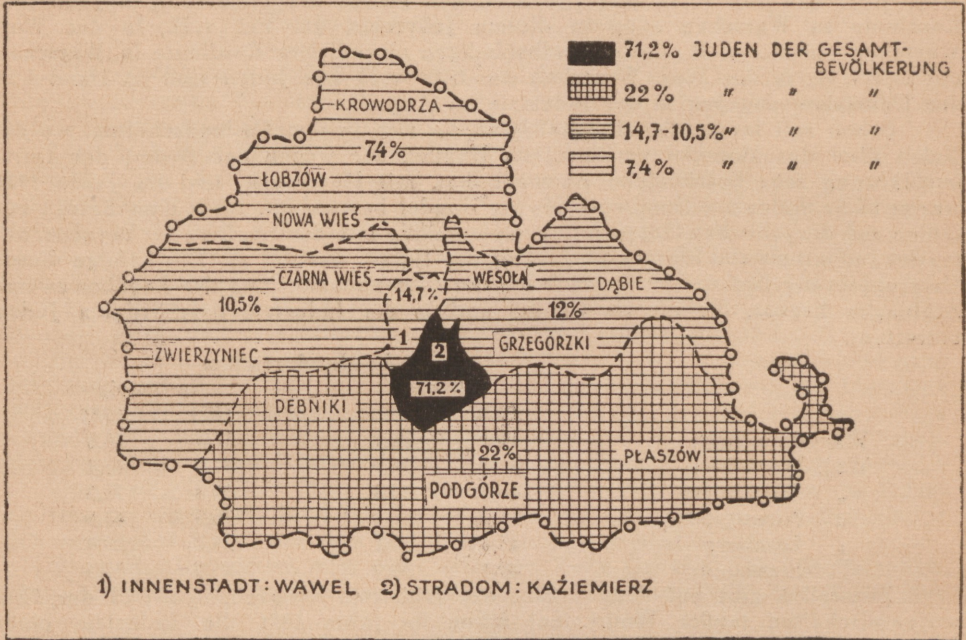
	In Hundertteilen			
	Handel		Industrie	
	1921	1931	1921	1931
Warschau-Stadt	41,7	34,2	37,3	46,0
Woj. Warschau	41,3	34,5	37,6	48,1
„ Wolhynien	46,4	40,1	30,4	38,3
„ Nowogródek	31,0	30,9	36,3	44,5
„ Lemberg	45,4	42,7	23,2	29,9
„ Stanislaw	40,1	39,9	23,5	32,3

Zweifellos gibt auf dem Gebiet des früheren Kongreßpolen und der Ostwojewodschaften (außer Wolhynien) schon im Jahre 1931 die Industrie einer größeren Zahl von Juden Unterhalt als der Handel. In Klempolen liegt das Übergewicht auf Seiten des Handels, aber der Hundertsatz von Juden, die von der Industrie leben, hat sich sehr erhöht. In der großen und mittleren Industrie ist die Zahl der beschäftigten Juden verhältnismäßig klein; das Gros entfällt auf die Handwerkerschaft und die Kleinindustrie. Die Zahl der selbständigen jüdischen Unternehmer in der Industrie stieg in Warschau in den Jahren 1921—1931 um 80,7 v. H., und der Hundertsatz im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Unternehmen weist eine Vergrößerung von 45 auf 47 v. H. auf; in der Woj. Warschau stieg die Zahl der jüdischen Unternehmer um 65,3 v. H., das prozentuale Verhältnis zu der Gesamtzahl der Unternehmer blieb beinahe unverändert (32,8 v. H. im Jahre 1921; 32,6 v. H. im Jahre 1931).

Unsere Gesetzgebung begünstigt die jüdische Ausbreitung im Handwerk. Die Liquidierung der Rolle der Zünfte, das Industrie-Recht, die Sozialversicherungen, die Steuervorschriften schädigten das christliche Handwerk. Die Zahl der Handwerkschüler ging nach dem Kriege zurück. Wegen der Steuerlasten und der Verpflichtung, die Lehrlinge bei der Ausbildung zu entlohnen, verminderten die polnischen Handwerker ihr Arbeiterpersonal, und in vielen Handwerkszweigen droht in Zukunft ein Mangel an qualifizierten Spezialisten. Ihre Stelle nahmen die Juden ein, falls sie nicht auf eine organisierte Gegenwirkung stießen. Denn die Juden entzogen sich allen sie einschränkenden Rechtsbestimmungen; sie übten handwerkliche Berufe aus, ohne die erforderlichen Eignungsausweise zu besitzen, sie beschäftigten keine Lehrlinge und Schüler, sondern unqualifizierte Lohnkräfte. Sogar

die notwendige Änderung der Rechtsvorschriften vermag nicht viel bei den Schwierigkeiten der Durchführung einer Kontrolle über ihre Beachtung. Erfolgreich wird nur eine Aktion der Allgemeinheit sein — ausschließlich bei Polen Bestellungen aufzugeben und christliche Handwerker dort heranzuziehen, wo sich ein Mangel an ihnen herausstellt.

Die Berufsstatistik gibt uns Auskunft über die Frage, in welchen Handwerkszweigen die Juden am stärksten vertreten sind. Der Zahl nach arbeiten die meisten Juden im Bekleidungsgerber; in Warschau und in der Woj. Warschau arbeitet nahezu die Hälfte der in der Industrie beschäftigten Juden in diesem Zweig. An erster Stelle stehen die Schneider, In Warschau sind 74 v. H. der Herrenschneiderwerkstätten in Händen von Juden, in der Provinz ist dieser Satz noch höher.



Die Ghettobildung in Krakau.

Sehr bedeutend ist der Anteil der Juden im Schuhmacherhandwerk, in dem sie die Stiefelmacherei als Monopol haben, und in der Wäscheherstellung. Ebenso ist die Hutmacherei Monopol der Juden, und in der Kürschnerei haben sie ein ungeheures Übergewicht. Zahlenmäßig an zweiter Stelle stehen die Juden im Lebensmittelgewerbe; sehr zahlreich sind die jüdischen Bäcker und Fleischer und die Mühlenbesitzer.

In bestimmten Gewerbebezügen sind die Juden immer stärker vertreten, je weiter man von Westen nach Osten geht, wo sie schon die absolute Mehrheit erreichen, z. B. im Fleischer- und Bäckerhandwerk, im Buchbindergewerbe und im Fotografenberuf, im Tapezierer- und Haarschneidergewerbe. Es gibt andere Handwerkszweige, in denen die Juden überall, außer in den Westwojewodschaften, in der erdrückenden Mehrheit sind. Das betrifft die schon genannten: Herrenschneiderei, Stiefelmacherei, Hutmacherei, Kürschnerei, dann Klempnerei, Gerberei, Uhrmacherei und das Juwelier- und Glaserhandwerk. Die Juden haben auch vermocht, die sich in letzter Zeit entwickelnden Zweige von der Kleinindustrie an sich zu reißen, wie die Herstellung von Gegenständen aus Papier, die Trikotagen und Strumpfwirkerei.

Infolge der Ausbreitung der Juden im Handwerk muß man auf dieses Gebiet ein aufmerksameres Augenmerk richten als bisher und zum entscheidenden

Angriff übergehen. Der augenblickliche Stand in Polen ist der, daß außer der Landwirtschaft (abgesehen von den Westwojewodschaften) infolge der Beherrschung von Handel und Handwerk, die Juden ein bedeutendes Übergewicht unter den leitenden selbständigen Unternehmern haben und sich die Polen hauptsächlich mit Lohnarbeit begnügen, sei es in der öffentlichen Verwaltung oder auch in der Industrie.“

In Städten, in denen die Juden nicht die absolute oder relative Mehrheit bilden, sondern, wie etwa in dem unten aufzuzeigenden Beispiel Krakaus, den für außerpolnische Verhältnisse noch immer unvorstellbar hohen Hundertsatz von 25,8 Juden an der gesamten Stadtbevölkerung (1921: 24,5 v. Hdt.) aufweisen, kommt es regelmäßig zu einer Ghettobildung. Da die Juden keinem Wohnzwang unterliegen, noch in vorher absehbarer Zeit unterlegen haben, ist diese starke Auffüllung einzelner Stadtteile polnischer Städte, die diesen ein fast rein jüdisches Erscheinungsbild gibt, als eine freiwillige, jüdischerseits gewollte Ghettobildung zu bezeichnen.

Wł. Dworzaczek lieferte dazu im „Kurier Poznański“ (18. 1. 38) folgende Zahlenangaben:

„Nach der Zählung von 1931 zählte Krakau 219 286 Einwohner . . . Diese Bevölkerung verteilt sich nach Bekenntnissen auf: 16 926 Katholiken (darunter 1 554 von östlichem Ritus), 56 515 Tamuldisten und 1 827 „andere“. Die Juden stellen also 25,8 v. Hdt., die Christen 74,2 v. Hdt.

Hinsichtlich der Muttersprache gaben an: 171 206 polnisch, 924 russisch, 45 828 jüdisch bzw. hebräisch und 1 290 andere. Beim Vergleich der Bekenntnis- mit der Sprachrubrik sehen wir, daß 10 687 Juden eine andere Sprache als das Jüdische als ihre Muttersprache angaben; diese andere Sprache war für etwa 10 000 das Polnische. Man würde sich jedoch irren, wenn man deswegen irgendwelche positiven Schlüsse auf eine „polnische Stimmung“ der Krakauer Juden ziehen wollte. Denn es ist im allgemeinen eine übliche Erscheinung auf dem österreichischen Teilgebiet, wo eine jüdische Sprache nicht anerkannt wurde, infolgedessen hatten die Juden entweder das Deutsche oder das Polnische zur Wahl. In der Zeit des sogenannten „Wiener Zentralismus“ erklärten sie sich hauptsächlich für das Deutsche und nach der Verkündung der Verfassung in der Einführung einheimischer Verwaltung für das Polnische.

DER ANTEIL DER JUDEN ANDER BEVÖLKERUNG

DER WOJEWODSCHAFT KIELCE

2.935.697 10,8%

1931

2.635.781 11,9%

1921

117.179 i. TSCHENSTOCHAU 21,9%

1931

80.473 28,2%

1921

108.958 i. SOSNOWITZ 19,1%

1931

86.947 15,8%

1921

77.902 i. RADOM 32,5%

1931

61.599 39,7%

1921

58.236 i. KIELCE 31,0%

1931

41.346 37,5%

1921

47.397 i. BENDIN 45,4%

1931

27.853 62,1%

1921

36.942 i. DOMBROWA 15,9%

1931

27.865 10,8%

1921

311.017 DER KLEINEN STÄDTE 53,3%

1931

171.619 42%

1921

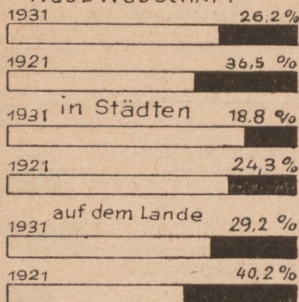
2.185.725 DER DÖRFER 4,1%

1931

789.001 3,9%

1921

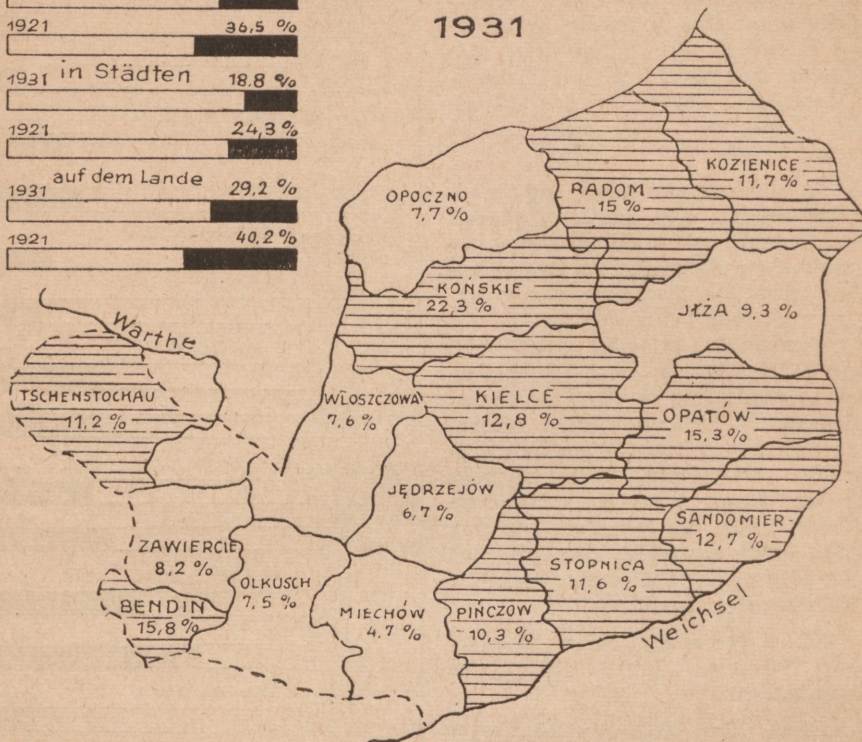
ANALPHABETEN IN DER
WOJEWODSCHAFT



WOJEWODSCHAFT KIELCE

MINDERHEITEN NACH KREISEN

1931



Wie im allgemeinen in allen unseren Städten, die eine große Anzahl Juden zählen, besitzen sie ihr Ghetto. (Vergl. Karte S. 32.) In ihm wohnen 32 176 Juden, also 57 v. Hdt. der gesamtjüdischen Bevölkerung; sie bilden 71,2 v. Hdt. der Bevölkerung des betreffenden Kommissariats. Das ist ein Teil der Innenstadt Stradom und Kazimierz. In anderen Stadtteilen erreicht die jüdische Minderheit 7 v. Hdt. bis 22 v. Hdt.“

Die Juden in der Wojewodschaft Kielce.

Der „Kurier Poznański“ veröffentlichte einige Zahlenangaben und bildliche Darstellungen über die Verjudung in der mittelpolnischen Wojewodschaft Kielce.

„Die Wojewodschaft Kielce setzt sich aus zwei wirtschaftlich verschiedenen Teilen zusammen. Der Westteil, eigentlich nur der Kreis Będzin und Teile der Kreise Zawiercie und Tschenschau — das ist industrielles Bergbau- und Hüttengebiet, der Rest ist beinahe ausschließlich landwirtschaftlich mit wenigen industriellen Punkten. . . .“

Im Dombrowaer Kohlenrevier „sind leider viele Gruben und Metallwerkstätten auf ausländisches und jüdisches Kapital gestützt, die am allerwenigsten zur Hebung des Wohlstandes im Lande beitragen und nur danach trachten, Bodenschätze und menschliche Arbeit auszubeuten.“

Die Gesamtbevölkerung der Wojewodschaft Kielce beträgt 2 955 697. Davon sind (dem Bekenntnis nach) 517 020 Juden, andere Nationalitäten 10 998. Verglichen mit dem Jahre 1921 wuchs die Bevölkerung allgemein um 15,8 v. Hdt., und der jüdische Zuwachs betrug kaum 5,5 v. Hdt. Die relative Verminderung der Zahl der Juden in einigen Städten kommt daher, daß diesen Städten in einigen Fällen Vorstadtgemeinden angeschlossen wurden, in denen Juden vor dem Kriege das Wohnen nicht erlaubt war.“ (Vgl. dazu Karte und Zahlenübersicht S. 33/34.)

[„Warszawski Dziennik Narodowy“, 20. 11. 37;
„Kurjer Wileński“, 4. 1. 38; „Kurier Poznański“,
14. 1. 38, 2. 2. 38.] (k)

Die Finanzlage der polnischen Städte.

Am Jahresende 1937 hat sich der polnische Städte-Verband genötigt gesehen, die Öffentlichkeit auf die katastrophale Finanzlage der polnischen Städte hinzuweisen. Auf einer Pressekonferenz gab der Direktor des polnischen Städte-Verbandes, Porowski, einige bisher vom amtlichen Statistischen Hauptamt in Warschau nicht veröffentlichte Zahlen bekannt, die die Finanzlage der dem polnischen Städte-Verband angeschlossenen Städte im Rechnungsjahr 1936/37 beleuchten:¹⁾

„Nach noch nicht veröffentlichten Angaben reichten im Jahre 1936/37 unter 580 Städten, die die Statistik enthält, bei 198 Städten die eingekommenen normalen Einnahmen nicht zur Deckung der normalen Ausgaben aus. Und das, trotzdem 298 Städte von der Hilfe des Kommunalen Anleihe-Unterstützungs-Fonds Gebrauch machten. Das ist nicht normal, denn mehr als die Hälfte der Städte mußte das Loch im Budget aus dem Anleihe-Unterstützungs-Fonds stopfen.“

Über die andere Hälfte der Städte erklärte Porowski:

„Die Zahl der Städte, deren normale Einkünfte nicht zur Deckung ihrer normalen Ausgaben reichten, würde natürlich bedeutend größer sein, wenn die Ausgaben nicht auf der Höhe eines Existenzminimums gehalten würden und wenn die Städte nicht so sehr aus den Fonds ihrer Unternehmen für den allgemeinen Budgetbedarf schöpfen würden.“

„Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger“ erklärt das „Słowo Pomorskie“, dazu, „daß die eine Hälfte der Städte in Polen vom Bettel lebt und verarmt und die andere Hälfte ihren Bedarf auf ein „Existenzminimum“ begrenzt, und dann noch die Vermögenssubstanz in Gestalt der Einkünfte aus den Unternehmen angreift, die sich auf diese Weise aufbrauchen und bis zum Verfall leeren müssen. Der Riemen ist schon so eng geschnallt, daß im Jahre 1936/37 von 580 Städten 167 keinen Groschen für Investitionen ausgaben. Keinen Groschen!

Und nun ein paar geradezu humoristische Ziffern: Unter den Städten, die einen Überschuß der normalen Einkünfte über die normalen Ausgaben aufweisen, überschritt der Überschuß bei 5 Städten nicht 100 Złoty, bei 19 Städten — 500 Złoty, bei 24 Städten — 500 Złoty, bei 39 Städten — 750 Złoty, bei 48 Städten — 1000 Złoty bei 122 Städten — 3000 Złoty und bei 172 Städten — 5000 Złoty!“ . . .

Das „Słowo Pomorskie“ zitiert dann Direktor Porowski:

„Die Verpflichtungen der territorialen Selbstverwaltungen sind bei uns sehr ausgedehnt und für den Staat und seine Verteidiger sehr wichtig. So haben die Selbstverwaltungen über dreimal so viel Wege mit fester Decke zu erhalten als der Staat. Die Zahl der Betten in den Krankenhäusern der Selbstverwaltungen überschreitet die Zahl der Betten in Staatskrankenhäusern fast um das Vierfache.

¹⁾ Die Angaben beziehen sich auf 580 Städte des polnischen Städteverbandes. Das amtliche Statistische Handbuch „Mały Rocznik Statystyczny 1936“ (S. 14) nennt auf Grund der Zählung von 1931 636 Städte.

Die Ausgaben der Selbstverwaltungen für Sozialschutz sind dreieinhalb mal höher als die Staatsausgaben. Der Bau und die Unterhaltung von Schulen lastet neben der Erhaltung der Lehrer auf den Gemeinden. Auf den Städten ruht die Aufgabe der Rationalisierung des Handelsumschlags durch die Einrichtung von entsprechenden Märkten, Markthallen, Kühlhäusern usw.“ Die Selbstverwaltungen hätten auch kriegswichtige Anlagen wie Wasserleitungen, Elektrizitätswerke, Gasanstalten usw. zu erhalten.

Verglichen mit den für das Rechnungsjahr 1929/30 verwendeten Summen hätten die Städte jetzt in Anbetracht ihrer Verarmung für die Unterhaltung von Straßen und Plätzen im Budget 1937/38 um die Hälfte weniger vorveranschlagt. Das hauptsächlich für die Volksschulen bestimmte Schulbudget sei für 1937/38 nicht viel höher als für 1929/30, trotzdem sich die Ansprüche hier erhöht hätten, selbst in den normalen Budgets sei von neuen Schulbauten nicht die Rede. Im Jahre 1937/38 hätten die Städte — mit einer Besserung der Wirtschaftskonjunktur rechnend — 163 Millionen Złoty an Steuereinnahmen vorveranschlagt, während sie 1929/30 292 Millionen Złoty einnahmen.

[„Słowo Pomorskie“, 30. 12. 37.] (k)

Die polnische Presse.

Die seit dem Erscheinen der „Ostlandberichte“ mit Heft 1, 1937 verstärkte Ausrichtung ihres Inhalts auf die genaue Bearbeitung der polnischen Zeitungswelt ließ aus dem Leserkreise den Wunsch nach einer Übersicht über den Charakter, die Verbreitung und die politische Haltung der einzelnen polnischen Blätter entstehen. Für die wichtigsten Blätter ist diese Zusammenstellung im folgenden gegeben. Dabei hat das „Handbuch der Westpresse“ Leipzig/Frankfurt 1937 die Grundlage gebildet und gute Dienste geleistet, dessen Angaben, soweit erforderlich und möglich überprüft, ergänzt und erweitert wurden. Die mitunter schwer festzulegende und wechselnde politische Richtung der einzelnen Blätter wurde in einer Form versucht, die deren Haltung in den letzten Jahren und Monaten ungefähr entspricht.

V = Verleger, L = Leserkreis,
 G = Gründungsjahr, R = Richtung,
 A = Auflage, S = Schriftleitung,
 E = Erscheinungsweise, K = Auslandskorrespondenten.

A B C Nowiny Codzienne, Warschau.

V = „ABC“ G. m. b. H., Herausgeber: Dr. Wojciech Zaleski, Verlagsdirektor Edward Kemnitz, G = 24. 11. 26 als Mittagsblatt ABC, seit 1. 1. 35 mit den 1932 in Warschau gegründeten „Nowiny Codzienne“ vereinigt. A = 25 000, E = 7 × wöchentlich morgens, L = Intelligenz von Warschau und Umgebung, R = Nationalradikal, gegen Juden, Kommunismus und Freimaurertum. Ausgesprochenes Oppositionsblatt junger Gruppen der „Stronnictwo Narodowe“. S = Wojciech Zaleski, verantw. Schriftleiter und Sekretär: Stanisław Grzelecki, Außenpolitik: Przemysław Warmiński, Innenpolitik: Dr. Tadeusz Gluzinski, Information: Stanisław Włodek, Wirtschaft Jan Korolec, K = in den größeren Hauptstädten Europas.

Nebenausgaben: im gleichen Verlag erscheinen zwei Kopfbücher.

Chwila, Lemberg.

V = „Chwila“ G. m. b. H., Verlagsdirektor: Henryk Hescheles, G = 1919, A = bis 15 000, E = zweimal täglich morgens und abends, L = jüdische Bevölkerung, vorwiegend freie Berufe, Handel und Industrie Lembergs und des östlichen Kleinpolens, R = Zionistisch, erscheint in polnischer Sprache, S = Hauptschriftleiter, verantwortlicher Schriftleiter und Außenpolitik: Henryk Hescheles, Sekretär: Abraham Brat, Innenpolitik: Dr. Juliusz Gurtzel, Ignacy Schwarzberg, Wirtschaft: Fryderyk König, K = in den größeren Hauptstädten Europas.
 Nebenausgaben: im gleichen Verlag erscheinen drei Provinzausgaben.

Czas, Warschau.

V = „Spółka Wydawnicza Czasopism“ G. m. b. S., Verlagsdirektor: Adam Grabowski, G = 1848 in Krakau, siedelte 1. 1. 35 nach Warschau über. A = 10 000. L = politische und wirtschaftliche Intelligenzkreise, R = konservativ-regierungsfreundlich, vertritt die Grundzüge des wirtschaftlichen Liberalismus, gilt als Blatt der konservativ-industriellen Gruppe. S = Hauptschriftleiter und verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Jan Moczyński, Information: Ksawery Pruszyński, Wirtschaft: Dr. Stefan Wyrobisz, Lit. Teil: Dr. Wojciech Natanson, K = In mehreren Hauptstädten Europas.

Nebenausgaben: im gleichen Verlag erscheinen 2 Kopfbblätter.

Dilo, Lemberg.

V = Genossenschaft „Dilo“, G = 1880 als „Dilo“, mußte jedoch in der Kriegs- und Nachkriegszeit oft seinen Titel wechseln. A = 8 000, E = 7 × wöchentlich, L = Ukrainische Intelligenz im östlichen Klempolen und ukrainische Emigranten im Ausland. R = Ukrainisch-national, erscheint in ukrainisch und gilt als nicht offizielles Organ der Ukrainischen National-Demokratischen Vereinigung UNDO, tritt für den ukrainisch-nationalen, selbstständigen Staat ein. S = Kollegium besteht aus I. Kendryn-Rudnyckyj, Dr. I. Nimtschuck, Dr. M. Rudnycky (Feuilleton), O. Kuzma (Lofales), R. Kuptschynskyj (kleineres Feuilleton), Dipl.-Ing. W. Nestorowycz (Wirtschaft). K = In den größeren Hauptstädten Europas, Berlin: Prof. Zenko Kuziela.

Nebenausgaben: Im gleichen Verlage erscheinen „Swoboda“, ein 1899 gegründetes Wochenblatt, sowie die illustrierten Wochenblätter „Nedila“ und „Wolyńska Nedila“.

Dzień Pomorski, Thorn.

V = „Gryf“, Verlagsgenossenschaft. Verlagsdirektor: Feliks Frenkiel, G = 1929, A = 12 000, E = 6 × wöchentlich, L = Alle Bevölkerungskreise der Wojewodschaften Pommerellen und Posen und der nördlichen Kreise der Wojewodschaft Warschau. R = regierungsfreundlich, Organ des Wojewoden von Pommerellen. S = Hauptschriftleiter und Außenpolitik: Mgr. Teofil Schab, verantw. Schriftleiter: Waclaw Wytyk. Sekretär, Innenpolitik und Information: Wytold Meznicki. Wirtschaft: Mieczysław Zembrzusi.

Nebenausgaben: Im gleichen Verlag erscheinen als Kopfbblätter: „Dzień Bydgoski“ (Bromberg), „Dzień Grudziądzki“ (Graudenz), „Dzień Tczewski“ (Dirschau), „Gazeta Gdańska“ (Danzig), „Gazeta Morska“ (Gdingen), „Dzień Kujawski“ (Hohenalza) und die „Gazeta Mogileńska“ (Mogilno).

Dziennik Bydgoski, Bromberg.

V = „Drukarnia Bydgoska“ A.-G., Verlagsdirektoren: Lech Teska und Władysław Zewicki, G = 1907, A = 30 000, E = 6 × wöchentlich, L = Stadt- und Landbevölkerung in Pommerellen. R = Christlich-Demokratisch, Organ der „Chadecia“. S = Hauptschriftleiter: Lech Teska, Verantw. Schriftleiter: Stanisław Nowakowski. Sekretär und Wirtschaft: Aleksander Cedrowski. Außenpolitik: Stanisław Strąbski, Literat. Teil: Henryk Kuminek. K = Paris: Dr. Tadeusz Kielpiński.

Dziennik Polski, Lemberg.

V = „Małopolskie Wydawnictwo“, G. m. b. S., Verlagsdirektor: Stanisław Starzewski, G = 1935, A = 10 000, E = 7 mal wöchentlich, L = Intelligenz und Mittelstand Lembergs, Oitpolens und Wolhyniens. R = regierungsfreundlich. S = Hauptschriftleiter. Verantw. Schriftleiter und Innenpolitik: Stanisław Starzewski, Sekretär: Tadeusz Ulanowski, Außenpolitik: Dr. Zdzisław Stahl, Information: Marjan Ostrowski. Wirtschaft: Jozef Kanarowski. Literarischer Teil: Dr. Mieczysław Piszczkowski. K = in den größeren Hauptstädten Europas. Nebenausgaben: Im gleichen Verlag erscheint ein Kopfbblatt für die Provinz.

Dziennik Poznański, Posen.

V = „Drukarnia Dziennika Poznańskiego“, A.-G., Herausgeber und Verlagsdirektor: Hilary Gottowt, G = 1. Januar 1859, A = 15 000, E = 6 mal

wöchentlich, L = Gutsbesitzer und Intelligenzkreise im Westen, R = Meist regierungsfreundlich, S = Hauptschriftleiter: Józef Winiewicz, verantw. Schriftleiter: Waclaw Zuchniewicz.

Nebenausgaben: Im gleichen Verlage erscheinen der „Dziennik Poranny“ (seit 1935) unter der Hauptschriftleitung von Henryk Przyborowski mit seinen Kopfblättern: „Gazeta Kujawska“ (Hohenstaßa), „Gazeta Powszechna“ (Pofen), „Dziennik Ostrowski“, „Kurjer Wielkopolski“ (Gnesen), „Ilustrowany Kurjer Zachodni“ (Lissa), der 1932 gegründete und 2 mal wöchentlich unter der Hauptschriftleitung von Jozef Rączkowski erscheinende „Rolnik Wielkopolski“ sowie in der Provinz „Ma Rubieży“.

Dziennik Wileński, Wilna.

V = Aleksander Zwierzynski, früherer Sejm-Abgeordneter der nationaldemokratischen Partei. Verlagsdirektorin: Bronisława Kupść. G = 1916, A = 7500—10 000, E = 7 mal wöchentlich, L = Intelligenzkreise von Wilna Stadt und Land. R = Nationaldemokratisch. S = Hauptschriftleiter: Dr. Zygmunt Fedorowicz. Verantw. Schriftleiter: Stanisław Jakitowicz.

Express Poranny und Dzień Dobry, Warschau.

V = „Dom Prasy“ A.-G., Verlagsdirektor: Antoni Lewandowski. G = 1922 „Dzień Dobry“ seit 1931 A = 60 000, E = 7 mal wöchentlich. An Sonntagen erscheint die Abendausgabe bereits morgens. L = Alle Bevölkerungskreise im Stadtgebiet Warschau und in ganz Polen. R = Regierungsfreundliche Nachrichtenblätter. S = Hauptschriftleiter: Henryk Butkiewicz. Stellvertreter: Bolesław Hensel (Express Poranny), Stanisław Kapuścinski (Kurjer Czerwony-Dobry Wieczór) und Mieszylaw Krzepakowski (Dzień Dobry). Verantw. Schriftleiter: Jan Lubicki.

Nebenausgaben: Im gleichen Verlage erscheint eine ganze Reihe von Kopfblättern für die Provinz sowie die illustrierten Wochenschriften „Kino“ und „Przegląd Sportowy“ (Sport-Rundschau).

Gazeta Lwowska, Lemberg.

V = Herausgeber: Aleksander Wareński, G = 1811, A = 7000, E = 6 mal wöchentlich, L = Intelligenzkreise in Lemberg und im östlichen Klein-Polen. R = regierungsfreundlich, S = Hauptschriftleiter: Aleksander Wareński, Verantw. Schriftleiter und Sekretär: Edward Kozłowski.

Gazeta Polska, Warschau.

V = „Drukarnia Współczesna“ G. m. b. S., Verlagsdirektor: Józef Chodak. G = 30. Oktober 1929 als Fortsetzung der eingegangenen „Głos Prawdy“ und „Epoka“. A = 25 000, E = 7 mal wöchentlich. L = Intelligenz in Warschau und ganz Polen, vor allem die Beamtschaft. R = gilt als das offiziöse Regierungsblatt, Zentralblatt des Regierungslagers „Lager der Nationalen Einigung“ (OZN) und Sprachrohr des Außenministeriums. S = Hauptschriftleiter: Oberst Bogusław Miedziński, als Vertrauensmann Piłsudskis 1929 auf diesen Posten gekommen. Vorher im Generalstab, 1927—1929 Postminister. Seit Februar 1937 Leiter der Propagandaabteilung des „Lagers der Nationalen Einigung“. Der Ausbau der „Gazeta Polska“ zum international beachteten Blatt der polnischen Regierung ist das Werk Miedzińskis. Stellvertreter: Stanisław Starzyński, früherer Vicewojewode von Stanislaw. Verantw. Schriftleiter: Tadeusz Hiz. Sekretär: Waclaw Lassota. Politik: Eugenjusz Szrojt. Wirtschaft: Waclaw Jastrzebowski. Literar. Teil: Juljusz Kaden-Bandrowski, Generalsekretär der Polnischen Literatur-Akademie. K = Berlin: Kazimierz Smogorzewski. London: Floryan Sokolow. Naher und ferner Osten: Dr. Bohdan Richter und Alexander Janta-Półczyński. Paris: Henryk Korab-Kucharski. Rom: Feliks Chrzanowski.

Nebenausgaben: Im gleichen Verlage erscheint ein Kopfblatt.

Głos Narodu, Krakau.

V = „Katolickie Towarzystwo Wydawnicza“ G. m. b. S., Herausgeber und Verlagsdirektor: Jan Duch. G = 1893, A = 5000, E = 7 mal wöchentlich morgens, L = katholische Intelligenz und Kleinbürger in Krakau und im westlichen

Kleinpolen. R = Rein clerikal, Katholisch-National. S = Hauptschriftleiter und Außenpolitik: Dr. Jan Piwowarczyk, Verantwortl. Schriftleiter, Außenpolitik und Wirtschaft: Mgr. Konstanty Turowski, Information: Aleksander Kolek. K = Genf: Marja Sandoz, Rom: Maciej Lorek.
Nebenausgaben: Im gleichen Verlage erscheint eine Ausgabe für Warschau.

Głos Poranny, Łódź.

V = „Prasa“ G. m. b. H., Herausgeber: Eugenjusz Kronman, Verlagsdirektor: Henryk Kronman. G = 1. Februar 1929, A = 5000, E = 7 mal wöchentlich morgens. L = alle, bes. jüdische Bevölkerungsfreie von Łódź und Umgebung. R = Jüdisch-Demokratisch, S = Hauptschriftleiter und Außenpolitik: Jan Urbach, Verantw. Schriftleiter: Józef Nirnstein, Innenpolitik: Eugenjusz Kronman, Wirtschaft: Mieczysław Kołtoński.
Nebenausgaben: Kopfbblätter für Tomaszów, Mazowiecki, Warschau, Krakau und Oberschlesien.

Goniec Warszawski, Warschau.

V = „Goniec Warszawski“ G. m. b. H., Verwaltung: Stanisław Strzetelski, früherer Seim-Abgeordneter der nationaldemokratischen Partei, Jerzy Kuncewicz und Stanisław Majewski. G = 5. Mai 1935, A = 30 000, E = 7 mal wöchentlich, L = Intelligenz aller Berufe, R = National-parteiunabhängig, S = Hauptschriftleiter und Innenpolitik: Stanisław Woroszyński, Sekretär: Bolesław Zawadzki, Außenpolitik: Stanisław Strzetelski, K = Paris: Dr. Tadeusz Kiepiński.

Hajnt, Warschau.

V = „Alt Naj“ Verlagsgenossenschaft, G = 1909, A = 25 000, E = 6-mal wöchentlich, L = Jüdische Stadtbevölkerung, R = Zionistisch erscheint in Yiddisch, S = Hauptschriftl. Mojżesz Indelman und Mojsze Justman, Verantw. Schriftl.: J. J. Lejderman, Sekretär: L. Zytnicki. Außenpolitik: Dr. E. Karlebach, Innenpolitik: M. Indelman. Information: A. Gawrze. Wirtschaft: G. Wajszpark. K = in den größeren Hauptstädten Europas.
Nebenausgaben: im gleichen Verlage erscheint seit 1928 das Mittagsblatt „Hajntige Najes“ (6-mal wöchentlich).

Ilustrowany Kurjer Codzienny, Krakau.

V = „Kurier“ A. G. Herausgeber: Marjan Dąbrowski, Verlagsdirektor: Mieczysław Dobija. G = 18. Dezember 1910. A = 80 000 an Sonn- und Feiertagen 140 000, E = 7-mal wöchentlich in mehreren Ausgaben, L = alle Bevölkerungsschichten in ganz Polen. Von allen polnischen Blättern im Auslande am stärksten verbreitet. Sensationsblatt. R = Meist regierungsfreundlich, mitunter in selteneren Sensationsartikeln stark oppositionell. Stark national. S = Hauptschriftl. und Gründer: Marjan Dąbrowski. Vor 18. 12. 1910 Mitarbeiter am „Głos Narodu“. Galt bis in die letzten Jahre als Anhänger des Pilsudskilagers von dem er abzuriicken scheint. Stark italienfreundlich. Verantwortl. Schriftl.: Jan Stankiewicz. Politik: Dr. Ludwik Rubel, früherer Seim-Abgeordneter. Wirtschaft: Dr. Ferdynand Zweig. K = Berlin: Helena Heinsdorf, London: Dr. Zbigniew Grabowski, Moskau: Michael Lipski, Paris: Zygmunt Lityński, Wien: Mieczysław Lisowski, Reisender Auslandsberichterstatter: Konrad Wrzos. Nebenausgaben: im gleichen Verlage erscheinen die illustrierten Wochenzeitschriften „Światowid“ (seit dem 8. Juni 1924), „Na Szerokim Świecie“ (seit dem 16. September 1928), die satyrisch-humoristische Wochenschrift „Wróble na Dachy“ (seit dem 8. Juni 1930), die illustrierte Sportwochenzeitschrift „Raz, Dwa, Trzy“ (seit dem 21. April 1931), das Nachmittagsblatt „Tempo Dnia“ (seit 1933) und das illustrierte Wochenmagazin „AS“ (seit dem 3. März 1935).

Katolik Polski, Rattowitz.

V = „Zjednoczone Wydawnictwo Gazet“ G. m. b. H., G = 1867 als „Katholik“ in Beuthen. Seit 1925 in Rattowitz mit heutigem Titel. A = 6 000, E = 6-mal wöchentlich, L = Bauern, Arbeiter und Handwerker, R = regierungsfreundliches

nationalkatholisches Blatt, S = Hauptschriftleiter: Franciszek Godulla, Sekretär: Franciszek Moron.

Nebenausgaben: im gleichen Verlage erscheint der „Katolik Śląski“ (3-mal wöchentlich).

Kurjer Łódzki, Łódź.

V = Herausgeberin: Leokadja Stypulkowska, G = 1899, A = 15 000, E = 7-mal wöchentlich. L = Intelligenz, Industrie, Handels- und Handwerkerkreise von Łódź und Umgebung. R = gemäßigt national, regierungsfreundlich. Größtes Anzeigenorgan von Łódź. S = Hauptschriftl. Czesław Gumkowski, Berantw. Schriftleiter und Sekretär: Stanisław Rachalewski. Innen- und Außenpolitik sowie Wirtschaft: Jan Stypulkowski, Sport: Hieronim Feya.

Kurjer Polski, Warszawa.

V = „Kurjer Polski“ A. G. Verlagsdirektor: Henryk Wołowski, G = 1897, A = 10 000, E = 7-mal wöchentlich morgens, L = industrielle, politische und bürgerliche Kreise, R = profokapitalistisch, Organ der Konzernbildung Lewiatan. (Henryk Strasburger). S = Hauptschriftl. M. Karczewski, Berantw. Schriftl. Stanisław Grek, Sekretär: Jacek Fryling. K = in den größeren Hauptstädten Europas.

Kurjer Poranny, Warszawa.

V = „Stoleczna Spółka Wydawnicza“ G. m. b. H., Verlagsdirektorin: Janina Holowkowa, G = 1877, 1906 mehrmals verboten und unter anderen Titeln erschienen. Von 1915 bis November 1918 „Przegląd Poranny“. Seit 1918 heutiger Titel. A = 25 000, E = 7-mal wöchentlich morgens, L = alle Bevölkerungsschichten in Warschau und in ganz Polen. R = regierungsfreundlich. S = Hauptschriftl. Ryszard Piestrzyński, Berantw. Schriftl. und Innenpolitik: Jerzy Wiewiórski, Vorsitzender des polnischen Nationalausschusses der polnisch-lettischen Presse-Entente. Sekretär: Jan Lachowicz. Außenpolitik: Dr. Klaudjusz Hrabyk, Wirtschaft: Dr. Jerzy Wendel. K = London: Poliakoff (Pseudonym: Augur). Paris: Zygmunt St. Klingsland. Helsinki: Jerzy Drobnik. Nebenausgaben: im gleichen Verlage erscheinen zwei Kopfbblätter.

Kurier Poznański, Posen.

V = „Drukarnia Polska“ A. G. Gründungsjahr der Druckerei: 1794. Verlagsdirektor: Roman Leitgeber. G = 20. September 1906. A = 40 000. E = 2 mal täglich, morgens und abends. An Sonn- und Feiertagen nur morgens. L = alle Bevölkerungsschichten in West- und Mittelpolen. R = Organ der scharfen Opposition der westpolnischen Nationaldemokratie. Wichtigstes Oppositionsblatt in Westpolen. Ausgesprochen deutschfeindlich. S = Hauptschriftleiter: Dr. Marjan Seydafrüherer Senator der nationaldemokratischen Partei, 1917—1919 Mitglied des Polnischen Nationalkomitees in Paris, 1923 Außenminister, zusammen mit einem Redaktionskomitee. Berantw. Schriftleiter Witold Noskowski, für Kultur und Kunst: Dr. Marjan Chelmikowski, für Wirtschaft und Börse: Zdzisław Antoniewicz, für Sonstiges (Morgenausgabe): Edmund Rakowski, für Sonstiges (Abendausgabe) Außenpolitik: Roman Sengler. Innenpolitik: Stefan Wyrzykowski. Information: Dr. Stefan Bernatt. Sport: Stefan Sliwicki. K = Berlin: Bolesław Leitgeber, Danzig: Edward Piszcz, New York: Jan Drohojowski, Paris: Irena Briares, Rom: Maciej Loret, Zürich: Marjan Sandoz.

Nebenausgaben: Die Tageszeitung „Oreďownik“ (Auflage 40 000), die am 21. März 1871 gegründet wurde und in sechs Ausgaben für Posen, Großpolen, Bromberg, Pommern, Schlesien und das westliche Kleinpolen sowie für Łódź und Mittelpolen erscheint, die illustrierte Wochenschrift „Ilustracja Polska“ (seit dem 2. Oktober 1927), das 3-mal wöchentlich erscheinende Volksblatt „Wielkopolanin“ (seit dem 3. Mai 1930), die „Nowiny Poświęteczne“ (seit dem 20. August 1934) und das 3 mal wöchentlich erscheinende Volksblatt „Pomorzanin“ (seit dem 1. Februar 1935.)

Kurjer Warszawski, Warszawa.

V = Offene Handelsgesellschaft in Familienbesitz. Herausgeber: Feliks Mrozowski und Konrad Olchowicz. Verlagsdirektor: Feliks Mrozowski. G = 1. Januar

1821, älteste Zeitung Polens. A = 60 000. E = 2mal täglich morgens und abends. L = Intelligenzreise der Hauptstadt, größtes Anzeigenblatt Polens. R = National-katholisches Oppositionsblatt, Organ der „Stronictwo Narodowe“. S = Hauptschriftleiter: Ferdinand Hoesik und Konrad Olchowicz. Außen- und Innenpolitik: nach dem Tode B. Koskowskis (Jan. 1938) eine der bedeutendsten Erscheinungen der polnischen Zeitungswelt, jetzt: Prof. Stanislaw Stroński. Information und Wirtschaft: Wincenty Trzebiński, Prof. a. d. Journalistenhochschule in Warschau. K = Berlin: Marja Męcinska. London: Fr. Bauer - Czarnomski. Moskau: E. Ergo. Paris: Stefan Aubac und Prof. Zygmunt Lubicz-Zaleski. Prag: Prof. Marjan Szyjkowski. Rom: Mgr. Jan Kawczyński. Wien: Zygmunt Parness. Zürich: Marja Sandoz.

Kurjer Wileński, Wilna.

V = „Kurjer Wileński“ G. m. b. H., Verlagsdirektorin: Wanda Pelczyńska, Sejmabgeordnete. G = 1923. A = 10 000. E = 7mal wöchentlich. L = Intelligenzreise in Stadt und Landbezirk Wilna. R = Blatt der Legionärskreise, im allg. regierungsfreundlich. S = Hauptschriftleiterin: Wanda Pelczyńska. Verantw. Schriftleiter Ludwik Jankowski. Sekretär: Witold Kizkisk. Nebenausgaben: Im gleichen Verlag erscheint als Kopfblatt für Nowogródek der „Kurjer Wileński-Nowogrodzki“

Mały Dziennik, Warschau.

V = „Milicja Niepokolanej“ (Franziskanerorden). Verlagsdirektor: Pater Maksymilian Kolbe. G = 28. Mai 1935. A = 125 000. Auflagestärkstes Blatt Polens (Preis nur 5 grosz). E = 7mal wöchentlich morgens. L = katholische Bevölkerung in ganz Polen. R = Katholisches politisches Nachrichtenblatt. Organ der Actio catholica. S = Hauptschriftleiter: Pater Marjan Wójcik. Verantw. Schriftleiter: Zygmunt Joachim Sochocki. Sekretär: Felicjan Tomak. K = In Brüssel, Paris, Rom und anderen Städten. Nebenausgaben: Im gleichen Verlag erscheinen 8 Kopfblätter

Der Moment, Warschau.

V = „Nasza Prasa“ Verlagsgenossenschaft. G = 1910. A = 30 000, größte Auflage der in Polen erscheinenden jüdischen Zeitungen. E = 6mal wöchentlich. L = Jüdische Bevölkerung. R = Demokratisch, erscheint in Yiddisch in hebräischen Lettern. S = Hauptschriftleiter: Szulim Herz Prylucki. Verantw. Schriftleiter: I. Profes. K = in den größeren Hauptstädten Europas. Nebenausgaben: Im gleichen Verlag erscheint die Nachmittagsausgabe: „Warszawer Radjo“, Gegr. 1914.

Nasz Przegląd, Warschau.

V = „Unja“, Verlagsgenossenschaft. Verwaltung: Natan Szwalbe, Daniel Rozencwajg, Abran Ingbermann. G = 1923. A = 20 000. E = 7mal wöchentlich. L = Alle, jedoch vorwiegend intellektuelle Schichten der jüdischen Bevölkerung in Warschau und in ganz Polen. R = Jüdisches Organ in polnischer Sprache mit national-jüdischer assimilatortisch gefärbter Einstellung. S = Redaktionskomitee: J. Appenzlak, N. Szwalbe & S. Wagmann. Verantw. Schriftleiter: Daniel Rozencwajg. Sekretär: Saul Wagmann. Außenpolitik und Wirtschaft: Natan Szwalbe. Innenpolitik: Samuel Hirnhorn und Bernhard Zynger. Liter. Teil: Jakob Appenzlak. K = Genf: M. Kahany. London: Włodzimierz Zabotyński. Paris: Dr. M. Kaplan. Tel-Awiv: A. Wolman-Sierackkowa. Wien: Dr. Szymon Wolf.

Nebenausgaben: Ein Kopfblatt für die Provinz.

Nowy Dziennik, Krakau.

V = G. m. b. H. Verlagsdirektor: Zygmunt Hochwald. G = 1918. A = 15 000. E = 7mal wöchentlich. L = jüdische Bevölkerung in Krakau, westl. Kleinpolen, Schlesien und Nachbargebieten. R = Zionistisch, erscheint in polnischer Sprache. S = Hauptschriftleiter: Dr. Dawid Lazer. Verantw. Schriftleiter: Dr. Mojsesz Kaufert. Sekretärin: Dr. Sara Berkelhamerowa. Nebenausgaben: Im gleichen Verlage erscheinen Kopfblätter für Schlesien, Lemberg, das Krakauer Gebiet und für Zakopane-Krynica.

Nowy Kurjer, Posen.

V = „Głos Pracy“ G. m. b. S., Verlagsdirektor: Marjan Mayer. G = 1889. A = 10 000. E = 6mal wöchentlich. L = Bürgerliche Kreise von Posen und Umgebung. R = Regierungsfreundlich. Organ für die Interessen des Mittelstandes. S = Hauptschriftleiter: Mgr. Stanislaw Zawadzki. Verantw. Schriftleiter: Czeslaw Brzóska. Sekretär: Eusebjusz Basiński.

Polonia, Kattowitz.

V = „Śląski Zakłady Graficzne i Wydawnicze Polonia“ A.-G., Verlagsdirektor: Witold Korfanty. G = 27. November 1924. A = 25 000. E = 7mal wöchentlich. L = Intelligenz und Arbeiterschaft Oberschlesiens. R = Opposition, christl.-demokratisch, seit Herbst 1937 Organ der „Stronnictwo Pracy“, scharf deutschfeindlich. S = Hauptschriftleiter und Gründer: Wojciech Korfanty, früherer Senator der Christl.-Demokratischen Partei. Organisator und Führer der polnischen Insurgenteneinfälle in Oberschlesien. (War als Hauptschriftleiter der polnischen Tageszeitung „Górnośląsk“ in Kattowitz früher heftiger Agitator der Polenfraktion: 1903—14 Abgeordneter im Preußenhaus, 1903—1911 Mitglied des Reichstages.) Verantw. Schriftleiter: Kiljan Bytomski. Sekretär: Jan Smotrycki. K = Paris: Dr. Tadeusz Kiepiński.

Nebenausgaben: Im gleichen Verlag erscheint mit 7 Kopfblättern die 1932 gegründete Tageszeitung „Siedem Groszy“ unter der Hauptschriftleitung von W. Korfanty.

Polska Zachodnia, Kattowitz.

V = „Polska Zachodnia“ G. m. b. S., Verlagsdirektor: Jerzy Czoponowski. G = 1926. A = 15 000. E = 7mal wöchentlich. L = Intelligenz und Arbeiterschaft Oberschlesiens. R = Regierungsfreundlich, besonders deutschfeindliches Organ der „Naprawa“ des ober-schlesischen Wojewoden Grażyński. S = Hauptschriftleiter: Edward Rumun. Verantw. Schriftl.: Wilhelm Cholewa. Sekretär: Ernest Reis.

Polska Zbrojna, Warschau.

V = „Dom Prasy“ A.-G. Herausgeber und Verlagsdirektor: Jan Sotomski. G = 1921. A = 30 000. E = 7mal wöchentlich. L = Vorwiegend militärische Kreise in ganz Polen. R = Ausgesprochen regierungsfreundliches Militärorgan. Vertritt die Interessen der Landesverteidigung und befaßt sich mit dem Leben und den Bedürfnissen der polnischen Armee. S = Hauptschriftleiter: z. Zt. Oberst Leon Koc. Verantw. Schriftleiter: Zenon Wyrzykowski. Sekretär und Außenpolitik: z. Zt. offen. Wirtschaft: Jerzy Prądzyński. Literar. Teil: Julian Wołoszynowski. K = Berlin: Henryk Henner. Kauen: B. Zawisza. London: Tomaszewski. Paris: Dr. Alfred Bzowiecki. Rom: Leonhard Kociemski.

Republika mit Express Ilustrowany Poranny und Express Ilustrowany Wieczorny, Lodz.

V = „Republika“ G. m. b. S., Verlagsdirektoren: Marjan Nusbaum-Oltaszewski und Władysław Polak. G = 1923. E = 7mal wöchentlich. L = „Republika“ in allen Bevölkerungskreisen von Lodz und Umgebung, die übrigen Blätter in ganz Polen mit Ausnahme von Warschau (vorwiegend Arbeiter). R = Regierungsfreundliche Nachrichtenblätter unter jüdischer Leitung. S = Hauptschriftl.: M. Nusbaum-Oltaszewski (Republika) und W. Polak. Verantw. Schriftl.: Władław Smólski (Republika), Jan Grobelniak (Express Ilustr. Poranny und Wieczorny).

Nebenausgaben: „Express Ilustrowany Poranny“, erscheint mit 20 Kopfblättern. Im gleichen Verlag erscheint auch die „Gazeta 5 groszy dla Wszystkich“.

Robotnik, Warschau.

V = Verlagsgesellschaft „Robotnik“. Verlagsdirektor: Julian Maliniak. G = 1896. Erschien von 1894 bis 1918 als Geheimzeitschrift. Seit 11. November 1918 öffentlich erscheinendes Tageblatt. A = 15 000. E = 7mal wöchentlich. L = Sozialistisch-marxistische Arbeiter- und Intelligenzkreise in ganz Polen. R = Zentralorgan der Polnischen Sozialdemokratischen Partei (PPS), Marxistisch-International. S = Hauptschriftleiter: Mieczyslaw Niedzialkowski, führender marxistischer Publizist Polens. Von 1919 bis 1936 (als die PPS alle Mandate

verliert) Abgeordneter der PPS im poln. Sejm. N. ist Gegner des „Faschismus“, bekämpft besonders Deutschland und verrät in seinen Veröffentlichungen der letzten Jahre durchaus bolschewistische Tendenzen. — Verantw. Schriftleiter und Wirtschaft: Wincenty Stawiński. Sekretärin: Bolesława Kopelówna. Außenpolitik: M. Niedziałkowski, J. Boski und K. Czapiński, früherer Sejmabgeordneter der PPS. Innenpolitik: K. Boski und St. Dubois, früherer Sejmabgeordneter der PPS. Literar. Teil.: J. N. Miller und B. Dudziński. Nebenausgaben: Im gleichen Verlag erscheinen als Kopfbblätter: „Napród“ (Krafauf), „Gazeta Robotnicza“ (Kattowitz), „Robotnik Radomski“ (Radom), „Robotnik Piotrkowski“ (Petrifau), „Robotnik Lubelski“ (Lublin), und „Lodzianin“ (Lodz).

Slowo, Wilna.

G = 1922. A = 10 000. E = 7mal wöchentlich. L = Intelligenzkreise Wilnas und Gutsbesitzer in der Wojewodschaft Wilna. R = Ausgesprochenes Oppositionsblatt der Wilnaer, agrarischen Konservativen. S = Hauptschriftleiter: Stanislaw Mackiewicz, ein für seine scharfe Federführung unter dem Pseudonym „Cat“ bekannter oppositioneller polnischer Publizist, der zur Zeit des Maiumsturzes 1926 von Piłsudski mit besonderen politischen Aufgaben betraut wurde. Scharfer Gegner des Bolschewismus. In der polnischen Innenpolitik ein allseitig stark beachteter Außenleiter annähernd konservativer Haltung. — Verantw. Schriftleiter: Henryk Kassyancowicz. Sekretär: Konstanty Syrewicz. Machebllicher Mitarbeiter des „Slowo“ ist W. G. Studnicki, der langjährige Verfechter einer deutsch-polnischen Verständigung.

Nebenausgaben: Im gleichen Verlag erscheinen als Kopfbblätter für Baranowicze der „Kurjer Nowogrodzki“ und für Slonim der „Kurier Slonimski“.

Slowo Pomorskie, Thorn.

V = „Drukarnia Toruńska“ A.-G. G = 1920. A = 15 000. E = 6mal wöchentlich. L = Alle Bevölkerungskreise Pommerellens. R = Nationaldemokratisch-oppositionell. S = Hauptschriftleiter: Stanislaw Cieślak. Verantw. Schriftleiter: Stanislaw Dolacki.

Nebenausgabe: Eine Provinzalausgabe.

Ukrainski Wisty, Lemberg.

V = Verlag „Batkiwszczyna“. Verlagsdirektor: Mgr. Marjan Dzioba. G = 15. Nov. 1935. A = 10 000. E = 7mal wöchentlich. L = Ukrainische Intelligenz. R = Nationalistisch. S = Hauptschriftleiter: Dr. I. Hladylowycz, Westeuropa: M. Pasika. Orient: St. Wolyne. Innenpolitik: Dr. M. Iwanejko. Kulturelles: J. Zarembo. Feuilleton: O. Babij. K = In den größeren Hauptstädten Europas. Berlin: O. Skoropyss-Joltuschowski, Prof. Dr. I. Mirtschuk.

Nebenausgaben: Im gleichen Verlag erscheinen das Wochenblatt: „Batkiwszczyna“ unter der Redaktion von D. Palijew, die „Populjarni Referaty“ (2mal monatl.) und die Quartalschrift „Peremoha“ unter der Redaktion von Dr. M. Iwanejko.

Warszawski Dziennik Narodowy, Warschau.

V = „Wydawnictwa Narodowe“ G. m. b. H. Herausgeber: Stanislaw Jasiukowicz. Verlagsdirektor: Mieczyslaw Niklewicz. Stellvertreter: Alexander Zwierzyński, früherer Sejmabgeordneter der Nationaldemokratischen Partei. G = 26. Mai 1935. Hervorgegangen aus der 1774 gegründeten und am 19. Mai 1935 eingegangenen „Gazeta Warszawska“. A = 15 000. E = 7mal wöchentlich. L = Intelligenzkreise ganz Polens. R = Scharfes Nationaldemokratisches Oppositionsblatt, Vertreter der jüngeren Richtung i. d. „Stronnictwo Narodowe“. S = Hauptschriftl.: Dr. Stefan Sacha, früherer Abgeordneter der Nationaldemokratischen Partei. Verantw. Schriftl.: Josef Bialasiewicz. Sekretär: Feliks Jordan. Außenpolitik: Dr. Stanislaw Kozicki, 1910 Hauptschriftleiter der „Gazeta Warszawska“, 1921 Hauptschriftleiter des „Kurjer Poznański“, 1926 Gesandter in Rom, 1927 Senator der Nationaldemokratischen Partei. Innenpolitik: Zygmunt

Berezowski. Information: Stanisław Włodek. Liter. Teil: Grzegorzcyk und Jan Matjasik. K = In den größeren Hauptstädten Europas.

Nebenausgaben: Im gleichen Verlage erscheinen die Kopfblätter: „Dziennik Wileński“ (Wilna), „Dziennik Lwowski“ (Lemberg), eine Provinz- ausgabe und die politische Wochenschrift: „Tygodnik Polityczny Warszawskiego Dziennika Narodowego“.

Wieczór Warszawski, Warschau.

V = „Zjednoczenie“ G. m. b. H. Verlagsdirektor: Bolesław Biega. G = 23. April 1928. A = 50 000. E = 7mal wöchentlich. L = Alle Bevölkerungskreise in Warschau und Mittelpolen. R = National, Parteiunabhängig. S = Hauptschriftl.: Hieronim Wierzyński. Verantw. Schriftl.: Franciszek K. Pietura. Information: Tadeusz Miciukiewicz. Wirtschaft: Medard Kozłowski. Literat. Teil: Tadeusz Dołęga-Mostowicz.

Nebenausgaben: Im gleichen Verlag erscheinen drei Kopfblätter für Lublin, Wolhynien und Polesien.

Wiek Nowy, Lemberg.

V = „Prasa Nowa“ U. G. Verlagsdirektoren: Dr. Edmund Gromski und Henryk Lewartowski. G = 1900. A = 50 000. E = 6mal wöchentlich. L = Alle Bevölkerungskreise in Lemberg, dem östlichen Kleinpolen und Wolhynien. R = Parteiunabhängiges Nachrichtenblatt. S = Hauptschriftl.: Bronisław Laskownicki. Verantw. Schriftl.: Józef Krzysztofowicz. Sekretär und Information: Henrik Cepnik. Außen- und Innenpolitik: Prof. Tadeusz Lempicki und Adam Nechaj. K = In mehreren Hauptstädten Europas.

Nebenausgaben: Im gleichen Verlage erscheint seit 1928 das Morgenblatt „Express Poranny“, das Abendblatt „Express Wieczorny“ und das Sonntagsblatt „Niedziel Rano“.

Deutsche Zeitungen in Polen.

Der Aufbruch, Kattowitz.

V = Jungdeutsche Partei für Polen. G = 1933. A = 10 000. L = Deutsche Bevölkerung in ganz Oberschlesien. R = Parteiblatt der Jungdeutschen, Organ der deutschen Volksgruppe. S = Hauptschriftl.: Dr. Walter Günzel, Posen, verantw. Schriftl.: Kurt Zebeczynski; für Schlesiensbeilage: E. Schubert.

Deutsche Nachrichten, Posen.

V = Jungdeutsche Partei für Polen. G = 1. Nov. 1934 aus Anteilen deutscher Bauern. A = 9 000. E = zuerst 4-seitig Kleinformat, ab 1936 sechsseitig Großformat, heute achtseitig; 6mal wöchentlich. L = Deutsche Bevölkerung in Posen und Pommerellen, seit 1938 auch in Mittelpolen und Kleinpolen/Wolhynien. R = Organ der deutschen Volksgruppe und der Deutschen Erneuerungsbewegung. S = Hauptschriftleiter Dr. Walter Günzel, verantw. Schriftl.: Kurt Zebeczynski.

Deutsche Rundschau in Polen, Bromberg.

V = A. Dittmann G. m. b. H. Inhaber Emil und Hermann Dittmann. G = 1. 10. 1876 als „Bromberger Tageblatt“ von Carl Dombrowski. Am 1. 11. 1876 von August Dittmann erworben. Am 1. 1. 1920 mit der am 1. 7. 1894 gegründeten „Ostdeutschen Rundschau“, Bromberg, zu „Ostdeutsche Rundschau, Bromberger Tageblatt“ vereinigt. Seit 5. 6. 1920 heutiger Titel. A = 15 000. E = 6mal wöchentlich. L = Deutsche Bevölkerung vornehmlich in Posen und Pommerellen. R = Organ der deutschen Volksgruppe. Steht der Deutschen Vereinigung nahe. S = Hauptschriftl.: Gotthold Starke, verantw. Schriftleiter für Politik: Johannes Kruse, für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Sepke.

Freie Presse, Lodz.

V = „Libertas“ G. m. b. H. Verlagsleiter Bertold Bergmann. G = 28. November 1918 als „Lodzer Presse“, wechselte im Laufe der Zeit wiederholt den Namen. A = 15 000. E = 7mal wöchentlich morgens. L = alle Kreise der deutschen Be-

völkerung in ganz Mittelpolen. R = Organ der deutschen Volksgruppe. Steht dem Deutschen Volksverband nahe. S = Hauptschriftl.: Adolf Kargel. Verantw. Schriftleiter und Politik: Kurt Seidel. Lokales: Horst Egon Markgraf.

Kattowiker Zeitung, Kattowik.

V = „Kattowiker Buchdruckerei und Verlagsaktiengesellschaft“. Verlagsdirektor: Dr. S. Kriedte. G = 1868. A = 10 000. E = 6mal wöchentlich. L = Deutsche Bevölkerung Oberschlesiens. Größtes deutsches Handelsblatt Polens. R = Organ der deutschen Volksgruppe. S = Hauptschriftl.: Heinz Weber. Verantw. Schriftl.: Heinz Kostka. Wirtschaft: Hans-Joachim Siekiera.

Neue Lodzer Zeitung, Lods.

V = A. Milkar und Dreving, verantw. f. d. Verlag: A. Milkar. G = 1903. E = 7mal wöchentlich. L = Deutsche Bevölkerung in Mittelpolen. R = Organ der Deutschen Volksgruppe, steht den deutschen Industriekreisen nahe, parteilos. S = Hauptschriftl.: B. v. Haller, verantw. Schriftl.: B. Volkmann.

Der Oberschlesische Kurier, Königshütte.

V = „Kurier“ G. m. b. H. Verlagsdirektor: Josef Strozyl. G = 1907. A = 15 000. E = 6mal wöchentl. L = Deutsche Bevölkerung in Oberschlesien. R = Katholisch. Organ der deutschen Volksgruppe. S = Hauptschriftleiter: Ewald Cwienk. Der Oberschlesische Kurier erscheint mit je einer besonderen Ausgabe in Chorzów und Kattowik mit entsprechend eingesehtem Lokalteil.

Nebenausgabe: „Oberschlesische Post“ in Bielitz.

Posener Tageblatt, Posen.

V = „Concordia“ A.-G. G = 1861. A = ca. 8 000. E = 7mal wöchentl. L = Deutsche Bevölkerung in Posen Stadt und Land. R = Organ der deutschen Volksgruppe. Steht der „Deutschen Vereinigung“ nahe. S = Hauptschriftleiter: Politik: Günter Rinke. Lokales und Sport: Alexander Jurisch. Wirtschaft und Provinz: Eugen Petruß. Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Alfred Loake.

Miszellen.

Zeit Stoß.

Wieder einmal hat sich Jan Piętko¹⁾ mit seinem alten Thema beschäftigt. In der Warschauer Zeitung „Warszawski Dziennik Narodowy“ benutzt er den Anlaß, daß Polen in diesem Jahr den 100. Geburtstag des großen Malers Jan Matejko feiern wird, um für seinen alten Plan Propaganda zu machen, nämlich, daß man in Polen in diesem Jahre auch die 500-Jahrfeier des Geburtstages von Zeit Stoß begehen und diese zu einer großen polnisch-nationalen Kundgebung machen solle. Piętko bringt in diesem Zusammenhange wieder seine alten Klagen vor. So meint er: „Man hat bisher noch nicht den Versuch gemacht, Beziehungen zwischen der Kunst des Stoss und dem Geiste der slavischen und polnischen Kunst zu suchen, obwohl in diesen Beziehungen die Unterlagen für die wissenschaftliche Aufdeckung der polnischen Elemente in der Kunst des Stoss verborgen liegen“. Piętko verweist hier auf die Ausführungen von Professor S. Komornicki im „Jahrbuch der Krakauer Akademie“ Bd. 26 (1935) S. 207.

Dann flagt er darüber, daß die polnischen Kunsthistoriker hinsichtlich der Nationalität des Stoß unsicher geworden seien, daß man sein Geburtsjahr als unbestimmbar erklärt habe. Wieder verweist er auf Johann Neubörfner als angeblich verlässliche Quelle. Das von der deutschen Forschung angenommene Geburtsjahr (1447) lehnt er ab.

Als Beweis für seine Behauptung, daß die polnische Kunstgeschichts-Forschung bei gutem Willen zu neuen Resultaten kommen könne, führt er die Tatsache an, daß man erst im Jahre 1937 auf Grund eingehender Untersuchungen einwandfrei habe feststellen können, daß das Haus des Zeit Stoß in Krakau an der Stelle gestanden habe, wo heute das Eckhaus Grodzka 39 und Poselska 11 stehe. Es sei höchste Zeit, daß, ähnlich wie in Nürnberg, auch in Krakau an der Wohnstätte des Zeit Stoß eine Gedenktafel angebracht werde. Und dazu gebe das Jubiläumsjahr 1938 die geeignete Gelegenheit.

[„Warszawski Dziennik Narodowy“ 2. 2. 1938, S. 6.] (r)

¹⁾ Vgl. „Ostland-Berichte“ Jhrg. 1937, Nr. 2 S. 53 ff.

Die „Wissenschaftliche Gesellschaft in Thorn“.

die neben dem Baltischen Institut in Gdingen rührigste Publikations- und Forschungsstelle der polnischen Wissenschaft auf westpreußischem Gebiet, hielt am 19. 2. 38 ihre Jahresversammlung ab, die mit einer demonstrativen Copernikus-Feier (zum 465. Geburtstag des Astronomen) begann.

„Präsident A. Mańkowski leitete die Versammlung und Mgr. Magdański machte den Schriftführer. Nach Erledigung der einleitenden Formalitäten gaben Präs. Mańkowski, Mgr. Magdański, Direktor Mocarski und Stadtrat Makowski Berichte über die Jahrestätigkeit der Gesellschaft und ihre einzelnen Ergebnisse.

Im Berichtsjahr wurden veröffentlicht der Index zu dem zweibändigen Werk K u j o t s : „Geschichte Königlich Preußens“, drei Bände der „Fontes“ (das Schöffenbuch der Stadt Thorn, das Theudenkus-Buch und der erste Band des Briefwechsels von Bischof Rozrazewski) und vier Hefte der „Notizen“. Das Jahrbuch der Gesellschaft ist nicht erschienen. Es kamen auch drei Hefte der „Pommerellischen Naturwissenschaftlichen Untersuchungen“ heraus.“

Von acht Referenten seien 15 Vorträge, insbesondere in der historisch-archäologischen Abteilung der Gesellschaft, gehalten worden. Die Bibliothek der Gesellschaft sei um 1262 Bände vermehrt worden. Die Einnahmen betragen 13 000 Zł., die Ausgaben 10 000 Zł. Der Saldo beträgt: 2 439,61 Zł. Der Kassenbericht Dr. Woydes wurde angenommen, und die Versammlung beschloß einstimmig, den aus Pommerellen gebürtigen Historiker Prof. Dr. Bronisław Dembiński zum Ehrenmitglied der Wissenschaftlichen Gesellschaft in Thorn zu ernennen. Eine zweite öffentliche Sitzung der Gesellschaft fand am gleichen Tage im Thorner Rathaus statt.

„Präsident Mańkowski begrüßte die Versammlung mit einer kurzen Ansprache und würdigte die Verdienste des Copernikus auf dem Gebiete der Astronomie, Mathematik und Wirtschaft. Der Redner schilderte das Münzsystem in der Vorstellung des großen Astronomen und berührte seine interessanten wirtschaftlichen Fragen. Darauf hielt der junge Posener Wissenschaftler Janusz Dereśiewicz ein sorgfältig durchgearbeitetes Referat: „Worauf beruht die finanzielle Sonderstellung Königlich Preußens bis 1569“. Der Vortragende gab einen Abriss von dem Finanzwesen des Jagiellonischen Reiches und Königlich Preußens und kam zu dem Schluß, daß Preußen (Westpreußen) sein eigenes Steuersystem, eigene Einnahmequellen und eine eigene Finanzverwaltung hatte, die von dem Schatzmeister verwaltet wurde. Die Steuern waren von der Zustimmung der preußischen Vertreter abhängig und ihre Art und Höhe wurde entsprechend den Beschlüssen der preußischen Stände festgesetzt.“ Direktor Mocarski gab darauf einen Bericht über die Tätigkeit der Copernikus-Stadtbücherei im Jahre 1937.

[„Słowo Pomorskie“, 25. 2. 38.] (k)

*

Die Normannen und die Anfänge des polnischen Staates.

Bekanntlich wehrt sich die polnische Forschung gegen die Annahme, daß die Begründung des polnischen Staates ähnlich wie in Rußland unter nordischem, normannischem Einfluß erfolgt sei. Neuerdings hat der bekannte polnische Vorgeschichtsforscher Prof. Kostrzewski (Posen) auf Grund der letzten Ausgrabungen in Gnesen zu dieser Frage in einem Aufsatz der Zeitschrift „Dawna Sztuka“ („Alte Kunst“) Stellung genommen. Einem Referat in der Wochenschrift „Prosto z mostu“ entnehmen wir darüber folgendes: Kostrzewski will zu der Erkenntnis gelangt sein, daß die alt-polnische Siedlung Gnesen, die zum ersten Male im Jahre 914 durch den arabischen Geographen Sarmali, und dann in der bekanntesten Urkunde „Dagome iudex“ von etwa 990 erwähnt werde, mindestens schon im 7. Jahrhundert, also schon zwei Jahrhunderte früher, vorhanden gewesen sei. Die zweite Feststellung Kostrzewskis sei: bei den Ausgrabungen, bei denen Schichten des 10. und 11. Jahrhunderts aufgedeckt worden seien, habe man unter sehr vielen Gegenständen nicht einen einzigen gefunden, der normannischer Herkunft sei. Kostrzewski glaube daraus den Schluß ziehen zu können, daß dadurch die Hypothese von der Entstehung des polnischen Staates unter der Mit-

wirkung der Normannen und von der normannischen Herkunft des ersten polnischen Herrschergeschlechts der Piasten erledigt sei. Das Fehlen jeglicher Spuren von Wikinger-Kultur in Gnesen, also in der Residenz des Fürsten und seiner Gefolgschaft (Druschina) sei dafür der allerbeste Beweis.

Die Ausgrabungen in Gnesen haben Kostrzewski ferner Unterlagen zu folgenden Feststellungen über die altpolnische Kultur gegeben: „Das Handwerk stand in Gnesen ungewöhnlich hoch (Wagenbau, Böttcherei, Tischlerei, Töpferei, Schuhmacherei). Auf einigen Gebieten höher als im gleichzeitigen Deutschland, z. B. ist die Töpferscheibe, die in Polen schon vor dem Jahre 1000 bekannt war, von uns nach Deutschland gelangt, wo sie erst im 15. Jahrhundert erscheint. Die slavische Keramik hat einen großen Einfluß auf die ostbaltische und skandinavische ausgeübt. Die Gärtnerei stand in Gnesen im 10. Jahrhundert ebenfalls hoch; man hat bei den Ausgrabungen Kerne von Pfirsich und der türkischen Kirsche gefunden. Die Kirschbäume müssen nach Polen auf dem direkten Wege aus Persien gelangt sein. Denn in Deutschland erscheinen sie erst im 16. Jahrhundert. Ebenso hat man in Gnesen für das 10. Jahrhundert den Anbau der Gurke festgestellt. Die Deutschen haben dieses Gewächs durch polnische Vermittlung kennengelernt.“

Sa sogar zur Geschichte des Sportes sollen die Ausgrabungen in Gnesen einen überraschenden Beitrag geliefert haben. Kostrzewski hat Schlittschuhe, aus Knochen angefertigt, gefunden. Soweit die Nachrichten über die Feststellungen von Prof. Kostrzewski, zu denen die deutsche Forschung sicherlich auch noch ein Wort zu sagen haben wird.

[„Prosto z mostu“ 6. 2. 1938, S. 4.]

In der Monatschrift „Z otchłani wieków“, dem Mitteilungsblatt der vorgeschichtlichen Abteilung des Großpolnischen Museums in Posen hat Professor Kostrzewski den obenerwähnten Aufsatz in der Kunst-Zeitschrift mit einigen Kürzungen noch einmal abgedruckt unter Beigabe mehrerer sehr instruktiver Abbildungen. Kostrzewski hat acht verschiedene Schichten aufgedeckt. Von der ältesten meint er, daß sie aus dem 8. Jhd. n. Chr. stamme, und von dem diese Siedlung umgebenden Wall bemerkt er, daß man ihn „wohl nur mit den Zeiten und der Person Mieszkos I. in Verbindung bringen kann“. Von der in zweitältester Schicht befindlichen Siedlung, die hölzerne Straßen und größere Häuser aufweist, meint Kostrzewski: „sie ist wahrscheinlich die Stadt des Chrobry“ (S. 144). In beiden Fällen drückt sich Kostrzewski also noch sehr vorsichtig aus und läßt die Frage offen, ob diese hier von ihm aufgedeckte Siedlung tatsächlich mit der Residenz der beiden ältesten Herrscher des polnischen Staates identisch ist. Umso mehr muß es dann überraschen, wenn Kostrzewski diese auf S. 144 ausgesprochenen Vermutungen am Schlusse des Aufsatzes als feststehende Tatsachen verwendet und behauptet, indem er darauf hinweist, daß bei den bisherigen Grabungen unter fast 2500 Fundstücken nur ganz wenige nordischer Herkunft ermittelt worden seien: „Wenn sie so vollständig fehlen, dann ist das der beste Beweis dafür, daß die Hypothese von der Entstehung des polnischen Staates auf Grund einer gewaltsamen Eroberung und von der normannischen Abstammung des Mieszkos und seiner Druschina eine vollständige Phantasie ist Wenn irgendwo, dann müßten sich doch in Gnesen, dem Sitz des Fürsten und seiner Druschina — falls die deutsche Hypothese richtig wäre — reichhaltige Spuren von Wikinger-Kultur finden. Indessen haben die bisherigen Untersuchungsergebnisse das vollständige Fehlen irgendwelcher Überreste, die man den Wikingern zuschreiben könnte, erwiesen.“

[„Z otchłani wieków“ Jhg. XII (1937) Heft 11—12, S. 137—153.]

Diese Ausführungen über die Ausgrabungen in Gnesen finden ihre Ergänzung in einem Bericht, den der polnische Vorgeschichtler Witold Hensel im „Kurjer Poznański“ über eine zweite Ausgrabung veröffentlicht, die ebenfalls auf Veranlassung und unter Leitung von Prof. Kostrzewski im Jahre 1937 in Angriff genommen worden ist. Es handelt sich um die Burgwallanlage in Kletzko (15 Kilometer nordwestl. von Gnesen.) Auch Hensel glaubt die Ausgrabungsergebnisse von Kletzko gegen die Normannentheorie auswerten zu können, von der er bemerkt: „Diese These hat dort (in Deutschland) allgemeine Verbreitung gefunden, was ich vor kurzem fest-

stellen konnte, als ich die deutschen Museen in Breslau, Ratibor und Berlin besuchte.“

Zu den Ausgrabungen in Kletzko bemerkt Hensel: „Die Grabungsarbeiten in Kletzko, die drei Monate lang durchgeführt wurden, ließen glänzend erhaltene Holzkonstruktionen im Fundament des mächtigen Schutzwalles der ehemaligen Burgwallanlage und der später aufgeführten „Vorbürgsiedlung“ (podgrodzie, suburbium) zu Tage treten. Wenn man die zwischen zwei Seen errichtete Burgwallanlage von Kletzko mit den Beobachtungen des arabischen Reisenden Al Bekri vergleicht, so erkennt man, mit wie geringen Abweichungen sie zu den Ergebnissen unserer Ausgrabungen passen. . . . Kletzko besitzt die älteste bisher bekannte „Vorbürgsiedlung“, die mindestens bis zum Anfang des 9. Jahrhunderts reicht. Die Burgwallanlage selbst ist im 8. Jahrhundert angelegt worden, worauf die beträchtlich primitivere Tonware hinweist. . . .“

Zweifellos das interessanteste in Kletzko ist die Wallkonstruktion, die lebhaft in der Art des Aufbaus (nicht in Einzelheiten) an den vor kurzem in Gnesen aufgedeckten Burgwall erinnert, den Prof. Kostrzewski mit den Zeiten Mieszkos in Verbindung bringt. Es bestehen keine Unterschiede in der Keramik, welche typisch slawische Formen dieser Zeiten aufweist. Es finden sich keine nördlichen Beimischungen. In beiden Fundstellen treten die gleichen Haustypen auf, ferner Hütten für die ärmere Bevölkerung, die aus Flechtwerk bestehen. Dagegen ist die skandinavische Bauweise eine vollkommen andere, was ja Prof. Jankuhn aus Kiel in seinem Bericht über die Ausgrabungen in Ratibor betont hat. Ferner gibt es unter den Funden in Gnesen nichts, was man als Produkt des Nordens ansehen könnte. Es sind dagegen viele Importstücke vorhanden, die von den ausgebreiteten Handelsbeziehungen unserer Vorfahren zeugen. Auf Grund der archäologischen Unterlagen kann jetzt keine Rede davon sein, die Anfänge des polnischen Staates „der starken Faust des skandinavischen Räubers“ zu schreiben.

Diese Funde sind eine wissenschaftliche Enthüllung erster Ordnung, denn man muß sich dessen erinnern, daß noch vor kurzem einer der kämpferisch und rassistisch eingestellten deutschen Vorgeschichtler verkündet hat, daß man slavische Überreste aus der Zeit vor dem 10. Jahrhundert überhaupt nicht kenne. Heute müssen die Deutschen selbst ihre erste Vermutung zurücknehmen; sie sind geneigt, den polnischen Vorgeschichtlern Recht zu geben, welche behaupteten, daß die slavische Keramik sich aus Formen des Zeitraums provincial-römischer Einflüsse entwickelt habe. Und dadurch wäre die alte Besiedlung der Gebiete zwischen Oder und Weichsel durch die Slaven bewiesen.

Wir müssen die Ausgrabungsarbeiten weiterhin intensiv betreiben. In Kletzko werden sie in diesem Jahre besonders auf die Untersuchung des bei der Burgwallanlage befindlichen „suburbium“ gerichtet sein. Möglicherweise kann man dann die Beschreibung Helmolds von den pomoranischen Städten auf die großpolnischen „Vorbürgsiedlungen“ ausdehnen.“

[„Kurjer Poznański“ 28. 1. 1938, S. 8.]

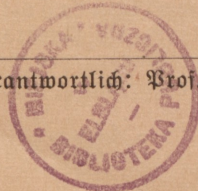
*

Über die Ausgrabung von Kletzko hat W. Hensel in dem gleichen Heft der oben-erwähnten vorgeschichtlichen Zeitschrift einen Bericht veröffentlicht, dem sechs Abbildungen beigegeben sind. Die erste dieser Aufnahmen zeigt eine Übersicht des Grabungsfeldes und ist mit Hilfe des Fesselballons gemacht, den Kostrzewski schon bei den Ausgrabungen in Biskupin mit so großem Erfolge verwendet hat.

[„Z otchłani wieków“ Jhg. XII (1937) Heft 11—12, S. 155—159.]

(r)

Für die Herausgabe verantwortlich: Prof. Dr. W. Rede in Danzig.



ROTANOX
oczyszczanie
XII 2013



ELBLĄG

29488

WOJEWÓDZKA
BIBLIOTEKA PUBLICZNA

5316/2